

Das Parlament

Berlin, Dienstag 04. Oktober 2016

www.das-parlament.de

66. Jahrgang | Nr. 40-42 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Letzter Ton aus dem Jagdhorn

Peer Steinbrück Er war Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen, Bundesfinanzminister, SPD-Kanzlerkandidat. Am Freitag hielt der wortgewaltige Peer Steinbrück (69) seine letzte Rede im Bundestag. Sie endete mit den Worten: „Dies, Herr Präsident, meine Damen und Herren, das war der letzte Ton aus meinem Jagdhorn. Vielen Dank.“ Um den schillernden Steinbrück war es nach der Wahlschlappe von 2013, als die SPD auf nur 25,7 Prozent gekommen war, weitgehend still geworden. Im Juli 2016 verkündete der gebürtige Hamburger, der den rheinischen Wahlkreis Mettmann im Parlament vertrat, überraschend, Ende September den Bundestag zu verlassen. Steinbrück gehörte dem Parlament seit 2009 an. Der Diplom-Volkswirt will sich jetzt vor allem um den Aufbau der Bundesstiftung zu Ehren des Ende 2015 verstorbenen Bundeskanzlers Helmut Schmidt in Hamburg widmen. *kru*



war es nach der Wahlschlappe von 2013, als die SPD auf nur 25,7 Prozent gekommen war, weitgehend still geworden. Im Juli 2016 verkündete der gebürtige Hamburger, der den rheinischen Wahlkreis Mettmann im Parlament vertrat, überraschend, Ende September den Bundestag zu verlassen. Steinbrück gehörte dem Parlament seit 2009 an. Der Diplom-Volkswirt will sich jetzt vor allem um den Aufbau der Bundesstiftung zu Ehren des Ende 2015 verstorbenen Bundeskanzlers Helmut Schmidt in Hamburg widmen. *kru*

ZAHL DER WOCHE

98

Prozent der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit beim Autobahnbaubau sind fertiggestellt oder in der Bauphase. Dies geht aus dem Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2016 hervor, der vergangene Woche im Bundestag debattiert wurde.

ZITAT DER WOCHE

»Sie stigmatisieren 16 Millionen Bürger.«

Eckhardt Rehberg, mecklenburgischer CDU-Abgeordneter, zur Ansicht der Ost-Beauftragten Iris Gleicke (SPD), Rechtsextremismus gefährde die wirtschaftliche Entwicklung im Osten

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK
Mieter Opposition will Verbesserungen für Bewohner Seite 4

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Verbraucherschutz Anhörung zur Lage im Telekommunikationsbereich Seite 7

EUROPA UND DIE WELT
Anhörung Die Lage der Menschenrechtsanwälte im Fokus Seite 10

KEHRSEITE
Bundestag Das Technische Hilfswerk (THW) präsentiert sich im Parlament Seite 12

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Anstrengende Einheit

OSTDEUTSCHLAND Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist noch nicht erreicht

Die Vollendung der deutschen Einheit bleibt ein anstrengender Prozess. Das in vielen offiziellen Berichten lange gemalte Bild der „blühenden Landschaften“ weicht Herbstmotiven, rechtsextremistische Gewalt und Fremdenfeindlichkeit entwickeln sich zu einem immer größeren Problem. Schönfärberei dürfe es angesichts der wachsenden Zahl fremdenfeindlicher und rassistischer Übergriffe zwischen Ostsee und Erzgebirge nicht geben, warnte die Bundesregierung in der Debatte des Bundestages über den „Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2016“ (18/9700) am Freitag. „Sollen wir so tun, als gebe es diesen Befund nicht?“, fragte die Ost-Beauftragte der Bundesregierung, Iris Gleicke (SPD). Auch Redner von Linksfractions und Bündnis 90/Die Grünen wiesen auf Zunahme rechter Gewalt hin. Gleicke, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, wies Kritik am angeblichen „Ost-Hass“ in dem Bericht zurück: „Ich betrachte es als meine Aufgabe, die Probleme, die der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse entgegenstehen, klar und deutlich zu benennen.“ Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten liege in jedem Ost-Land deutlich über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder. In dem Bericht heißt es, bezogen auf eine Million Einwohner habe es in Mecklenburg-Vorpommern 58,7 rechte Gewalttaten gegeben, in Brandenburg 51,9, Sachsen 49,6, Sachsen-Anhalt 42,6, Berlin 37,9 und Thüringen 33,9. Das sei wesentlich mehr als in Westdeutschland mit 10,5.

Schweigende Mehrheit „Sollen wir darüber hinweggehen, in der Hoffnung, dass sich das irgendwann von selbst erledigt?“, fragte Gleicke, die auch sagte, „wir leben in einem Land, wo Flüchtlingsheime angezündet und Menschen über die Straße gejagt werden, weil sie eine andere Hautfarbe haben“. Die SPD-Politikerin betonte, die ganz überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen sei nicht rechtsextrem, aber leider sei diese Mehrheit eine „zum Teil schweigende Mehrheit“. Der Befund der Regierung zum Rechtsextremismus im Osten sei nicht neu und nicht überraschend, erklärte Susanna Karawanskij (Linke). Das Problem mit Rassismus und rechten Einstellungen sei seit Jahren nachgewiesen. Die Regierung habe die Entwicklung entweder verschlafen oder nicht ernst genommen. Antirassistische Bildungsarbeit müsse Grundkonsens sein, in der

Lehrerausbildung, beim Studium, im Kindergarten und in der Schule. Für Katrin Göring-Eckardt (Grüne) wird der Bericht bereits „von der Realität eingeholt“. Sie verwies auf die Sprengstoffanschläge in Dresden wenige Tage vor der Einheitsfeier am Wochenende. Die Feier hätte ein „Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit in Bautzen, Freital und Heidenau“ sein sollen. Die Ausschreitungen dort seien „ein Angriff auf unsere Freiheit und unsere Demokratie“ gewesen. Jetzt bestimmten Sprengstoffanschläge das Bild des Jahrestages. „Das ist nicht die Deutsche Einheit, wie ich mir sie vorstelle“, beklagte Göring-Eckardt. Sabine Poschmann (SPD) erklärte, der Rechtsextremismus kenne „keine Himmelsrichtung und keine Ländergrenzen“. Man werde sich aber von Wirkköpfen und Straftätern nicht vom Weg abbringen lassen und „weiter daran arbeiten, für alle Menschen in Deutschland gleichwertige Bedingungen zu schaffen“. Dagegen kritisierte Eckhardt Rehberg

(CDU) die Aussagen von Gleicke scharf: „Sie stigmatisieren 16 Millionen.“ Obwohl die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertreten gewesen sei, „ist kein Tourist weniger gekommen“. Ausländische Investoren hätten zum Beispiel drei Werften gekauft. Es gebe außerdem zahlreiche Ansiedlungen ausländischer Betriebe. Arnold Vaatz (CDU) erklärte, die Politik wäre glaubwürdiger, wenn auch auf links-extremistische Gewalt wie zum Beispiel im Leipziger Stadtteil Connewitz hingewiesen werden würde. Mit Blick auf die jüngsten Wahlerfolge der AfD sagte Vaatz, die Alternative für Deutschland sei kein reines Ost-Phänomen. Ihre Führungspersonen würden überwiegend aus den alten Ländern stammen. Zur Entwicklung der Wirtschaft sagte die Linke Karawanskij, nach einer Generation sei das Ziel, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herzustellen, immer noch nicht erreicht. Die Löhne seien erheblich



Autobahnbaustelle am Kreuz Michendorf bei Berlin: Vieles ist schon erreicht, aber noch längst ist die Einheit nicht vollendet.

© picture-alliance/ZB/eurorluftbild.de

niedriger, die Ostrenten müssten auf Augenhöhe mit den Westrenten kommen. Dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht erreicht worden sei, sei eine Bankrotterklärung nach 26 Jahren Regierungspolitik. „Stolz auf dieses Land“ „Ich kann diese Jammerei nicht mehr hören“, konterte Mark Hauptmann (CDU). Er sei „stolz auf dieses Land und das, was wir in 26 Jahren erreicht haben“. Kein anderes Land der Welt habe eine so große Leistung vollbracht. Der Bericht der Bundesregierung zur Deutschen Einheit wurde ebenso an die Ausschüsse überwiesen wie ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke (18/9847), in dem festgestellt wird, dass die Deutsche Einheit auch ein Vierteljahrhundert nach dem Beitritt der DDR nicht hergestellt worden sei. Daher müsse die Bundesregierung die Deutsche Einheit zur Priorität machen, die Einkommensschere zwischen Ost und West schließen und etwas gegen die Rentenunterschiede tun. Die langfristige Finanzierung strukturschwacher Regionen in Ost und West müsse mit einem neuen „Solidarpakt III“ sichergestellt werden. *Hans-Jürgen Leersch*

»Das ist nicht die Deutsche Einheit, wie ich mir sie vorstelle.«

Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen

Die Aufholjagd des Ostens erlahmt

NEUE LÄNDER Regierung sieht wirtschaftliche Entwicklung durch rechtsextremistische Gewalt in Gefahr

Die Aufholjagd verliert an Schwung, die Probleme nehmen zu. Der von Bundesregierung als Unterrichtung (18/9700) vorgelegte „Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2016“ zeigt zudem, dass sich die Probleme gegenseitig verstärken: Fremdenfeindliche und rechtsextreme Übergriffe werden zur Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung.

Gefahr von Rechts „Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Intoleranz stellen eine große Gefahr für die gesellschaftliche, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder dar. Ostdeutschland wird nur als weltoffene Region, in der sich alle dort lebenden Menschen zu Hause fühlen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben, gute Entwicklungsperspektiven haben“, erwartet die Bundesregierung. Zur Behebung des stärker werdenden Fachkräftemangels und zur weiteren Stärkung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern bedürfe es „einer verstärkten Willkommens- und Anerkennungskultur, einer guten Infrastruktur sowie einer ausreichenden Zahl von Ausbildungs- und Arbeits-



Ost-Forschung auf Höchstniveau: Supercomputer an der TU Dresden

© picture-alliance/dpa

plätzen für die Zuwanderer und die Einheimischen“. Wenn die ostdeutschen Länder die Chancen der Zuwanderung nutzen wollten, müssten sich dort die dafür erforderlichen Bedingungen entwickeln.

Bruttoinlandsprodukt Zur wirtschaftlichen Entwicklung heißt es, das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner sei von 1991

bis 2015 von 42,8 auf 72,5 Prozent des West-Niveaus gestiegen. Der Aufholprozess habe sich in den letzten Jahren deutlich abgeschwächt. Folgen dieser Lücke seien eine höhere Arbeitslosenquote, niedrigere Löhne sowie geringere Steuereinnahmen. In West wie Ost einheitlich berechnet werden müssten die Renten, wird gefordert

Erwerbstätige Positiv wird hervorgehoben, dass Berlin und die neuen Länder „zu den weltweit attraktivsten Forschungs- und Entwicklungsstandorten“ zählen würden. Die Zahl der Erwerbstätigen habe in Ostdeutschland den höchsten Stand seit 1992 erreicht, die Arbeitslosenquote sei im Vergleich zu ihrem Höhepunkt 2005 um 9,5 Prozentpunkte auf 9,2 Prozent gesunken. In Westdeutschland beträgt der Wert 5,7 Prozent.

Tourismus Äußerst erfolgreich entwickelt hat sich die Tourismusbranche. Insbesondere in einigen ländlichen Regionen sei die „dynamisch wachsende Branche“ zum wichtigsten Arbeitgeber geworden. Mit mehr als 108 Millionen Übernachtungen sei eine neue Bestmarke erreicht worden, berichtet die Regierung. *hle*

EDITORIAL

Es geht aufwärts

VON JÖRG BIALLAS

Es ist nur eine Nachricht von vielen, die sich zutieren ließen. Vergangene Woche meldete das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, dass Brandenburgs Wirtschaft Wachstumsraten verzeichnet, die inzwischen höher sind als im Musterlande Baden-Württemberg. Es geht also aufwärts im Osten, die Lebensverhältnisse gleichen sich denen im Westen weiter an. Das ist auch die Quintessenz des jährlichen Berichtes zum Stand der Deutschen Einheit, der am Freitag auf der Tagesordnung des Bundestages stand.

Wirklich Überraschendes hat die Debatte nicht geboten. Die Reaktionen der politischen Lager bewegten sich innerhalb des erwartbaren Spektrums. Das unterschiedliche Rentenniveau in Ost und West konkurrierte mit dem Umstand, dass inzwischen 98 Prozent der geplanten Autobahnen in den fünf neuen Ländern fertiggestellt sind. Einer unübersehbaren Entspannung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt wurde mit Verweis auf eine noch immer höhere Erwerbslosenquote als im Westen der Republik begegnet. Kurzum: Bekannte Argumente trafen auf bekannte Gegenargumente. Die Frage, ob ein solcher Bericht 26 Jahre nach dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik noch hilfreich ist (siehe Gastkommentare Seite 2), schwebte über dem Plenarsaal des Reichstagsgebäudes. Würde erfuhre die Debatte durch eine Erkenntnis, die zwar ebenfalls nicht neu, aber in dem Bericht mit klaren Worten formuliert ist: Rechtes Gedankengut und Fremdenfeindlichkeit haben sich in bestimmten ostdeutschen Milieus etabliert und hemmen nicht nur die gesellschaftliche, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung. Wer also gehofft hatte, ökonomisches Wachstum würde dazu führen, dass sich dieses Problem von selbst erledigt, sieht sich getäuscht. Besonders in strukturschwachen Regionen haben Rechtspopulisten leichtes Spiel. Dieser Effekt lässt sich nicht auf Ostdeutschland begrenzen. Auch im Westen gibt es inzwischen ein großes Potenzial Unzufriedener, die in den Parolen vom rechten Rand einfache Antworten auf die Fragen der Zukunft sehen. Ob und wie sich das auf die Entwicklung von Wirtschaftsstandorten nicht nur in den neuen Ländern, sondern bundesweit auswirkt, wäre zu klären. Wie überhaupt die Befindlichkeiten der Menschen im Westen zur Beschreibung des Zustandes der Deutschen Einheit gehören.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

BRACHEN WIR DEN EINHEITSBERICHT NOCH SO?

Saubere Grundlage

PRO



Markus Decker, DuMont-Hauptstadtredaktion

Viele Westdeutsche meinen ja, das Thema Deutsche Einheit habe sich längst erledigt. Die Einheit sei doch längst da. Nach 25 Jahren müsse es endlich mal gut sein mit diesem Ost-West-Ding, sagte kürzlich eine Frau aus der Verwandtschaft zu mir. Das stimmt eigentlich, hat nur leider mit der Realität nichts zu tun. Darum muss es auch den Bericht zur Deutschen Einheit weiter geben. Wahr ist: Ostdeutschland hat in den ersten Jahren nach dem Mauerfall, was Infrastruktur und Produktivität anbelangt, tüchtig aufgeholt. Jeder kann das sehen. Manche Landschaften blühen wirklich. Und wer mal im schönen Erfurt war, der möchte gar nicht wieder weg. Wahr ist aber auch, dass die wirtschaftliche Angleichung seit langem stagniert, dass die Einkommen im Osten ebenso deutlich geringer sind als im Westen wie die Vermögen. Stattdessen ist die Arbeitslosigkeit doppelt so hoch. Es gibt wenig Industrie, dafür viel prekäre Beschäftigung. Und weil die Menschen vielerorts eine Besserung weder erkennen noch erhoffen, wandern sie weiter ab. Die Differenzen sind nicht allein bei Wirtschafts- und Sozialdaten unbestreitbar. Sie wirken sich überdies politisch aus. Der Rechtspopulismus erstickt beängstigend. Die gesellschaftliche Polarisierung ist enorm. Über all das muss selbstverständlich geredet werden. Und dies geschieht am besten auf einer sauberen Grundlage, wie sie der Bericht zur Deutschen Einheit bietet. Noch besser wäre es freilich, wenn an der Bundestags-Debatte über den Bericht nicht stets nahezu ausschließlich ostdeutsche Parlamentarier teilnähmen, sondern es westdeutsche gleichermaßen täten. Dass die Einheit uns alle angeht – diese Erkenntnis sollte den Deutschen selbstverständlich sein.

Verstellter Blick

CONTRA



Gerd Depenbrock, freier Journalist

Die Bilanz mehr als 25 Jahre nach der Deutschen Einheit ist ernüchternd. Sie habe derzeit nicht viel Positives zu berichten, sagte Iris Gleicke, die Ostbeauftragte der Bundesregierung, bei der Vorstellung des Jahresberichts zum Stand der Einheit. Ökonomisch hinkt der Osten weiter hinterher; der Rechtsextremismus gefährdet die gesellschaftliche wie wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder. Der Bericht soll Auskunft geben über die Vergleichbarkeit von Lebens- und Entwicklungschancen in Ost und West, aber im Mittelpunkt stehen die längst nicht mehr „neuen Bundesländer“. Es ist Zeit, die Perspektive zu erweitern. Der pure Vergleich Ost gegen West verstellt den Blick aufs Ganze, führt zu Pauschalurteilen und Generalverdacht: Ost gleich Rassist und West gleich Demokrat, Ost gleich abgehängt, West gleich leistungsstark. Die Realität ist viel differenzierter. Auch im Westen liegt vieles im Argen. So wie es im Osten verarmte wie prosperierende Gegenden gibt, so finden sich auch im Westen marode Infrastrukturen, abgehängte Stadtviertel und Boom-Regionen. Wer den Fokus nur auf Ostdeutschland richtet, wird Bedenkliches im Westen zu spät erkennen. Wir brauchen eine möglichst kleinräumige Bestandsaufnahme der gesamten Republik. Egal ob in Ost oder West, wirtschaftlich und sozial vernachlässigte Regionen sind ein Nährboden für Rechtsextremismus. Menschen werden nicht zu Rassisten, weil sie Ossi sind, und Wessis sind nicht immun. Überall, wo hohe Arbeitslosenquoten und verödete Städte zu Perspektivlosigkeit führen, kann rechte Agitation auf fruchtbaren Boden treffen. Wir brauchen eine schonungslose Offenheit nicht nur über die Lage in Ostdeutschland.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Lazar, der Regierungsbericht zur deutschen Einheit konzentriert sich ganz auf Ostdeutschland. Ist es nach 26 Jahren Einheit nicht an der Zeit, das ganze Land in den Blick zu nehmen? Das hat sich historisch nach 1990 ergeben. Man kann darüber nachdenken, das in der nächsten Legislaturperiode anders zu machen. Aber in diesen Jahresberichten zeigt sich auch, dass Ostdeutschland in bestimmten Themenfeldern nach wie vor Nachholbedarf im Vergleich zu westdeutschen Entwicklungen hat. Darauf hinzuweisen, ist eine legitime Aufgabe. Auch sind diese Berichte immer erstklassige Datenquellen für die Entwicklung der vergangenen Jahre. Daher ist so ein Bericht zum jetzigen Zeitpunkt durchaus berechtigt.

Was sagen Sie zu Klagen westdeutscher Bürgermeister, dass ihre Infrastruktur in den vergangenen Jahren zugunsten des Ostens vernachlässigt wurde? Blickt man zurück bis Anfang der 1990er Jahre, war es auch für jede westdeutsche Region nachvollziehbar, dass man insbesondere in die ostdeutsche Infrastruktur massiv investieren musste, um die Lebensbedingungen vergleichbar machen zu können. Jetzt sagen einige West-Regionen, in manchen ostdeutschen Gebieten laufe ja alles super. Aber die speziell für den Osten vorgesehenen Finanzmittel sind bis 2019 begrenzt, und es ist absehbar, dass man danach nicht nach Himmelsrichtungen schaut, sondern gezielt strukturschwache Gegenden in Ost und West unterstützt.

Nach wie vor liegt die Wirtschaftskraft je Einwohner im Osten knapp 28 Prozent unter dem Westniveau. Die kleinteilige Wirtschaftsstruktur und das Fehlen von Konzernzentralen dienen oft zur Erklärung. Was also tun? Gewachsene Wirtschaftsstrukturen lassen sich nicht einfach transferieren. Nicht nur die Firmenzentralen sind im Westen geblieben, auch Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Es gibt aber im Osten durchaus auch kleine Traditionsfirmen, die versuchen, mit innovativen Produkten Marktlücken zu finden. Nötig ist, die Bedingungen für Unternehmen und Arbeitskräfte in Ostdeutschland weiter zu verbessern. Die Unternehmen müssen auch Arbeitskräfte finden und halten können. Dabei ist der Mindestlohn von Vorteil. Die Menschen müssen gerne in einer Region bleiben und da ihr finanzielles Auskommen finden.

22 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse im Osten profitieren vom Mindestlohn, für den im Westen nur knapp neun Prozent arbeiten. Die Befürchtungen, dass gerade in Ostdeutschland durch den Mindestlohn viele Arbeitsplätze verloren gehen, haben sich nicht bestätigt. Die Menschen haben nun mehr Geld in der Tasche. Deshalb ist es insbesondere für Ostdeutschland gut, dass wir den Mindestlohn endlich haben.

Zugleich wird im Osten eine verschärfte Altersarmut befürchtet wegen der oft jahrelang unterbrochenen Erwerbsbiografien nach der Wende. Das ist ein großes Problem. Waren bislang aufgrund der typischen DDR-Erwerbsleben die Renten für Männer und Frauen insgesamt nicht so dramatisch niedriger als im Westen, kommen jetzt die Menschen mit den unterbrochenen Erwerbsbiografien ins Rentenalter. Um einer verfestigten Altersarmut entgegenzusteuern, schlagen wir Grüne eine Garantie-Rente vor, damit man nicht auf Grundsicherung im Alter angewiesen ist, obwohl man dem Arbeitsmarkt viele Jahre zur Verfügung gestanden hat.

Der Jahresbericht warnt auch vor den Folgen von Fremdenfeindlichkeit für die

»Es ist ein wichtiges Zeichen«

MONIKA LAZAR Die Grünen-Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus über den Bericht zur Deutschen Einheit und die Notwendigkeit der Zivilgesellschaft



© Stefan Kaminski

Wirtschaft und den gesellschaftlichen Frieden in Osten....

Gerade dieser Bericht zu 2015 bietet leider genügend Anhaltspunkte, dass die Bedrohung durch den Rechtsextremismus in Ostdeutschland eine besondere Herausforderung darstellt. Das heißt nicht, dass Westdeutschland da keine Probleme hat, aber der Bericht zeigt, dass es bezogen auf die Einwohnerzahl in den vergangenen Jahren eine besondere Häufung gab und besonders 2015 die Zahl flüchtlingsfeindlicher Übergriffe dramatisch in die Höhe geschossen ist. Und angesichts der ganzen Entwicklung von Pegida und Co. ist es

nicht verwunderlich, dass nicht nur der Tourismus in Dresden einen Dämpfer erhalten hat, sondern auch Unternehmen und universitäre Bereiche berichten, dass ausländische Arbeitskräfte und Studierende sagen, dann lieber nicht nach Dresden zu kommen. Eine Strategie, um dem entgegenzuwirken, ist beispielsweise, regelmäßig mit auf die Straße zu gehen und zu zeigen, dass Pegida nicht die Mehrheit der Dresdner ist. Das ist dort in knapp zwei Jahren leider unzureichend gewesen.

Nur Gegendemonstrationen werden aber kaum reichen...

Natürlich nicht, aber es ist ein wichtiges Zeichen. Zum Glück haben wir – das sage ich gerade als Ostdeutsche – Demonstrationenfreiheit in diesem Land. Als in Leipzig Anfang 2015 das erste Mal Legida demonstrierte, gab es mehr als 35.000 Gegendemonstranten. Das sind klare Bekenntnisse, die auch außerhalb von Sachsen und Deutschland wahrgenommen werden. Völlig klar ist, dass ein ganzes Maßnahmenbündel gegen Rechtsextremismus erforderlich ist, und der Bericht sagt ja, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Jeder muss sich bewusst sein, dass er für ein friedliches Zusammenleben auch eine Verantwortung hat, ob im persönlichen oder beruflichen Rahmen.

Die Bundesregierung verweist in dem Bericht auch auf die Chancen durch Zuwanderung in die strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands. Zu Recht? Natürlich kann Zuwanderung für positive Entwicklungen in von Abwanderung bedrohten Gegenden sorgen, aber es kommt auf die Rahmenbedingungen an. Ich halte wenig davon, Geflüchtete nur deshalb in Regionen anzusiedeln, weil es dort genügend Wohnungen gibt. Es muss immer auch Unterstützungsstrukturen geben, und im ländlichen Raum ist das nicht so ein Automatismus wie im städtischen Bereich, in dem es auch eine größere Struktur der Zivilgesellschaft gibt. Die Menschen, die zu uns kommen, sind eine Bereicherung, doch brauchen sie Voraussetzungen wie Wohnraum, Arbeit und Integrationsmaßnahmen. Dafür gibt es positive Beispiele auch in Ostdeutschland, aber nach wie vor auch abschreckende Berichte. Die Verantwortlichen in den Landkreisen dürfen nicht nur schauen, wie die Unterbringungsmöglichkeiten sind, sondern auch, welche Unterstützung es dort gibt.

Zuwanderung als Mittel, den Bevölkerungsrückgang in strukturschwachen Räumen abzufangen, sehen Sie nicht? Die Diskussion hatten wir vergangenes Jahr, als einige sagten, da sei ja genug Platz, um die Migranten dort hinzuschicken. Ich meine: Das sind Menschen – die kann man nicht einfach irgendwo hinfahren, wo Platz ist. Wer Integration möchte und will, dass sich die Menschen bei uns heimisch fühlen, muss Rücksicht auf die Bedingungen vor Ort nehmen.

Greift die scheinbare Logik, Rechtsextremismus mit schlechter Wirtschaftslage in Verbindung zu bringen, zu kurz? Das greift zu kurz; es gibt da keinen Automatismus. Es ist ein Anhaltspunkt, wo es schwierig werden könnte; deshalb ist es so wichtig, dass Regionen sowohl wirtschaftlich als auch zivilgesellschaftlich stabil bleiben. Sorgen in schwierigen Regionen staatliche Einrichtungen und Zivilgesellschaft nicht mehr für Zusammenhalt, überlassen wir denjenigen das Feld, die gegen unsere Demokratie arbeiten. Wir haben in den 1990er Jahren die Erfahrung gemacht, dass staatliche Strukturen sich aus Regionen zu sehr zurückgezogen haben und dort dann rechte Kreise ihr Unwesen treiben konnten. Daraus sollten wir gelernt haben.

Das Gespräch führte Helmut Stoltenberg. ||
Monika Lazar (Bündnis 90/Die Grünen) gehört dem Bundestag seit 2004 an. Die Leipzigerin ist Sprecherin ihrer Fraktion für Strategien gegen Rechtsextremismus.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Musikwissenschaftler: Thomas Feist

Ein nachdrückliches „Sie hören von uns“ bekam Thomas Feist in Leipzig zu hören, als er bei einer Vorladung dabei blieb: Den Wehrdienst verweigerte er. Das war im September 1989. Danach hörte er nichts mehr. Zwei Monate später siegte die friedliche Revolution in der DDR. Es kam die Deutsche Einheit: Auch ein gutes Vierteljahrhundert danach, nach Euphorie, Ernüchterung und nach inzwischen eingekohletem Realismus rät der heute 51 Jahre alte CDU-Bundestagsabgeordnete Feist seinen Mitbürgern in den neuen Ländern dazu, sich „immer bewusst zu bleiben, wo wir stünden, wenn es die Deutsche Einheit nicht gäbe“. Mit erfrischender Ironie spricht er von der „schönsten DDR, die es je gab“ – damals, als er jung war. Im Vergleich dazu hätten die jungen Leute heute alle Chancen zur persönlichen und beruflichen Entwicklung. Nicht zuletzt aus eigenem Erleben fügt er hinzu: „Das besonders Schöne daran ist, dass es nicht darum geht, ob man sich zu einem System bekennt, sondern dass man seinen eigenen Neigungen und Begabungen folgen kann – unabhängig von einem Bekenntnis zum Staat.“ Weil Feist nicht in der FDJ war, war ihm der Weg zum Abitur versperrt. Er arbeitete bis 1993 als Betriebshandwerker an der Universität Leipzig, studierte dann Musikwissenschaft, Soziologie und Theologie, promovierte über „Musik und Kultur“. 2009 und 2013 gewann er seinen Leipziger Wahlkreis direkt für die CDU. Er sitzt im Bildungsausschuss. Er erinnert an „Abstrusos“: „Als wir 16, 17, 18 waren, haben wir uns überlegt, wie schön es ist, wenn wir Rentner sein würden, weil wir dann überall hin reisen könnten.“ Die Einheit machte es dann möglich: „Eine ganz tolle Sache ist, dass den jungen Menschen die Welt

offen steht.“ Aber steht Sachsen auch für die Welt offen – für Flüchtlinge etwa? Einerseits verweist er darauf: „Vor 25 Jahren haben die Leute ein Geschenk bekommen: die Deutsche Einheit und die richtige Währung dazu.“ Und jetzt, jetzt kämen „andere, bei denen man womöglich denkt, die wollen nun auch was haben“. Die Sorge vieler Bürger: „Vielleicht muss ich von dem, was ich geschenkt bekommen habe, etwas abgeben.“ Nicht dass die Mehrheit so denke, aber: „Das sind diffuse Ängste, mit denen Populisten spielen.“



»Wir müssen uns immer bewusst bleiben, wo wir stünden, wenn es die Deutsche Einheit nicht gäbe.«

Wobei sich das Stichwort AfD aufdrängt – was Feist, was zunächst verblüffen mag, nicht ohne Stolz auf die Wendezeit zurückblicken lässt: Eine „Stärke der friedlichen Revolution in Leipzig“ sei es gewesen, bei der „Diskussion, wie denn unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen soll, niemanden von vornherein ausgrenzen“. Das heiße für heute: „Man darf jetzt nicht wie so ein Oberpädagoge kommen und den Leuten erzählen, wie der Hase läuft.“ Stattdessen müsse „man die Ängste

und Befürchtungen aufnehmen, nicht den Leuten nach dem Mund reden.“ Denn: „Solcher Populismus hat mit Politik nichts zu tun.“ Vorher noch die Frage: Warum immer Sachsen? Bei rechtsextremistischen Taten? Spitz erwidert Feist: „Das mag zum einem damit zusammenhängen, dass von den Vorfällen im Westen zu wenig bekannt wird – statistisch gesehen gibt es dort wesentlich mehr Vorfälle als in den neuen Bundesländern.“ Er habe „manchmal den Eindruck, dass die Medienerzählungen vom fernen Osten und dem unbekanntem Land so attraktiv sind, dass man immer dieselbe Geschichte erzählen will.“ Und na klar: „Man findet natürlich, je mehr man hinschaut, immer auch das, was man sucht.“ Freilich sei auch „Fakt, dass in Sachsen im Gegensatz zu anderen Bundesländern ein Großteil gerade der rechtsextremistischen Straftaten aufgeklärt worden ist.“ Nun spricht der soeben vorgelegte Bericht zum Stand der Deutschen Einheit davon, dass der Tourismus unter der rechten Szene in Sachsen leide. Feist: „Ich habe das in Leipzig nicht erlebt.“ Warum, fragt er, würden sonst immer mehr Hotels gebaut. Die Leute seien weltoffen und hilfsbereit. Bleibt das Erstaunen, warum Feist es „im Prinzip gut“ findet, dass es die AfD gibt. „Es ist Ausdruck einer starken Demokratie, dass sich Leute zu einer Partei zusammenschließen können, dass diese in freien und geheimen Wahlen auch gute Ergebnisse einfahren kann.“ Feist: „Ob mir das gefällt, vor allem die Inhalte, steht auf einem ganz anderen Blatt.“ Indes: „Das ist ein Zeichen unserer starken Demokratie und damit ein Teil des Geschenks, das wir in Ostdeutschland bekommen, teilweise auch selbst erkämpft haben.“ Franz Ludwig Averdunk ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Sören Christian Reimer (scr)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
30. September 2016

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Frankenallee 71 – 81
60327 Frankfurt am Main

Anzeigen-Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71 – 81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71 – 81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigengeräte
Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Anzeigenabteilung
Frankenallee 71 – 81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: anzeigenservice@fs-medien.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Kohle wird in Essen schon lange nicht mehr gefördert, aber langsam füllt sich die Stadtkasse wieder. © picture-alliance/shotphoto



Industriemuseum in Chemnitz. Im 19. Jahrhundert war sie eine der wichtigsten deutschen Industriestädte. © picture-alliance/dpa

Immer die Kohle

ESSEN Die Ruhrgebiets-Metropole berappelt sich wieder

Es gibt Menschen, die interessiert Geld herzlich wenig. Essens Oberbürgermeister Thomas Kufen und Stadtkämmerer Lars-Martin Klieve (beide CDU) gehören nicht dazu. Vor allem der Stadtkämmerer hat innerhalb von sieben Jahren geschafft, was nach Lage aller Vorurteile über die „Schuldenhauptstadt Deutschlands“, über Essen, unmöglich schien: Der städtische Haushalt 2017 weist zum ersten Mal seit einem Vierteljahrhundert ein kleines Plus von acht Millionen Euro auf. Das inoffizielle Zentrum des Ruhrgebiets lebt nicht mehr über die Verhältnisse. Passend zum neuen Lebensgefühl, nicht mehr nach der Kohle fragen zu müssen, schmückt 2017 der Ehrentitel „Grüne Hauptstadt Europas“. Und im Baldeysee soll ein großes Naturschwimmbad eröffnet werden, weil sich die Schadstoffbelastung der Ruhr deutlich verringert hat.

»Wir haben 25 Jahre über unsere Verhältnisse gelebt.«

Lars-Martin Klieve (CDU), Stadtkämmerer

Wenn jetzt niemand kommt und die Kommune von ihrem Weg abbringt, werden die Überschüsse in den kommenden fünf Jahren auf mehr als 75 Millionen Euro steigen. Aber im Hintergrund warten 3,7 Milliarden Euro Altschulden auf Tilgung – ein fast unmögliches Vorhaben. Für Klieve ist aber wichtig: Ab sofort läuft die Essener Schuldenuhr rückwärts. Noch lasten 5.736,29 Euro auf jedem Essener – egal ob neu geboren oder in Ehren vergreist.

Wirtschaftswunder Rückblick: Anfang der 1960-er Jahre strotzte Essen vor Kraft. Wirtschaftswunder? Das fand gleich vor der Haustür statt. Große Energie- und Stahlunternehmen füllten das Steuersäckel der Stadt. Krupp, Thyssen und Co standen zudem für großzügiges Mäzenatentum. Die Luft war schlechter, die Laune der Menschen aber besser als heute; wenigstens im erklärenden Rückblick. Was in der „Herzkammer der Sozialdemokratie“ allerdings in den folgenden vier Jahrzehnten ignoriert wurde, war der beständige Niedergang von Kohle und Stahl. Bis 2002 verlor die Stadt mehr als 150.000 Einwohner. Dennoch regierten Politik und Verwaltung nicht mit einer Anpassung der Apparate, sondern erfüllten weiterhin Wünsche. Mehr noch: Die Essener konzentrierten sich ganz auf den Bau von Sozialwohnungen. Das macht das Leben in der Stadt noch heute überaus erschwinglich. Durchschnittlich verlangen Vermieter 6,20 Euro pro Quadratmeter, hat das Portal ImmoWelt ausgerechnet und bundesweit verglichen. Das ist für deutsche Metropolen vergleichsweise billig. Mittlerweile wächst die Stadt Essen wieder.

Die einseitige Ausrichtung auf günstigen Wohnraum hat jedoch finanzkräftige Familien ins Umland südlich der Stadt getrieben. Sie bauten dort ihr Häuschen, zahlen dort ihre Steuern und pendeln täglich nach Essen rein. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Essener liegt nach Angaben der Gesellschaft für Konsumfor-

schung (GfK) bei 40.848 Euro – und damit rund 4.000 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Die Arbeitslosenquote lag Ende Mai bei 11,8 Prozent – über dem Durchschnitt. Aus Haushaltssicht eine denkbar schlechte Kombination. In den 1990er Jahren kam zu den eigenen Fehlern die finanzielle Kalküllosigkeit des Bundes hinzu. Nach der deutschen Einheit wurde eine ganze Reihe von Sozialgesetzen erlassen, deren finanzielle Folgen die Kommunen schultern mussten. Mehr als 700 Millionen Euro Sozialkosten schlugen in Essen zu Buche. „Wir haben 25 Jahre lang über unsere Verhältnisse gelebt“, analysiert Kämmerer Klieve knochentrocken. Als er 2009 – von der Stadt-Sparkasse Gelsenkirchen kom-

mand – den Stuhl des Essener Kassenwartes bestieg, verweigerte er erst einmal die Unterschrift unter dem bereits fertigen Haushalt für das Folgejahr.

Von nun an wurde konsequent gespart. Die Zahl der städtischen Bediensteten schrumpfte um knapp 700 Stellen. Die städtische Philharmonie und Bühne bekommen 40 statt 45 Millionen Euro Zuschuss pro Jahr. Die Zahl der städti-

chen Bäder sank von 16 im Jahr 2009 auf 14 – mit geänderten Öffnungszeiten. „Ein ‚Kahlschlag‘, der mir immer vorgeworfen wird, sieht anders aus“, sagt Klieve. Zudem ist Essen an mehr als 70 Gesellschaften beteiligt, denen ein striktes Spar-diktat auferlegt wurde. Am Beispiel des neuen Stadions für den Viertligisten Rot-Weiß Essen zeigt sich, dass Klieve mit seinem Maßhalten nicht überall in der Stadt Gehör fand. Schon der Bau der von vielen als überdimensioniert empfundenen Arena verteuerte sich gegenüber dem ursprünglichen Ansatz deutlich. Ohne Absprache wurden Mittel, die eigentlich zum Erhalt des Folkwang-Museums eingeplant waren, für das Stadion ausgegeben. Trotz solcher Verwerfungen bleibt der Etat auf Kurs. Klieve will nicht als der alleinige Urheber des Haushaltswunders von Essen dastehen: „So etwas gelingt nur, wenn alle in der Verwaltung mitmachen, wenn

die Politik entsprechende Beschlüsse fasst und die Rahmenbedingungen günstig sind.“ Damit meint er die niedrigen Zinsen, die das Schuldenjoch ebenfalls leichter gemacht haben. Der Bund hat die Kommunen in den vergangenen Jahren zudem bei den Sozialausgaben entlastet. Und beteiligt sich an den Kosten für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, die 2015 einen Nachtragshaushalt erforderlich machten.

Kraftakt Mit der Integration von Flüchtlingen kommt der nächste große Kraftakt auf Essen zu. Vor allem in den ärmeren Stadtteilen des Nordens mehren sich Stimmen, die vor einer Überbeanspruchung der Essener Hilfsbereitschaft warnen. Ein SPD-Kommunalpolitiker trat sogar zur AfD über. Gabe es noch Telefonbücher, dann könnten sich viele davon überzeugen, dass Essen bereits einmal eine enorme Integrationsleistung vollbracht hat. Von den polnischen Kohle- und Stahlarbeitern, die Ende des 19. Jahrhunderts in die Stadt kamen, sind nur noch deren fremd klingende Namen geblieben. Sie gehörten spätestens ab der zweiten, in Essen lebenden Generation fest zum Pott.

Dirk Neubauer

Der Autor ist freier Journalist in Düsseldorf.

STICHWORT

Essen

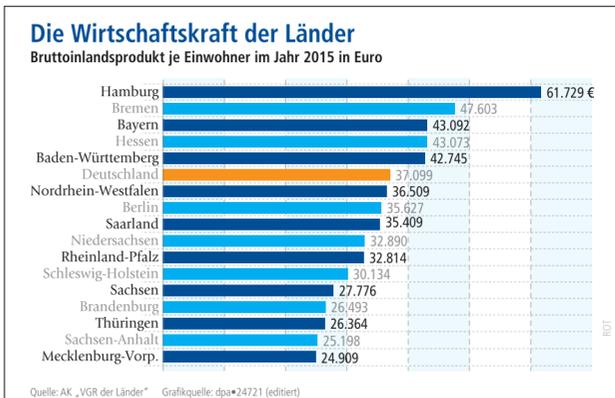
- > Einwohner** Mitte der 1960er Jahre hatte die Einwohnerzahl ihren Höchststand von 730.000 erreicht. Im Jahr 1990 waren es noch knapp 627.000 Einwohner. Heute sind es rund 588.000 Einwohner.
- > Wohnen** Essen investierte jahrelang vor allem in den sozialen Wohnungsbau, deshalb sind die Mieten mit durchschnittlich 6,20 Euro pro Quadratmeter heute noch sehr moderat.
- > Arbeit** Die Arbeitslosenquote in Essen lag Ende Mai 2016 bei 11,8 Prozent und damit über dem Bundesdurchschnitt.

Die Politik entsprechende Beschlüsse fasst und die Rahmenbedingungen günstig sind.“ Damit meint er die niedrigen Zinsen, die das Schuldenjoch ebenfalls leichter gemacht haben. Der Bund hat die Kommunen in den vergangenen Jahren zudem bei den Sozialausgaben entlastet. Und beteiligt sich an den Kosten für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen, die 2015 einen Nachtragshaushalt erforderlich machten.

Kraftakt Mit der Integration von Flüchtlingen kommt der nächste große Kraftakt auf Essen zu. Vor allem in den ärmeren Stadtteilen des Nordens mehren sich Stimmen, die vor einer Überbeanspruchung der Essener Hilfsbereitschaft warnen. Ein SPD-Kommunalpolitiker trat sogar zur AfD über. Gabe es noch Telefonbücher, dann könnten sich viele davon überzeugen, dass Essen bereits einmal eine enorme Integrationsleistung vollbracht hat. Von den polnischen Kohle- und Stahlarbeitern, die Ende des 19. Jahrhunderts in die Stadt kamen, sind nur noch deren fremd klingende Namen geblieben. Sie gehörten spätestens ab der zweiten, in Essen lebenden Generation fest zum Pott.

Dirk Neubauer

Der Autor ist freier Journalist in Düsseldorf.



Das Image-Problem

CHEMNITZ Die Stadt wächst und hat einiges zu bieten

Frank Heinrich lebt seit 1997 in Chemnitz – mit Begeisterung. Der CDU-Bundestagsabgeordnete kann mühelos eine halbe Stunde darüber erzählen, was ihn an seiner Heimatstadt fasziniert und wie großartig er die Entwicklung findet, die sie in den letzten beiden Jahrzehnten genommen hat. Nur: „Einen Chemnitz zu finden, der wirklich stolz auf Chemnitz ist, das ist immer noch schwer“, sagt er. Damit hat Heinrich das Dilemma seiner Stadt auf den Punkt gebracht. Denn eigentlich steht Chemnitz super da: Aus der grauen Industriestadt, die noch mehr als andere ostdeutsche Städte nach der Wende mit dem Zusammenbruch ihrer Industrie und dem Weggang großer Bevölkerungsteile zu kämpfen hatte, ist eine wieder wachsende Stadt geworden. Heimat von fast 250.000 Menschen. Sie hat wunderschön sanierte Wohnungen in einem der besterhaltenen Gründerzeitviertel Europas, dem Kaßberg, zu bieten, ein beachtetes Theater und hochgelobte Museen, faszinierende Industriebauten künden vom wirtschaftlichen Erfolg früherer Zeiten. Außerdem, so Heinrich: „Es gibt in Chemnitz unzählige kleine und mittlere Unternehmen, die Weltmeister in dem sind, was sie tun. Und wir als Stadt haben alle zehn Olympia-Teilnehmer nach Rio geschickt. Das muss uns erstmal jemand nachmachen.“ Dennoch leidet Chemnitz an einem schlechten Image – und einer besonderen Mentalität seiner Einwohner.

»Die Zeit des großen Stadtumbaus und Abbruchs ist definitiv vorbei.«

Börries Butenop, Leiter Stadtplanungsamt

Minderwertigkeitskomplexe Schon immer hatte das „sächsische Manchester“, das von 1953 bis 1990 Karl-Marx-Stadt hieß und wo fast die Hälfte der in der DDR hergestellten Textilmaschinen und ein Drittel der Werkzeugmaschinen entstanden, Minderwertigkeitskomplexe gegenüber seinen großen Stadtschwestern Leipzig und Dresden. Nicht umsonst lautet ein sächsischer Spruch, in Leipzig werde das Geld erarbeitet, in Leipzig werde es vermehrt und in Dresden ausgegeben. Auch Detlef Müller, SPD-Bundestagsabgeordneter und gebürtiger Chemnitz, kennt dieses Unterlegenheitsgefühl seiner Stadt. „Man macht sich da viel zu oft viel zu klein“, sagt er, „aber der Chemnitz ist halt so. Immer, wenn etwas Neues entstehen soll, fragt er erstmal: ‚Brauchen wir das überhaupt? Und was kostet das?‘ Und wenn es dann funktioniert hat, freut man sich eher leise.“ Dass es der Stadt gelungen sei, viele der bisher rund 3.500 Flüchtlinge dezentral in Wohnungen unterzubringen und der Pegida-Ableger Cegida mit seinen Demonstrationen nur Wenige mobilisieren konnte, das sei quasi unter dem Radar geschehen. „Da hat man einfach gemacht und nicht ewig diskutiert“, so Müller. Chemnitz ist häufig zu leise, um gehört zu werden. Umso lauter sind die, die Schlechtes verkünden: Stadtportraits, die Chemnitz die Aura von Tschernobyl oder Nordkorea bescheinigen, taten das Ihrige um

das Vorurteil zu zementieren: Hier lässt sich nicht gut leben, hier ist der Aufbau Ost gescheitert. Dabei gibt es wahnsinnig viel, das funktioniert, das die Stadt prosperieren und die Arbeitslosenquote auf aktuell acht Prozent sinken lässt: Maschinenbauer wie Niles Simmons und Starrag, das Volkswagen-Motorenwerk und die Union Werkzeugmaschinen GmbH sorgen für stabile Jobs. Rund um die Technische Universität mit ihren etwa 11.600 Studenten ist ein ganzes Kompetenzzentrum für Mikrosystemtechnik entstanden: Auf dem „Smart Systems Campus“ direkt neben Uni und Forschungseinrichtungen können sich Start-up-Unternehmen ansiedeln. „Das ist ein richtig gut funktionierendes Gründungs-labor“, erzählt Detlef Müller, „die Firmen beginnen hier und gehen, wenn sie etwa zwei Jahre alt sind und sieben bis zehn Mitarbeiter beschäftigen, wieder raus und siedeln sich in der Stadt an.“

All das zieht vor allem junge Menschen an – und deshalb wächst die Stadt seit einigen Jahren wieder. Wer heute in Chemnitz unterwegs ist, sieht jede Menge Baukräne; es entstehen Wohnungen, Kindergärten und Schulen. „Die Zeit des großen Stadtumbaus und Abbruchs ist definitiv vorbei“, sagt Börries Butenop, Leiter des Stadtplanungsamts, „wir erleben ein kleines, aber beständiges Wachstum.“

Chemnitz hat sein Gesicht einmal mehr gravierend verändert. Wurde die Stadt im 19. Jahrhundert zu einer der wichtigsten deutschen Industriestädte, mit rauchenden Schornsteinen und viel Dreck, zog das Bürgertum im 20. Jahrhundert viele Künstler an und es entstanden repräsentative Bauten für kulturelle Einrichtungen. Die Luftangriffe im Februar 1945 zerstörten nahezu die komplette Innenstadt. Das sozialistische Wiederaufbauprogramm in den 1950er und 1960er Jahren machte aus Chemnitz eine Stadt ohne Zentrum – bescheerte ihr aber ein Alleinstellungsmerkmal, von dem das Stadtmarketing bis heute zehrt: das riesige Karl-Marx-Monument,

STICHWORT

Chemnitz

- > Einwohner** Seit Mitte des 19. Jahrhunderts wuchs die Einwohnerzahl rasant. 1930 wohnten rund 360.000 Menschen in Chemnitz. 1982 waren es 320.000, heute sind es 250.000.
- > Wohnen** Trotz Wachstum ist es immer noch billig, in Chemnitz zu wohnen. Bei gerade einmal 5,05 Euro lag der durchschnittliche Quadratmeterpreis.
- > Arbeit** Die Arbeitslosenquote in Chemnitz liegt aktuell bei 8,2 Prozent. 2004 waren noch 19,2 Prozent der Chemnitzer arbeitslos.

von den Einheimischen „Nischel“ genannt. Nach der Wende wurden viele leerstehende Gebäude abgerissen.

Neues Selbstbewusstsein Nun also wieder Wachstum. Und vielleicht auch neues Selbstbewusstsein: Gerade hat die Stadt beschlossen, sich um den prestigeträchtigen Titel der europäischen „Kulturhauptstadt“ zu bewerben. Man könnte der Welt dann all das zeigen, was allgemein so wenig wahrgenommen wird. Betrachtet man den Drive, den andere Bewerber-Städte mit ihren Konzepten zur Stadtentwicklung genommen haben, könne auch Chemnitz das Verfahren nur gut tun, heißt es aus dem Rathaus. Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig zeigte sich optimistisch: „Wenn es bewirkt, dass man nicht mehr erklären muss, wo Chemnitz liegt oder dass man sich entschuldigen muss, aus Chemnitz zu kommen – dann ist die Bewerbung die Mühe wert!“

Susanne Kailitz

Die Autorin ist freie Journalistin in Dresden.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Sorgenkind Mieten

RECHT Die Mietpreisentwicklung bringt viele Bürger an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten. Die Politik will nun gegensteuern.

In vielen Ballungsgebieten sind Mietwohnungen sehr teuer geworden. Über eine 2. Mietrechtsnovelle wird in der Koalition nun diskutiert.

© picture-alliance/dieKLEINERT.de/Rudolf

In vielen Großstädten und Ballungsräumen, aber auch in kleineren Universitätsstädten wird es immer schwerer, eine für Normalverdiener bezahlbare Mietwohnung zu finden. Während es bei Bestandsmieten schon lange gesetzliche Grenzen für Mieterhöhungen gibt, war das bei der Neuvermietung bis vor Kurzem nicht der Fall. Seit Juni 2015 gibt nun die sogenannte Mietpreisbremse den Ländern die Möglichkeit, in Gebieten mit angespanntem Mietwohnungsmarkt bestimmte Grenzen auch bei der Neuvermietung zu setzen. Allerdings häufen sich die Berichte, dass viele Vermieter gegen die Mietpreisbremse verstoßen oder Ausnahmeregelungen nutzen. So gilt bei möblierten Wohnungen keine Mietpreisbremse. Schon wenige Monate nach Inkrafttreten der Novelle hatten Berichte über ihre schwache Wirkung Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) veranlasst, eine zweite Mietrechtsnovelle erarbeiten zu lassen. Dieser Referentenentwurf wird allerdings seither wegen Bedenken des Koalitionspartners im Kanzleramt zurückgehalten.

Zu viele Ausnahmen Mit Anträgen, diese Novelle vorzulegen und die Mietpreisbremse zu schärfen, machte die Linke dies nun vergangene Woche bereits zum zweiten Mal im Bundestag. Es gebe bei der Mietpreisbremse zu viele Ausnahmen, sagte Caren Lay (Linke), und es fehlten „empfindliche Sanktionen“ gegen Vermieter, die gegen die Vorschriften verstoßen. Aber, klagte Lay, „die zweite Mietrechtsnovelle dümpelt im Kabinett seit einem Dreivierteljahr vor sich hin“. Scharf

kritisierte Lay auch die Modernisierungsumlage, mit der die Kosten einer Erhöhung des Wohnstandards auf die Mieter umgelegt werden können. Man solle sie abschaffen oder wenigstens absenken. Der Unionsfraktion warf Lay eine „Politik für Kapitalanleger“ vor und appellierte an die SPD-Fraktion: „Warten Sie nicht mehr auf den Koalitionspartner“, sonst „wird es nicht mehr in dieser Legislaturperiode“.

Zu wenige Wohnungen Der CDU-Abgeordnete Jan-Marco Luczak entgegnete, es bestehe „große Einigung im Ziel, dass wir mehr bezahlbaren Wohnraum brauchen“. Was die Linke vorlege, seien jedoch „populistische Forderungen“. Tatsächlich gehe es um komplexe Aufgaben, zu denen unter anderem auch die energetische Sanierung und der altersgerechte Umbau gehörten. „Welche Maßnahmen zielführend sind, diskutieren wir gerade in der Koalition.“ Neben den von der Opposition angeführten Studien zur Wirkung der Mietpreisbremse gebe es auch solche, die zu anderen Ergebnissen kämen, sagte Luczak. Deshalb sei es richtig, dass das Bundesjustizministerium eine eigene Studie in Auftrag gegeben habe.

Luczak machte aber auch deutlich, dass es „mit uns“ keine Streichung der Ausnahmen von der Mietpreisbremse geben werde, „weil wir nicht wollen, dass sie zur Investitionsbremse wird“. Denn Kern des Problems sei, dass es „zu wenig Wohnungen in diesem Land“ gibt, und deshalb müsse man „bauen, bauen, bauen, und zwar schnell“. Dazu müsse die Politik „alles tun, um das Investitionsklima zu verbessern“. Ein Weg

sei die steuerliche Förderung des Mietwohnungsbaus, aber der sei „auf den letzten Metern an der SPD gescheitert“. Wegen des Populismus-Vorwurfs hielt die SPD-Abgeordnete Cansel Kiziltepe Luczak vor: „Der einzige Populist und Gauner sind Sie!“ Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer (CSU) forderte Kiziltepe daraufhin auf, sich einer „parlamentarischen Wortwahl“ zu bedienen. Mit einer solchen warb der Parlamentarische Staatssekretär im Justizministerium, Ulrich Kelber (SPD), für Nachbesserungen bei der Mietpreisbremse sowie für eine „Kapazitätsgrenze für Verdrängungs-Modernisierungen“. Aus dem öffentlich gewordenen Referentenentwurf seines Hauses könne „jeder sehen, mit welcher Position wir in-

nerhalb der Koalition werben“, sagte Kelber. Er sei sich sicher, sagte er mit Blick auf den Koalitionspartner Union, „wir werden Sie auch beim Mietrechtspaket noch überzeugen können“.

Spekulanten Zur Debatte stand auch ein Antrag der Linken zum Dragoon-Areal in Berlin-Kreuzberg. Dieses hatte die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) vor einem Jahr an einen Finanzinvestor verkauft, der aber bisher keinen Wohnungsbau in Angriff genommen hat. Die Linksfraktion fordert deshalb die Rückabwicklung des Geschäfts und den preisgünstigen Verkauf an das Land Berlin. Christian Kühn (Grüne) beklagte die Spekulation auf dem Wohnungsmarkt. An Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gerichtet, dem die BImA untersteht, sagte er: „Einer der größten Spekulanten sitzt hier auf der Regierungsbank.“ Denn Schäuble beharre darauf, dass die BImA ihre Wohnungen und Grundstücke zu Höchstpreisen verkaufe. Dem hielt Hans Michelbach (CSU) entgegen, die BImA sei „verpflichtet, Bundesliegenschaften zum vollen Wert zu veräußern“. Schäuble sei „allein gültigen Gesetzen verpflichtet“. Gesetze könne man aber auch ändern, entgegnete Gesine Lötzsch (Linke), da könne sich „kein Abgeordneter herausreden“. In namentlicher Abstimmung lehnte der Bundestag schließlich zwei Anträge der Linken zur Mietpreisbremse (18/8863, 18/9696) und zur BImA (18/4419, 18/6686) ab. Zwei neue Anträge der Linken zur Mietpreisbremse (18/9123) und zum Dragoon-Areal (18/9790) wurden an die Ausschüsse überwiesen. *Peter Stützle* ■

> KOMPAKT

Eckpunkte der Wohnungspolitik

> Mietpreisbremse Kann seit Juni 2015 von den Ländern in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt genutzt werden. Begrenzt die Miethöhe bei Neuvermietungen.

> Mietrechtsnovelle Ziel ist eine schärfere Mietpreisbremse. Bisher liegt nur ein Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums vor.

> Behörde Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) in Bonn soll Grundstücke und Gebäude des Bundes zum bestmöglichen Preis verkaufen.

Kampf den Kutten

VEREINSGESETZ Kriminelle Rockergruppen im Fokus

Die Bundesregierung will mit einer Verschärfung des Vereinsgesetzes Vereinigungen entgegenwirken, die einen Deckmantel für schwere Kriminalität bieten. Dies geht aus einem Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/9758) zur Änderung des Vereinsgesetzes hervor, der am Freitag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestagsplenums stand.

Wie die Regierung in der Vorlage ausführt, können Vereinigungen insbesondere im Bereich krimineller Rockergruppierungen einen „Deckmantel für vielfältige Formen der schweren und organisierten Kriminalität

wie zum Beispiel Menschenhandel und Drogengeschäfte bieten“. Dem solle durch die Verschärfung des Vereinsgesetzes entgegengetreten werden. Kennzeichen verbotener Vereinigungen sowie solche, die mit denen eines bereits verbotenen Vereins im Zusammenhang stehen, sollen von anderen Gruppierungen im Bundesgebiet nicht mehr weiter genutzt werden.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU), sagte in der Debatte, nahezu alle kriminellen Rockergruppen trügen sogenannte Kutten. Die Westen mit den speziellen Aufhängern seien Grundlage ihrer Gruppenidentität. Mit der Verschärfung des Vereinsgesetzes wolle man gegen diese Selbstdarstellung solcher Gruppen vorgehen. Zugleich verbiete man mit der Neuregelung „auch eine Form der Sympathiewerbung“ für diese Gruppen. *sto* ■

Sicherer in der Luft

LUFTFAHRT Ministerium soll Flugverbote verhängen können

Das Sicherheitsniveau im Bereich der Luftfracht soll nach dem Willen der Bundesregierung erhöht werden. Über einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes (18/9752) beriet der Bundestag vergangene Woche in erster Lesung. Damit soll zugleich das nationale Recht an geänderte EU-rechtliche Bestimmungen angepasst werden.

Wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) in der Debatte sagte, soll sein Haus künftig „für einzelne Flugzeuge oder eine näher bestimmte Gruppe von Flugzeugen bei erheblichen Gefährdungen ein Flugverbot für Einflüge, Überflüge, Starts oder Frachtbeförderungen“ verhängen können. Zum besseren Schutz vor möglichen „Innentätern“ würden zudem die Vorschriften über die Zuverlässigkeitsprüfung verschärft. Danach sollten künftig

auch die Arbeitnehmer, für die bislang eine Überprüfung durch den Arbeitgeber ausreichend war, einer behördlichen Zuverlässigkeitsüberprüfung unterzogen werden. Dies betreffe vor allem das im Frachtbereich tätige Personal. Ferner solle eine bundeseinheitliche Zertifizierungs- und Zulassungspflicht für Luftsicherheitskontrolltechnik eingeführt werden, „damit in allen Bereichen, in denen diese besondere Technik zum Einsatz kommt, einheitliche Qualitätsstandards gelten“. „Ambivalent“ sehe er als der für Sicherheit verantwortliche Minister „die vollständige Transparenz jedes Pakets auf jedem Weg“, sagte de Maizière weiter. Dies sei „für den Kunden gedacht, damit er weiß, wann das Paket kommt“. Er habe aber „erhebliche Zweifel“, ob es „nötig ist, dass man genau weiß, in welchem Flugzeug und wo es sich gerade in der Luft befindet“. *sto* ■

»Halbe-halbe« abgelehnt

BEITRÄGE SPD-Fraktion stimmt gegen eigene Überzeugung

Die Opposition ist mit zwei Anträgen zur vollständigen paritätischen Finanzierung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gescheitert. Nach einer sehr lebhaften Diskussion lehnten Union und SPD vergangene Woche im Bundestag die Anträge der Fraktion Die Linke (18/7237) und von Bündnis 90/Die Grünen (18/7241) ab, obwohl die SPD eigentlich auch für die Parität eintritt. Damit bleibt es dabei, dass die Versicherten die Zusatzbeiträge, die derzeit im Schnitt bei 1,1 Prozent liegen, allein bezahlen.

In der Debatte prallten die unterschiedlichen Auffassungen zu dem Thema erneut aufeinander. Redner der Union erinnerten daran, dass der frühere Sonderbeitrag in Höhe von 0,9 Prozent für die Arbeitnehmer 2005 von der rot-grünen Koalition eingeführt worden sei. Die SPD hielt dagegen, dass damals die Wirtschaftslage mit fünf Millionen Arbeitslosen sowie auch die wirtschaftliche Lage der Krankenkassen wesentlich schlechter gewesen sei als heute. Inzwischen gebe es keinen Grund mehr, die Arbeitgeber gezielt zu entlasten. Erich Irlstorfer (CSU) entgegnete, die Zusatzbeiträge stiegen nur moderat. Es gehe um eine gerechte Lastenverteilung zwi-

schen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie um einen funktionierenden Preis- und Qualitätswettbewerb der Krankenkassen. Thomas Stritzl (CDU) verwies auf die hohe Bedeutung der Lohnnebenkosten für die wirtschaftliche Stärke der Unternehmen. Es gehe auch darum, in Zeiten der Globalisierung Arbeitsplätze zu sichern. Redner der SPD rechtfertigten ihr Abstimmungsverhalten mit der Koalitionsvereinbarung. Edgar Franke (SPD) betonte: „Wir sind vertragstreu.“ Gleichwohl trete die SPD für die Parität ein und hoffe, dass die Union über diese Frage noch einmal neu nachdenke.

Harald Weinberg (Linke) warf der SPD vor, sich völlig widersprüchlich zu verhalten und die große Chance auf Rückkehr zur paritätischen Finanzierung verstreichen zu lassen. Es gehe hier auch nicht um Kleinigkeiten, betonte Weinberg und rechnete die langfristigen Belastungen für die Versicherten hoch, darunter die Zuzahlungen. Maria Klein-Schmeink (Grüne) sprach von einer Tradition, die mehr als 50 Jahre Bestand gehabt habe. An diese Sozialpartnerschaft werde nun die Axt gelegt. Die Versicherten hätten immer mehr den Eindruck, sie würden geschröpft. *pk* ■

Mehr Personal benötigt

PSYCHIATRIE Experten verlangen ganz klare Vorgaben

Gesundheitsexperten sehen in der von der Bundesregierung geplanten Psychiatriereform eine wichtige, aber schwierig umzusetzende Initiative. Die zentrale Frage sei, ob am Ende das nötige Fachpersonal für die Patienten zur Verfügung stehe, erklärten Fachleute vergangene Woche in einer Anhörung des Gesundheitsausschusses über das „Gesetz zur Weiterentwicklung der Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen“ (PsychVVG) (18/9528).

Auf ein landeseinheitliches Preisniveau der Kliniken wird künftig verzichtet. Stattdessen können psychiatrische und psychosomatische Kliniken ihr Budget einzeln verhandeln, um regionale oder strukturelle Besonderheiten besser zu berücksichtigen. Basis für die Kalkulation in den Kliniken soll der jeweilige tatsächliche Aufwand sein, wobei künftig verbindliche Mindestvorgaben bei der Personalausstattung und entsprechende Nachweise gelten sollen. Die sektorenübergreifende Versorgung soll gestärkt werden.

Nach Ansicht des Verbandes der Psychosomatischen Krankenhäuser und Krankenhausabteilungen in Deutschland (VPKD) würden Personalvorgaben und Nachweise über die Personalausstattung zur Selbstkostendeckung zurückzuführen und gäben weitreichende Ansätze zur Budgetkürzung. Zu

befürchten wäre ein Kellertreppeneffekt mit einem Abzug finanzieller Mittel, wenn nicht erfüllte Stellen als Nachweis vorgelegt werden müssten. Die Einführung der Nachweispflichten würde angesichts der fehlenden Investitionskostenfinanzierung der Länder zu einer systematischen Unterfinanzierung der Fachkliniken führen. Benötigt werde eine pauschalierende Vergütung, die sich an der Leistung bemesse. Die Finanzierung sollte sich an den Behandlungserfordernissen orientieren und die Ergebnisqualität in den Mittelpunkt stellen. Die Bundesärztekammer (BÄK) erinnerte an die Personalengpässe in den betroffenen Abteilungen und Kliniken, den demografischen Wandel und den steigenden Behandlungsbedarf. Daher werde die Qualität und Quantität des verfügbaren medizinischen Personals zum Schlüssel für den Erfolg der Reform. Die Mediziner verweisen ferner auf den besonderen Schutzbedarf bei der Versorgung von Kindern und Jugendlichen in der Psychiatrie.

Der Marburger Bund begrüßte die verbindlichen Mindestvorgaben für das Personal, allerdings müssten auch Tarifsteigerungen komplett refinanziert werden. Der GKV-Spitzenverband warnte, für die Krankenkassen ergebe sich ein „erhebliches Finanzierungsrisiko“. Die Budgetfestsetzung sei zu vage. *pk* ■

Unfaire Regelung moniert

SELBSTSTÄNDIGE Nachteile für freiwillig Versicherte

Die Fraktion Die Linke hat bei zwei speziellen Fallkonstellationen innerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) Ungerechtigkeiten gegenüber den Versicherten ausgemacht und dringt auf eine gesetzliche Lösung. Es geht um freiwillig Versicherte und freiwillig versicherte Selbstständige in der GKV. Hier bestünden Gerechtigkeitslücken bei sehr geringen Einkommen.

In den Beitragsregelungen der freiwilligen gesetzlichen Versicherung gebe es im Gegensatz zur Pflichtversicherung sogenannte Mindestbemessungen. Dabei werde ein beitragspflichtiges Einkommen als Grundlage angenommen, das höher sein könne als das tatsächliche Einkommen. Dadurch seien höhere Beitragssätze zu zahlen, als bei einem durchschnittlich verdienenden

freiwillig Versicherten, heißt es in dem einen Antrag (18/9712) der Fraktion, über den der Bundestag vergangene Woche erstmals beraten hat. Auch bei Selbstständigen würden über Mindestbeitragsbemessungen prozentual höhere Mindestbeiträge erhoben als bei Pflichtversicherten, heißt es in dem zweiten Antrag (18/9711), der zur Debatte stand. In beiden Fällen fordern die Linke-Abgeordneten nun, die Mindestbeitragsbemessung in der GKV auf die Geringfügigkeitsgrenze von derzeit 450 Euro abzusenkten. Auch SPD und Grüne sehen hier einen Handlungsbedarf und zeigten sich offen für mögliche Lösungswege. Redner der Union beklagten, das eigentliche Ziel der Opposition sei die Bürgerversicherung. Die Anträge wurden zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse überwiesen. *pk* ■

Mehr E-Government

VERWALTUNG Fraktionen wollen Digitalisierung fördern

Auf die Förderung der „digitalen Verwaltung“ zielen zwei Anträge der CDU/CSU und der SPD-Fraktion (18/9788) und der Grünen (18/9056), über die der Bundestag vergangene Woche erstmals debattierte. Nach dem Willen der Koalitionsfraktionen soll die Bundesregierung auf allen Verwaltungsebenen „attraktive und serviceorientierte sowie barrierefreie elektronische Bürgerdienste und unternehmensfreundliche Verwaltungsdienstleistungen medienbruchfrei“ anbieten und in der Kommunikation zwischen Verwaltungseinheiten und den Bürgern sowie der Wirtschaft den Einsatz einfacher und sicherer elektronischer Verfahren gewährleisten. Auch soll sie dem Koalitionsantrag zufolge Schriftformerfordernisse und Pflichten zum persönlichen Erscheinen abbauen und in der Bundesverwaltung darauf hinwirken, dass Akten vollständig elektronisch geführt werden. Darü-

ber hinaus zählt zu dem umfangreichen Forderungskatalog im Antrag unter anderem, „die Transparenz politischer Prozesse und die Beteiligungsmöglichkeiten deutlich auszubauen und bei wichtigen Gesetzgebungsverfahren stärker auf internetbasierten Plattformen zur Beteiligung zu setzen“.

Die Grünen fordern in ihrem Antrag die Bundesregierung auf, eine „kohärente und den Potenzialen von Open- und E-Government angemessene Strategie vorzulegen und sich für deren konsequente Umsetzung einzusetzen“. Nur so könnten die Potenziale für Bürokratiekostenentlastung und bürgerefreundlichen Zugang zu staatlichen Dienstleistungen gehoben und die Entwicklung innovativer, bürgerefreundlicher und barrierefreier Anwendungen ermöglicht werden, heißt es in der Vorlage weiter. *sto* ■

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Kein Stopp von Befristungen

ARBEIT Ein Stopp von befristeten Arbeitsverträgen im öffentlichen Dienst ist vorerst nicht in Sicht. Dies hatte die Fraktion Die Linke in einem Antrag (18/7567) gefordert, den der Bundestag in der vergangenen Woche mit den Stimmen von Union und SPD ablehnte. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen enthielt sich. Die Linke hatte in dem Antrag kritisiert, dass der öffentliche Dienst Spitzenreiter bei Befristungen sei und 60 Prozent der dort neu abgeschlossenen Arbeitsverträge ein „Verfallsdatum“ hätten. „Dem öffentlichen Dienst sollte eine Vorbildfunktion zukommen, doch die drastische Befristungspolitik hat eher abschreckenden Charakter“, schreiben die Abgeordneten. Sie forderten von der Bundesregierung deshalb einen Gesetzentwurf zur Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. Dort sollten unter anderem die Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung und zur Befristung auf Probe gestrichen werden. Die CDU/CSU bezeichnete die Beschränkung von sachgrundlosen Befristungen auf zwei Jahre als „sachgerecht“ und lehnte deren Abschaffung ab. Die SPD plädierte dagegen dafür, hält dies jedoch aus Koalitionsgründen für derzeit nicht durchsetzbar. Die Grünen kritisierten Befristungen im öffentlichen Dienst als besonderes Problem. Die Beschränkung auf zwei Befristungen, wie im Antrag gefordert, führe aber eher zu Drehtüreffekten zulasten der Beschäftigten, so die Grünen. *che*



Schlosser Bernhard Schröder bei der Arbeit. Künftig soll er besser selbst entscheiden können, wann und wie er in Rente gehen wird.

© picture-alliance/dpa

Anhörung zu Demenzstudien

GESUNDHEIT Der Gesundheitsausschuss hat die seit Monaten umstrittene Arzneimittelreform in der vergangenen Woche in geänderter Fassung mehrheitlich gebilligt, zugleich aber eine getrennte parlamentarische Befassung zu dem Passus der geplanten Forschung an nicht einwilligungsfähigen Patienten auf den Weg gebracht. Der Bundestag soll nun voraussichtlich im November und nach einer Expertenanhörung zu drei fraktionsübergreifenden Änderungsanträgen über den gesamten Gesetzentwurf abstimmen. Formal geht es bei dem „vierten Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften“ (18/8034) um die Umsetzung einer Verordnung der EU (Nr. 536/2014). Die Novelle sieht in der Ursprungsfassung mehr Möglichkeiten zur Medikamentenforschung vor. Konkret sollen klinische Arzneimittelstudien an nicht einwilligungsfähigen Erwachsenen (zum Beispiel Demenzkranken) auch dann zulässig sein, wenn sie nur gruppennützlich sind, den Betroffenen selbst also keine Vorteile bringen. Das ist bisher nicht erlaubt. Der Passus hatte heftigen Widerspruch bei Ethikern, Kirchen und Behindertenverbänden ausgelöst und ist auch im Parlament umstritten, weshalb die Vorlage vor der Sommerpause mehrfach von der Tagesordnung des Plenums genommen wurde. Nun sollen die drei Gruppenanträge als Änderungsanträge bei einer Expertenanhörung des Gesundheitsausschusses am 19. Oktober beraten werden. Ein Antrag sieht vor, es bei der restriktiven Regelung zu belassen. In den beiden anderen Anträgen würde die rein gruppennützige Forschung mit einer Probandenverfügung gestattet, in einem Fall mit verpflichtender ärztlicher Beratung, in dem anderen Fall mit optionaler ärztlicher Beratung. *pk*

Raus aus dem Korsett

SOZIALES Die Flexi-Rente soll einen fließenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen

Das ist nur ein Placebo“, so lautete das Urteil von Markus Kurth (Grüne). Matthias Birkwald (Die Linke) warnte gar: „Die Teilrente ist mit Vorsicht zu genießen.“ Doch die Koalitionsfraktionen ließen sich von derlei Warnungen, die sie als Schwarzmalerei bewerteten, nicht abschrecken: „Es ist ein Gesetz, auf das ich stolz bin“, betonte Martin Rosemann von der SPD. Gemeint ist der Entwurf (18/9787) für ein Flexi-Rentengesetz, mit dem CDU/CSU und SPD die Übergänge in den Ruhestand flexibler gestalten wollen. Vor allem geht es darum, das Arbeiten über das Renteneintrittsalter hinaus attraktiver zu machen. Kritiker werfen den Koalitionsfraktionen vor, bei dem Gesetz gehe es letztlich um ein Zugeständnis an den Wirtschaftsflügel der Union – sozusagen als Ausgleich zu der dort sehr unbeliebten Rente mit 63. Diese hatten nicht wenige aus der Union als Anreiz zur Frühverrentung kritisiert.

»Für jene in gesundheitlich belastenden Berufen bietet der Entwurf nichts an.«

Matthias Birkwald (Linke)

Höherer Rentenanspruch Das Flexi-Rente-Konzept geht tatsächlich in eine andere Richtung. Es will unter anderem die Möglichkeit verbessern, vor Erreichen der Regelaltersgrenze eine Teilzeitarbeit durch

eine Teilrente zu ergänzen. Die Hinzuverdienstgrenzen sollen deutlich angehoben und fließender werden und die recht strikten Regelungen ersetzen, die dazu führen, dass die Teilrente bisher kaum genutzt wird. Bisher darf ein Teilrentner höchstens einen Minijob machen und riskiert eine Kürzung der vorgezogenen Rente um mindestens ein Drittel, wenn er die 450-Euro-Grenze nur gering überschreitet. Lediglich 4.000 Menschen beziehen nach Angaben der Rentenversicherung eine Teilrente. Das sei kein Wunder, gab sich auch Katja Mast, die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, selbstkritisch. Künftig soll außerdem, wie eine vorgezogene Vollrente wegen Alters bezieht und weiterarbeitet, seinen Rentenanspruch erhöhen. Auch Vollrentner sollen in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig sein, bis sie die Regelaltersgrenze erreichen. Arbeitet jemand nach Erreichen der Altersgrenze weiter, kann er auf die dann bestehende Versicherungspflicht verzichten, um so weitere Entgeltpunkte und damit einen höheren Rentenanspruch zu erwerben. Neue Regeln der Rehabilitation und der Prävention sollen die Leistungen der Rentenversicherung stärken. Zudem soll die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer dadurch attraktiver wer-

den, dass der bisher anfallende gesonderte Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung für Beschäftigte jenseits der Regelaltersgrenze für fünf Jahre wegfällt. Auch wenn die Teilrente bisher nicht von vielen Beschäftigten in Anspruch genommen wird: Die Zahl der arbeitenden Rentner ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Rund 15 Prozent der 65- bis 69-Jährigen arbeiten heute, das sind doppelt so viele wie vor zehn Jahren. Die meisten von ihnen bleiben jedoch nicht einfach länger in ihrem Beruf, sondern bessern ihr Einkommen mit einem Minijob aus. Ende 2015 hatten rund 940.000 Senioren ab 65 Jahre einen solchen Minijob – für Sozialverbände und Gewerkschaften vor allem ein Zeichen dafür, dass immer mehr Menschen von ihrer Rente nicht leben können. Gestiegen ist auch das durchschnittliche Renteneintrittsalter: Lag es 1998 noch bei rund 62 Jahren, so gehen die Beschäftigten heute im Schnitt mit 64 Jahren in Rente.

Reha vor Rente Katja Mast betonte, „für die SPD ist es besonders wichtig, wie man gesund, aber auch selbstbestimmt das Rentenalter erreichen kann“. Und selbstbestimmt könne man dies nur, wenn man gesund sei. Deshalb würde mit dem Gesetz der Ansatz „Reha vor Rente“ gestärkt. Mehr Menschen als bisher sollten künftig davon profitieren. Vor der Rehabilitation wiederum müsse die Prävention ansetzen, zum Beispiel durch einen U-45-Check-Up. „Wir

KOMPAKT
Flexi-Rente
> Teilrente Teilrente und Hinzuverdienst sollen „flexibel und individuell miteinander kombinierbar“ sein. Künftig gilt eine Hinzuverdienst-Obergrenze von 6.300 Euro pro Jahr. 40 Prozent des darüber liegenden Verdienstes wird, anders gestaffelt als bisher, von der Rente abgezogen.
> Rentenanspruch Arbeitet jemand nach Erreichen der Regelaltersgrenze weiter, kann er weiter in die Rentenversicherung einzahlen, um so seinen späteren Rentenanspruch zu erhöhen.
> Versicherung Der bisher anfallende Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung fällt für fünf Jahre weg. Die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer soll dadurch attraktiver werden.

ne mobilisieren, die trotz Rentenalter weiter arbeiten wollen. Es ist ein Angebot und keine Pflicht“, sagte Schiewerling.

Zu kompliziert Für die Oppositionsfraktionen ist der Gesetzentwurf jedoch kein annehmbares Angebot, beziehungsweise nur für jene attraktiv, die sich die Abschläge durch die Teilrente leisten könnten, sagte Matthias Birkwald (Die Linke). Bei den geplanten Änderungen gehe es doch nur darum, dass Menschen noch mehr und länger arbeiten. Für jene, die in gesundheitlich besonders belastenden Berufen arbeiten, biete der Gesetzentwurf jedoch nichts an. „Die Lebenswirklichkeit wird die Teilrente ins Leere laufen lassen, bevor sich jemand dieses komplexe System erklären lassen konnte“, prophezeite er. Markus Kurth (Bündnis 90/Die Grünen) bezeichnete die Pläne als „wohlt klingende Absichtserklärungen“, die am Problem „komplett vorbei“ gehen. Ihn würden die Menschen in seinem Wahlkreisbüro nicht fragen, wie sie nach Eintritt ins Rentenalter noch weiterarbeiten können, sondern wie sie es denn schaffen sollen, überhaupt das Renteneintrittsalter im Beruf zu erreichen. „Wir brauchen die Chance einer Belastungsreduzierung- und Anpassung ab dem 60. Lebensjahr. Das hat mit Frühverrentung nichts zu tun.“ Einer Krankenschwester, die mit Anfang 60 gesundheitlich angeschlagen sind, helfe die „viel zu kompliziert“ angelegte Flexi-Rente jedenfalls nicht, betonte Kurth. *Claudia Heine*

Anzeige

Vom Glück der Babyboomer im Alter

SENIOREN Grüne fordern von der Bundesregierung eine Strategie für Partizipation und Selbstbestimmung

Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung Deutschlands steigt kontinuierlich. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes werden im Jahr 2050 ohne größere Zuwanderung etwa 22,7 Millionen Menschen älter als 64 Jahre sein, rund 32 Prozent der dann nur noch rund 71,9 Millionen Menschen umfassenden Gesamtbevölkerung. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung deshalb auf, eine Strategie zu entwickeln, um älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. „Viele Menschen sind lange gesund und aktiv und auch finanziell gut gestellt. Es gibt aber auch eine wachsende Gruppe älterer Menschen, die auf Unterstützung angewiesen oder von Ausgrenzung bedroht ist: Menschen mit Behinderung, Einkommenschwache, Hochbetagte, Ältere mit Zuwanderungsgeschichte, Mobilitätsbeschränkte und Pflegebedürftige“, schreiben die Grünen in ihrem Antrag (18/9797), über den der Bundestag am vergangenen Donnerstag erstmals beriet.

„Deshalb müssen wir die gesetzliche Rentensicherung stabilisieren und eine Garantierte einführen.“ Darüber hinaus müsse der Bau beziehungsweise Umbau altersgerechter und barrierefreier Wohnungen stärker gefördert werden. Das entsprechende Programm der Kreditanstalt für Wiederaufbau müsse finanziell so ausgestattet werden, dass es dem tatsächlichen Bedarf ent-

spreche, forderte Wagner. Zudem soll nach dem Willen der Grünen der öffentliche Nahverkehr konsequent barrierefrei ausgebaut und eine individuelle pflegerische Unterstützung gewährleistet werden. Wenn an diesen Stellschrauben gedreht werde, dann „werden wir Babyboomer und die Generation nach uns glückliche Alte sein“, sagte Wagner in Anspielung auf ihren eigenen Geburtsjahrgang.

politik der Großen Koalition in den vergangenen Jahren sei eine „Erfolgsgeschichte“. Union und SPD hätten das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf auf den Weg gebracht, das Mehrgenerationenhaus-Programm weiterentwickelt und den Bundesfreiwilligendienst ausgebaut. Dies seien „gesellschaftspolitische Meilensteine“, sagte Wiese.

Altenpflege Das positive Urteil Wieses bestätigte die SPD-Abgeordnete Petra Crone an. Allerdings schloss sie sich der Forderung der Grünen nach mehr Personal in der Altenpflege an. Dafür müsse die Altenpflege dringend aufgewertet und die Bezahlung verbessert werden. Die Sozialdemokratin sprach sich für einen Zusammenschluss der drei existierenden Ausbildungen in den Bereichen Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege aus. „Dieses Gesetz wünschen sich große Teile der Verbände und viele Pflegerinnen und Pfleger“, sagte Crone. *Alexander Weinlein*



Personal in der Altenpflege wird gesucht.

Siebter Altenbericht Unterstützung bekamen die Grünen von der Linksfraktion. Deren seniorenpolitische Sprecher Jörn Wunderlich hielt den Grünen allerdings entgegen, sie sollten ihre Forderungen an Länder und Kommunen in den elf Bundesländern umsetzen, in denen sie mitregieren würden. Der Bundesregierung warf Wunderlich vor, dass der Siebte Altenbericht zum Thema „Sorge und Mitverantwortung in den Kommunen“, der der Regierung seit Dezember 2015 vorliege, noch immer nicht an das Parlament weitergeleitet worden sei. Der Unionsabgeordnete Heinz Wiese (CDU) bescheinigte den Grünen, dass ihr Antrag „zwar einige gute Ansätze“ enthalte. Allerdings müssten solche Forderungen auch solide finanziert sein. Die Senioren-

Wie sich Parlamentarier auf ihren Webseiten präsentieren



Members of the European Parliament on the Web
Transparency, Information and Representation on Personal Websites of Parliamentarians

Von Dr. Jessica Kunert
2016, 269 S., brosch., 59,- €
ISBN 978-3-8487-2872-5
eISBN 978-3-8452-7272-6
(Studien zum Parlamentarismus, Bd. 29)
nomos-shop.de/26826

Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden von Wählern und Medien oft ignoriert. Mit persönlichen Webseiten kann dem begegnet werden. Die Unterschiede zwischen den politischen Ebenen sowie nationale und ideologische Faktoren haben Einfluss darauf, wie sich Parlamentarier online präsentieren.

Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar: www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer





Wer kontrolliert, was beim BND drin ist? Eine Besuchertasche beim Tag der offenen Tür im August 2016 auf dem Berliner Gelände des Auslandsnachrichtendienstes

© picture-alliance/ZB / Jens Kalauer

Kiesewetter als Zufallsopfer des NSU

NSU Mit den Taten der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ist kaum jemand so vertraut wie die Oberstaatsanwältin Anette Greger. Sie ist eine der Anklagevertreterinnen im NSU-Prozess gegen die Hauptangeklagte Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Unterstützer am Oberlandesgericht in München. Vergangene Woche sagte sie als Zeugin vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages aus, der offene Fragen zur Arbeit der Behörden bei den Ermittlungen im Umfeld des NSU klären soll.

Es sei nach wie vor nicht klar, wie bei den Ermittlungen etwa mit den anonymen DNA-Spuren umgegangen worden sei, die an den NSU-Tatorten gefunden wurden, sagte der Ausschussvorsitzende Clemens Binninger (CDU). Greger, die die Ermittlungen selbst geführt hatte, antwortete, dass nach ihrer Kenntnis alle im NSU-Komplex angefallene Spuren mit den DNA-Mustern der Beschuldigten abgeglichen worden seien. Das reichte Binninger aber offenkundig nicht. Er verwies darauf, dass von den insgesamt 100 Personen, die zum erweiterten Kreis der Verdächtigen zählen, lediglich 19 in der DNA-Datenbank des Bundeskriminalamts (BKA) erfasst seien, darunter nur sieben der 14 Beschuldigten, die als dringend tatverdächtig gelten. Er könne nicht nachvollziehen, dass zumindest von den dringend Tatverdächtigen noch immer keine Probe verlangt worden sei, sagte Binninger. Seltsam sei auch: An keinem der Tatorte wurden DNA-Spuren der mutmaßlichen Haupttäter Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos gefunden.

Keine Augenzeugen Die Abgeordneten befragten Greger auch zu dem Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn. Kiesewetter und ihr Kollege Martin Arnold waren am 25. April 2007 auf einem Parkplatz von mindestens zwei Tätern – mutmaßlich Böhnhardt und Mundlos – überfallen und aus kurzer Distanz in den Kopf geschossen worden. Kiesewetter war sofort tot, Arnold überlebte schwerverletzt. Sie sei während der Ermittlungen selbst in Heilbronn gewesen, sagte Greger. Der viel frequentierte Parkplatz sei eigentlich ein undenkbarer Ort für einen Mord. Hätten die Mörder ihre Tat geplant, hätten sie die Polizisten woanders abgessappt, meinte Greger. Allen Erkenntnissen nach seien Kiesewetter und Arnold Zufallsopfer gewesen. Auch gebe es trotz zahlreicher offener Spuren keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass der NSU aus mehr als dem bekannten Trio bestanden habe. Allerdings sei bis heute kein Augenzeuge aufgetaucht, der einen der NSU-Morde an neun türkischen und griechischstämmigen Kleinunternehmern sowie an Kiesewetter gesehen hat.

Ergebnislos verlief die anschließende Befragung des Verfassungsschützers Lothar Lingen, der schon einmal 2012 vor dem ersten NSU-Untersuchungsausschuss als Zeuge ausgesagt hat. Er gilt als Hauptverantwortlicher für die Vernichtung von V-Mann-Akten im Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) kurz nach der Enttarnung des NSU im November 2011. Wie bisher schon schwieg Lingen auch vor dem Ausschuss zu den Gründen für die Aktenvernichtung. Seinen Anwalt ließ er gleich zu Beginn erklären, dass er von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch mache und sich zu der Schredderaktion nicht äußern werde. Der Ausschuss konnte so nur allgemeine Fragen etwa zu Arbeitsabläufen im BfV stellen. Erhellendes kam nicht zu Tage. Florian Zimmer-Amrhein

Die Frage der Kontrolle

NACHRICHTENDIENSTE Experten sehen Koalitionsvorlage zu BND-Fermeldeaufklärung kritisch

Der Titel erschließt sich zunächst eher Insidern: „Entwurf eines Gesetzes zur Ausland-Ausland-Fermeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes“ steht über dem von der CDU/CSU und der SPD-Fraktion vorgelegten Regelwerk (18/9041). Damit soll die strategische Fermeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes (BND) gesetzlich neu geregelt werden, und wie die Autoren in der Vorlage erklären, geht es bei der „Ausland-Ausland-Fermeldeaufklärung“ um „die strategische Fermeldeaufklärung von Ausländerinnen und Ausländern im Ausland vom Inland aus“. Vergangene Woche stand der Entwurf zusammen mit einem weiteren Gesetzentwurf der Koalition zur „Fortentwicklung der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes“ (18/9040) im Mittelpunkt einer Sachverständigen-Anhörung des Innenausschusses, und dabei gab es zunächst einmal Lob dafür, hier überhaupt gesetzgeberisch tätig zu werden. „Es ist richtig klasse, dass es nun eine gesetzliche Regelung gibt – Hut ab!“, sagte etwa der Bayreuther Rechtswissenschaftler

»Effiziente parlamentarische Kontrolle erhöht die Legitimation.«

Gerhard Schindler, ehemaliger BND-Präsident

Heinrich Amadeus Wolff zur Neuregelung der BND-Fermeldeaufklärung und fügte hinzu, da könnten sich „die anderen Länder eine Scheibe von abschneiden“. Der Sachverständige Eric Töpfer vom Deutschen Institut für Menschenrechte begrüßte, dass mit den Vorlagen „erste Lehren aus den Erkenntnissen des NSA-Untersuchungsausschusses gezogen werden sollen, um willkürliches und rechtswidriges Handeln deutscher Nachrichtendienste zu verhindern“. Und Gerhard Schindler, bis zur Jahresmitte selbst noch BND-Präsident, bescheinigte den beiden Koalitionsvorwürfen, „das richtige Ziel zu verfolgen, die Leistungsfähigkeit seines früheren Dienstes zu stärken. Gesetzliche Klarstellungen tragen zur Leistungsfähigkeit bei, weil sie die erforderliche Rechtssicherheit im Alltag böten, und eine effiziente parlamentarische Kontrolle erhöhe die für den BND notwendige Legitimation auch für risikoreiche Operationen, argumentierte er.

Vor allem die vorgesehenen Kontrollregelungen zogen aber Kritik auf sich. Mit dem ersten Gesetzentwurf sollen spezielle rechtliche Grundlagen für die Ausland-Ausland-Fermeldeaufklärung sowie eine diesbe-

zügliche Kooperation mit öffentlichen Stellen anderer Staaten geschaffen werden. Vorgesehen ist unter anderem die Einrichtung eines „Unabhängigen Gremiums“ zur Überprüfung der Fermeldeaufklärung, bestehend aus zwei Richtern am Bundesgerichtshof (BGH) und einem Bundesanwalt beim BGH. Mit dem zweiten Koalitionsvorwurf soll sichergestellt werden, dass die Kontrollrechte des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) „intensiver, koordinierter und kontinuierlicher wahrgenommen werden können“. Auch soll die PKGr-Tätigkeit stärker verknüpft werden mit der des für die Wirtschaftspläne der Dienste zuständigen „Vertrauensgremiums“ des Bundestages und seiner G10-Kommission, die über Beschränkungsmaßnahmen der Geheimdienste beim Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis entscheidet. Zu diesem Zweck ist vorgesehen, das Amt eines hauptamtlichen „Ständigen Bevollmächtigten des Parlamentarischen Kontrollgremiums“ zu schaffen. Dieser soll das PKGr bei seiner Arbeit einschließlich der Koordinierung mit den anderen Gremien unterstützen.

»Zu schwach« Ein Zielpunkt der Kritik war in der Anhörung das geplante „Unabhängige Gremium“. Schindler bemängelte, damit würde eine weitere Parallelstruktur geschaffen, die „einer systematischen, ganzheitlichen Kontrolle eher hinderlich“

sei. Überzeugender wäre die Zuweisung der neuen Kontrollfunktion an das PKGr; Sollte dies nicht in Betracht kommen, sei die G10-Kommission vorzuziehen. Professor Wolff kritisierte schon die vorgesehene Bestellung des Unabhängigen Gremiums. „Die Bundesregierung sucht sich ihre Kontrolleure selbst aus“, monierte er. Die Bestellung müsse vielmehr mit parlamentarischer Beteiligung erfolgen. Auch er warf die Frage auf, warum ein neues Gremium geschaffen werden solle. Stattdessen sei auch ein Zugriff auf die G10-Kommission möglich. Thorsten Wetzling von der Stiftung Neue Verantwortung sagte, er würde die Reform so nicht verabschieden, weil die Kontrolle des BND zu schwach ausfalle. Es bestehe die Gefahr, dass der BND „weiterhin ein Eigenleben führt und Fehler mit erheblichem diplomatischem und strategischem Flurschaden passieren können“. So wie die Kontrolle des BND vorgesehen sei, sei sie unter anderem deshalb zu schwach, weil die Reform eine „Fragmentierung der Kontrolllandschaft“ in Kauf nehme. Auch seien die Kontrollbefugnisse des Unabhängigen Gremiums unzureichend.

Ähnlich äußerte sich Töpfer, der von einer „Zersplitterung der Kontrollarchitektur“ sprach. Das Unabhängige Kriterium sei zudem „wenig geeinigt, die menschenrechtlichen Vorgaben an eine unabhängige und wirksame Aufsicht über nachrichtendienstliche Tätigkeit zu erfüllen“, auch weil ihm mit einem Bundesanwalt ein Vertreter der Exekutive angehören solle.

Ebenso kritisierte Matthias Bäcker, Professor für Öffentliches Recht, dass der Gesetzentwurf eine „sehr schwache Kontrolle“ durch das Unabhängige Gremium vorsehe und zudem durch dessen Schaffung die Kontrolle „zersplittert“. Kurt Graulich, früherer Richter am Bundesverwaltungsgericht, verneinte indes, dass man stattdessen an ein vorhandenes Gremium wie die G10-Kommission oder das PKGr anknüpfen könne. So stehe letzteres „auf Seiten des Parlaments“ und könne nach Gewaltenteilungsgrundsätzen nicht für Zwecke genutzt werden, bei denen es um die Ausfüllung eines Genehmigungsverhaltes im Verwaltungsverfahren gehe. Daher halte er Überlegungen, „ein solches unabhängiges Verwaltungsgremium zu schaffen, zumindest für vertretbar“.

»Die Bundesregierung sucht sich ihre Kontrolleure selbst aus.«

Heinrich Amadeus Wolff, Rechtswissenschaftler

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Kanzlerinnen-Worte beflügelten den Kurswechsel

NSA-AFFÄRE Untersuchungsausschuss befasste sich mit dem Abhören von Verbündeten und fragwürdigen BND-Selektoren

Den Herbst 2013 hat Sachgebietsleiter B.R. als tiefen Einschnitt in seinen beruflichen Alltag in Erinnerung. Es war der Zeitpunkt, an dem sein Arbeitgeber, der Bundesnachrichtendienst (BND), beschloss, bei der Überwachung des Fernmeldeverkehrs darauf zu achten, dass künftig keine befreundeten EU- oder Nato-Länder mehr in Mitleidenschaft gezogen wurden. B.R. machte sich Sorgen um den Ertrag der Informationsgewinnung, wie er vergangene Woche dem NSA-Untersuchungsausschuss berichtete: „Mal schauen, was jetzt weniger kommt“, sei sein erster Gedanke gewesen. Der heute 55-Jährige ist ein ernsthafter und pflichtbewusster Mann. Berufssoldat, Oberstleutnant, nach 18 Jahren bei der Bundeswehr seit 1998 im Dienst des BND. In der Abteilung Technische Aufklärung (TA) zählte seit 2008 der Schutz deutscher Soldaten vor Terroranschlägen in Afghanistan zu seinen Hauptaufgaben. Den Abgeordneten erzählte er von dem Unbehagen, das ihm 2013/14 die Arbeits-

belastung durch Anforderungen des Untersuchungsausschusses und parlamentarische Anfragen im Zusammenhang mit der Snowden-Affäre bereitet habe: „Herr Ströbele, Ihren Namen habe ich oft gelesen“, sagte er an die Adresse des Grünen-Abgeordneten. Seine Sorge war, zu verhindern, dass die Mitarbeiter über Gebühr von ihrer eigentlichen Aufgabe abgelenkt wurden: „Es hätte nichts Schlimmeres passieren können, als dass es einen Anschlag gegeben hätte, weil wir eine Abteilung zuzumachen mussten.“

Beide Versionen Indes, sein Begriff von Pflicht und Loyalität verleugnet bis heute nicht seine Herkunft aus der Bundeswehr: „Wenn mir gesagt wird vom Vorgesetzten, das hat der Präsident angewiesen, ist mir egal, ob schriftlich oder mündlich, das setze ich um.“ So nahm er damals die Anordnung auf, befreundete Ziele hinfort von Lauschangriffen zu verschonen. Wenn sie ihm auch, wie er betonte, die Arbeit erschwert habe.

Bis Herbst 2013 hatte der BND in der Überwachung des Fernmeldeverkehrs Selektoren, also Suchmerkmale, eingesetzt, die zur Ausspähung von Personen, Regierungsstellen und anderen Institutionen in Mitgliedsländern der EU und der Nato ge-

eignet waren. Die BND-Spitze und das Kanzleramt wissen das seit knapp drei Jahren. Das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr) weiß es erst seit Oktober 2015. Die Frage ist, was den BND schließlich bewegte, damit aufzuhören. Geschah dies aus eigenem Antrieb? Bedurfte es eines politischen Anstoßes von außen? Der Ausschuss erlebte vergangene Woche zwei Zeugen, die beide Versionen zugleich anboten.

STICHWORT

Selektoren

- > **April 2015:** Medien berichten über 40.000 gegen Ziele in EU und Nato gerichtete Suchmerkmale der amerikanischen NSA in der mit dem BND betriebenen Abhöranlage in Bad Aibling. Einsatz bis August 2013.
- > **Oktober 2015:** Enthüllungen über fragwürdige Selektoren auch des BND. Einsatz bis Oktober 2013.
- > **Juli 2016:** Erweiterung des Auftrages des Untersuchungsausschusses auf das Thema BND-Selektoren.

Der Sachgebietsleiter B.R. etwa betonte, dass die zuvor geübte Praxis seiner Ansicht nach keineswegs rechtswidrig gewesen sei. Was im Herbst 2013 den Kurswechsel ausgelöst habe, seien „politische Änderungen“ gewesen. Diese hätten sich aus damaligen Äußerungen der Kanzlerin zum vertrauensvollen Umgang mit Verbündeten ergeben. In einer Pressekonferenz am 19. Juli 2013 hatte Angela Merkel zum Thema Fernmeldeüberwachung erklärt, „dass man das unter Freunden nicht macht. Das geht nicht.“ Noch deutlicher wurde sie am 23. Oktober 2013. „Abhören unter Freunden, das geht gar nicht“, kommentierte sie die Enthüllung, dass die amerikanische National Security Agency (NSA) auch ihr eigenes Mobiltelefon belauscht hatte. Der frühere Vorgesetzte des Sachgebietsleiters B.R., der damalige Unterabteilungsleiter D.B., berichtete dem Ausschuss, welch gewaltigen Eindruck diese seither geflügelten Kanzlerinnen-Worte in seiner Behörde hinterließen: „Es gab dazu Gespräche.“ Er selbst habe sich gefragt: „Wie wirkt sich das konkret auf unsere Steuerung aus?“ Der damalige BND-Präsident Gerhard Schindler habe sich mit der Abteilung TA in Verbindung gesetzt und sich erstmals sowohl schriftlich als auch mündlich über die Verwendung von Selektoren unterrich-

ten lassen. Schindler habe anschließend das Kanzleramt informiert und von dort die strikte Weisung mitgebracht, die politisch unerwünschten Suchmerkmale umgehend aus dem Verkehr zu ziehen. Er selbst, sagte D.B., habe am 28. Oktober 2013, fünf Tage nach Merksls Äußerung, den Anruf des BND-Präsidenten entgegengenommen.

Merksls Bestätigung Zugleich freilich legte D.B. Wert auf die Feststellung, dass zum damaligen Zeitpunkt in seiner Abteilung bereits seit einem halben Jahr die Praxis, auch Verbündete ins Visier zu nehmen, kritisch hinterfragt worden sei. Er selbst habe dazu im Frühjahr 2013 den Anstoß gegeben und bis September in mehreren Varianten einen Weisungsentwurf entwickelt, um mehr Rechtssicherheit zu gewinnen. Bereits im August habe er rund 700 fragwürdige BND-Selektoren abschalten lassen. Dass der BND aus eigenem Antrieb begonnen habe, die Praxis des Selektoren-Einsatzes zu revidieren, hörte der Ausschuss auch vom Zeugen B.R. Insofern seien die Worte der Kanzlerin nur die Bestätigung eines bereits eingeleiteten Kurswechsels gewesen: „Wir haben geguckt, ob unsere Fahrt in die richtige Richtung geht. Sie ging in die richtige Richtung.“ Winfried Dolderer

KURZ NOTIERT

Grüne: Telekomaktienlös für Breitbandausbau

Die Bundesregierung soll die Telekomaktien verkaufen und die Mittel in Breitbandausbau investieren. Dies fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (18/9799), der am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten wurde. Dazu sollen die beim Bund verbliebenen Anteile von 14,5 Prozent an der Deutschen Telekom AG im Wert von rund zehn Milliarden Euro „marktneutral“ an die KfW veräußert und der Erlös als Kapital einer zu gründenden staatlichen Breitbandinfrastruktur-Gesellschaft zugeführt werden. Diese Gesellschaft soll in eine attraktive und möglichst flächendeckende Breitbandversorgung investieren. Anschließend sollen die Investitionen durch Verpachtung des Breitbandnetzes refinanziert werden. *mik*

Dragoner-Areal soll Land Berlin angeboten werden

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben soll das Dragoon-Areal dem Land Berlin zum Kauf anbieten. Dies fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (18/9790), der vergangene Woche erstmals im Bundestag beraten wurde. Deshalb soll die Bundesregierung die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben anweisen, den Kaufvertrag mit dem meistbietenden Immobilieninvestor „Dragonerhöfe GmbH“ rückabzuwickeln und das Grundstück dem Land Berlin anzubieten. Die Bundesanstalt hat im März 2015 das Dragoonareal in Berlin-Kreuzberg an einen österreichischen Investor verkauft, heißt es zur Begründung. Im September 2015 lehnte der Finanzausschuss des Bundesrates die Zustimmung hierzu ab. Seither sei das Verfahren in der Schwebe. Das Land Berlin habe Interesse an dem Grundstück bekundet. *mik*

Mantelverordnung angenommen

Mehrere Verordnungen auf Grundlage des Bundes-Immissionsschutzgesetzes werden an neue europarechtliche Regelungen angepasst. Mit Stimmen von CDU/CSU, SPD und Die Linke, bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen, nahm der Bundestag vergangenen Donnerstag einen Mantelverordnungsentwurf der Bundesregierung (18/8879, 18/9129 Nr. 2, 1, 18/9713) an. Betroffen sind die 2., 20., 21., 25. und 31. Bundes-Immissionsschutzverordnung. *scr*

Höhere Rechtssicherheit beim automatisierten Fahren

Die Rechtssicherheit beim automatisierten Fahren wird erhöht. Der Bundestag hat dazu einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/8951) zur Änderung der Artikel 8 und 39 des Übereinkommens vom 8. November 1968 über den Straßenverkehr (Wiener Übereinkommen) auf Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses (18/9780) zugestimmt. Dadurch soll die Rechtssicherheit hinsichtlich bereits in Verkehr befindlicher Assistenz- beziehungsweise automatisierter Systeme hergestellt und die weitere Entwicklung automatisierter Fahrsysteme unterstützt werden. Diese Änderungen sehen vor, dass Systeme, welche die Führung eines Fahrzeugs beeinflussen, als zulässig erachtet werden, wenn diese den einschlägigen technischen Regelungen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa entsprechen oder die Systeme so gestaltet sind, dass sie durch den Fahrer übersteuerbar oder abschaltbar seien. *mik*

Förderung der Kommunen verlängert

Die Förderzeiten und die Umsetzungsfristen des Kommunalinvestitions-Förderungsgesetzes werden um jeweils zwei Jahre verlängert. Einem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Kommunalinvestitions-Förderungsgesetzes und zur Änderung weiterer Gesetze (18/9231) stimmte der Bundestag auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (18/9849) zu. Damit nimmt die Regierung Hinweise von kommunaler Seite und von den Ländern auf, „dass es angesichts der aktuellen Herausforderungen durch die Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen schwierig sein dürfte, den Zeitrahmen des Kommunalinvestitions-Förderungsgesetzes einzuhalten“. Weiter wird mitgeteilt: „Der Bundesregierung ist es ein wichtiges Anliegen, dass die über das Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ zur Verfügung stehenden Finanzhilfen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro in finanzschwachen Kommunen auch investiert werden.“ Daher würden der Förderzeitraum und die Umsetzungsfristen verlängert. *hle*



Ärgerliche Überraschung: Das Surftempo wird vom Anbieter gedrosselt.

© picture-alliance/dpa

Lahmes Netz

INTERNET Anbieter sollen Geschwindigkeit nennen müssen

Viele Kunden von Internet-Anbietern dürften schon erlebt haben: Versprochen waren Höchstgeschwindigkeiten für das Surfen im weltweiten Netz, und am Rechner, Laptop oder Tablet stockte selbst der Aufbau einfacher Seiten. Wer seinen Spieltrieb online auslebt, gerät oft genug an den Rand der Verzweiflung, wenn der Bildschirm einfriert. Liselotte Weber von der Bundesnetzagentur, die die Internetwirtschaft beaufsichtigt, berichtet, „dass es über alle Technologien, Produkte und Anbieter hinweg eine deutliche Diskrepanz zwischen der vertraglich vereinbarten Maximaldaten-Übertragungsrate und der tatsächlich realisierten Datenübertragungsrate gibt“.

Wenig Tempo Mit den Ankündigungen märchenhafter Geschwindigkeiten bei der Nutzung des „World Wide Web“, die sich in der Praxis als Rinnsal erweisen, soll bald Schluss sein. In einer von der Bundesregierung dem Deutschen Bundestag vorgelegten Verordnung der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen zur Förderung der Transparenz auf dem Telekommunikationsmarkt (18/8804) werden die Unternehmen verpflichtet, den Kunden vor Vertragsabschluss ein Produktinformationsblatt zur Verfügung stellen, das die wesentlichen Vertragsbestandteile aufzeigt. „Der Verbraucher wird in die Lage versetzt, die Angebote auf dem Markt zu vergleichen und seinen Anbieter in voller Sachkenntnis zu wählen“, freut sich Weber. Die Branche hält allerdings wenig davon. Die Pflicht zur Vorlage eines Produktinformationsblattes wurde in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie in der vergangenen Woche als „nicht praktikabel umsetzbar“ bezeichnet. In dem Produktinformationsblatt soll eine Reihe von wichtigen Angaben gemacht werden: So müssen die Anbieter die Vertragslaufzeiten, minimale, normalerweise zur Verfügung stehende und die maximale Datenübertragungsrate ebenso nennen wie

die Rahmenbedingungen zu einer etwaigen Reduzierung der Datenübertragungsrate („Drosselung“). Solche Produktinformationsblätter könnten zum Beispiel über Vertriebskanäle wie Supermärkte und Tankstellen nicht bereitgestellt werden, argumentierten mehrere Verbände wie der Verband deutscher Kabelnetzbetreiber, Bitcom, der Bundesverband Breitbandkommunikation und der Verband der Internetwirtschaft. Auch nach der Freischaltung des Anschlusses sollen die Kunden zusätzliche Informationen erhalten. So gibt es einen Rechtsanspruch auf Information zur aktuellen Datenübertragungsrate ihrer Mobilfunk- beziehungsweise Festnetzanschlüsse. Außerdem werden die Anbieter verpflichtet, dem Endnutzer die vertraglich vereinbarte minimale und maximale Datenübertragungsrate sowie die tatsächlich gemessene Datenübertragungsrate darzustellen. „Die Messergebnisse müssen speicherbar sein und im Online-Kundencenter hinterlegt werden können“, wird vorgeschrieben. Dieser Vorschlag ging dem „Chaos Computer Club“ nicht weit genug: „Es fehlt eine klare Festlegung zur unabhängigen Messung der Qualität des Dienstes. Das Messsystem der Bundesnetzagentur lediglich als Alternative zu dem vom Anbieter selbst bereitgestellten System zu bezeichnen, widerspricht dem Grundgedanken einer unabhängigen Prüfung. Unabhängige Messungen sollten nicht die Ausnahme, sondern der Standard sein“, so der „Chaos Computer Club“. Eine weitere Neuregelung betrifft die Mindestvertragslaufzeit, deren Ende für Verbraucher oft nur schwer zu ermitteln ist. Vorgeschrieben wird jetzt der regelmäßige Abdruck dieses Datums in der Monatsrechnung. Damit werde „eine zuverlässige und für den Verbraucher praktikable Informationsmöglichkeit geschaffen“, erwartet die Bundesnetzagentur. Auch diese Vorschriften stießen auf Kritik der Branche. „Die verpflichtende Angabe der Informationen zur Vertragslaufzeit auf der Rechnung ist ein beispiellos beeinträchtigender Markteingriff“, wurde kritisiert. Die Rechnungs-

stellungssysteme seien zudem nicht auf Angabe solcher Informationen ausgelegt, so dass hohe Umstellungskosten drohen würden. Bei Verträgen mit beschränktem Datenvolumen wird eine Informationspflicht eingeführt. Die Kunden sollen erfahren können, wie hoch ihr bislang verbrauchtes Datenvolumen ist. Dies soll geschehen, „auf mindestens tagesaktueller Basis und zum anderen nach Ende des vereinbarten Abrechnungszeitraumes im Wege einer Gegenüberstellung des vertraglich vereinbarten und des tatsächlich verbrauchten Datenvolumens“, wird in der Verordnung vorgeschrieben. Die Bundesnetzagentur könne keine Mindestqualitäten für Internetzugänge festlegen. Dafür fehle ihr die Ermächtigungsgrundlage, erklärte Weber. Der Verband „Digitale Gesellschaft“ lobte die Verordnung, die aber noch ergänzt werden müsse. Die Kunden seien oft nicht in der Lage, die vertragsgemäße Leistungserbringung wirksam zu kontrollieren und ihre Rechte gegen Anbieter in angemessener Form wahrzunehmen. *Hans-Jürgen Leersch*

STICHWORT

Wie im Netz gemogelt wird

> Stets hohes Tempo Im Internet geschehen wundersame Dinge. Wie Alexander Leefmann vom Chaos Computer Club berichtet, sind von Anbietern bereitgestellte Messmethoden durch Ergebnisse aufgefallen, die auch unter widrigen Übertragungsbedingungen ausgerechnet die im Vertrag vereinbarten Maximalleistungen auswiesen.

> Messsysteme erkennt Internetanbieter würden Messsysteme erkennen und im Routing bevorzugen, um auf gute Messergebnisse hinzuwirken. „Derartige Manipulationen müssen explizit verboten werden und unter Strafe gestellt werden“, fordert der Chaos Computer Club.

> Messeinheiten Anbieter geben die Geschwindigkeit entweder in Kbit/s oder Mbit/s an. Es müsse eine verbindliche Einheit geben, fordert der Club.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Gutachten für Steueroptimierer

CUM/EX-AUSSCHUSS Der 4. Untersuchungsausschuss (Cum/Ex) hat sich am Donnerstag ein Bild von der Rolle der Rechtswissenschaft bei den sogenannten Cum/Ex-Geschäften mit dem Ziel einer mehrfachen Steuererstattung gemacht. Bei der Vernehmung der renommierten Steuerrechtler Marc Desens von der Universität Leipzig und Joachim Englisch von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster erklärten beide Professoren, sie hätten Gutachten und Stellungnahmen für den Steueranwalt Hanno Berger geschrieben und seien dafür auch gut bezahlt worden. Berger ist dem Ausschussvorsitzenden Hans-Ulrich Krüger (SPD) zufolge einer der führenden Berater bei den Cum/Ex-Steuerparmodellen zu Lasten des Fiskus gewesen. Der Ausschuss wollte auf seiner Sitzung laut Krüger klären, welche Rolle die Steuerrechts-Literatur dabei spielte. Desens und Englisch betonten in der Befragung, für Berger aus rein wissenschaftlichem Interesse tätig geworden zu sein. Mit ihren Arbeiten hätten sie weder die umstrittenen steuerlichen Gestaltungsmodelle legitimiert, Gefälligkeitsgutachten geschrieben noch versucht, die Meinungsbildung zu Cum/Ex zu beeinflussen. Desens schrieb nach eigenen Angaben ab 2012 mehrere Gutachten beziehungsweise Stellungnahmen für Berger. Dabei habe es sich um rechtliche Bewertungen gehandelt, die

stets seine eigene Meinung wiedergegeben hätten. Die Ergebnisse habe er später auch veröffentlicht. Ihm sei es dabei um die Aufarbeitung der Gesetzeslage gegangen, die die Cum/Ex-Geschäfte erst ermöglicht habe, betonte Desens. Es habe keine gezielte Veröffentlichung gegeben, und er habe keine Gutachten oder Aufsätze auf Wunsch verfasst. Demzufolge fühle er sich nicht von Berger gekauft. Er habe die Gutachten aus eigenem Interesse verfasst und stets auf den „Gesetzgebungsprozess“ der mehrfachen unberechtigten Steuererstattung hingewiesen. Es sei in seinem eigenen Forschungsinteresse gewesen, dass dieser Punkt aufgedeckt werde. Englisch erklärte, dass er zwischen 2009 und 2011 zwei Gutachten für Berger zum Thema Cum/Ex geschrieben habe. Dabei sei es um die Frage des wirtschaftlichen Eigentums des Erwerbers bei außerbörslichen Geschäften und Leerverkäufen gegangen. Er habe diese Frage bejaht, unter der Voraussetzung, dass es bei diesen Geschäften keinerlei Absprachen gebe. Diese Position sei vom Gesetzgeber und der Finanzverwaltung 2007 und 2009 sowie vom Bundesfinanzhof 2014 bestätigt beziehungsweise toleriert worden. Seine diesbezügliche Rechtsauffassung habe er aus eigener Überzeugung gebildet und nicht auf Wunsch des Auftraggebers, sagte Englisch. *Michael Wojtek*

Schärfere Kontrollen

VERKEHR Das Berufskraftfahrer-Qualifikationsgesetz wird im Hinblick auf Regelungen bei den Ausbildungsstätten für die beschleunigte Grundqualifikation und die Weiterbildung ergänzt. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/8183) stimmte der Bundestag vergangenen Woche auf Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses (18/9851) zu. Damit sollen verschärfte Sanktionierungsmaßnahmen eingeführt werden, um Missbrauchsfälle bei der Aus- und Weiterbildung „wirkungsvoll“ zu begegnen. Zudem werden die Voraussetzungen im Hinblick auf die Anerkennung und Überwachung von Ausbildern, den Unterrichtsorten, der Teilnehmerzahl sowie die Mitteilung von Daten der geplanten Weiterbildungsveranstaltungen konkretisiert. Außerdem werden die Bußgeldtatbestände zur Bekämpfung von Missbrauch erweitert und mit einer strengeren Sanktion versehen. Schließlich wird im deutschen Recht auch außerhalb des Führerscheins ein europaweit anerkannter Nachweis für die Weiterbildung geschaffen. Berichte über missbräuchlichen Umgang auf dem Gebiet der beschleunigten Grundqualifikation und Weiterbildung würden sich mehreren, heißt es im Gesetzentwurf zur Begrün-

dung. Zudem würden in der Überwachung der Ausbildungsstätten Schwierigkeiten bestehen. Dies gelte sowohl hinsichtlich der Transparenz der anerkannten Ausbildungsstätten als auch hinsichtlich der Kenntnis der Kontrollbehörden über alle durchgeführten und durchzuführenden Kurse. In einem Entschließungsantrag wurde bei den parlamentarischen Beratungen auf Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD die Bundesregierung aufgefordert, ein zentrales Register der Ausbildungsstätten für die beschleunigte Grundqualifikation und die Weiterbildung im Rahmen der Berufskraftfahrerqualifikation mit Teilnehmerdokumentation sowie einen bundesweiten Fahrer-Qualifikationsnachweis als Ersatz für die bisherige Eintragung der Schlüsselzahl 95 zu planen. Sowohl das Register als auch der Nachweis sollen nach den Ansprüchen „modernster Digitalisierung“ zukunfts offen gestaltet sein. Die Genehmigungs- und Prüfungsbehörden würden dadurch Mittel erhalten, ihnen vorgelegte Nachweise nachvollziehbar und unbürokratisch überprüfen zu können. Die Planungsergebnisse mit Umsetzungsperspektiven sollen dem Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur bis Ende März 2017 vorgelegt werden. *Michael Klein*

Panzer im Antragsstau

WIRTSCHAFT Deutsche Rüstungsindustrie leidet

Reichlich restriktiv im Vergleich zu anderen europäischen Staaten, überdies zu lange Bearbeitungszeiten: Über den Umgang des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie mit ihren Ausfuhr-Anträgen ist die deutsche Rüstungsindustrie unzufrieden. In dieser Legislaturperiode greife der Staat „extrem stark“ in die Export-Prozesse ein. Damit gehörten die deutschen Unternehmen international betrachtet zu den Verlierern. Dadurch werde „einer liarden-Rüstungsprojekt. Um weniger als die Hälfte gehe es dabei um reine Kriegswaffen. Neun europäische Staaten seien daran beteiligt, bundesdeutsche Unternehmen zur Hälfte. Dennoch würden sich die Entscheidungen der Bundesregierung zu den entsprechenden Anträgen auf die Gesamtsumme beziehen. Auf solche Konstellationen würden sich andere europäische Nationen immer weniger einlassen, meinte Haun. Er beklagte überdies einen Antragsstau für Ausfuhrgenehmigungen im Ministerium für Wirtschaft und Energie. Wartezeiten von über einem Jahr seien keine Ausnahme. Das gefährde die Existenz gerade von kleineren und mittleren Unternehmen, die aber andererseits von „besonderer Innovationskraft“ seien und dazu beitragen, dass Deutschland „interationale Spitzentechnologie“ anbieten könne. Durch die großen Verzögerungen bei Exportgenehmigungen gerate zudem der Ruf der deutschen Rüstungsindustrie als „zuverlässiger Partner in Gefahr“, sagte Haun. So sei selbst die Rückführung von Gerät, das lediglich zur Reparatur nach Deutschland gebracht worden sei, betroffen. Haun sprach insgesamt von einem Rückgang der Anträge auf Ausfuhrgenehmigungen – von einmal 16.000 bis 17.000 pro Jahr auf zuletzt jährlich 12.000. Die Nachfrage, ob nicht 2015 sogar ein Rekordjahr beim Export zu verzeichnen gewesen sei, kontierte er mit dem Hinweis, es komme nicht darauf an, um wie viele Anträge es gehe, sondern um wie viele Euros. Nach Frank Hauns Angaben gibt es in der deutschen Rüstungsindustrie derzeit unmittelbar 136.000 Arbeitsplätze, indirekt kämen noch weitere 173.000 Stellen hinzu. *Frank Ludwig Averdunk*

Schlüsselindustrie die Basis entzogen“. So sieht es der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Sein Vizepräsident Frank Haun mahnte in einem Gespräch mit dem Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Energie unter der Leitung von Peter Ramsauer (CSU) in der vergangenen Woche eine „einheitliche europäische Exportpolitik“ für Rüstungsgüter an. Ob es sich um schärfere oder weichere Vorgaben handle, sei „der Industrie egal“. Aber das internationale Geschäft „funktioniert nur, wenn wir die gleichen Regeln haben“. Haun verwies als Beispiel auf ein Zwei-Mil-



Panzer sind nur noch Ladenhüter.

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



TV-Bericht mit Folgen

LANDWIRTSCHAFT Die Opposition fordert nach »Panorama«-Beitrag mehr Einsatz für den Tierschutz. Christdemokrat attackiert öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Ein armes Schwein? Die Zustände in den deutschen Ställen debattierten die Bundestagsabgeordneten vergangene Woche gleich zweimal.

© picture-alliance/Winfried Rothermel

Die von der Tierschutzorganisation Animal Rights Watch im ARD-Magazin Panorama veröffentlichten Aufnahmen von verdreckten, geschwächten Schweinen und verwundeten Puten verstören die Fraktionen des Bundestages auf unterschiedliche Weise. In einer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verlangten Aktuellen Stunde zu dem Thema »Konsequenzen aus Berichten über nicht tragbare Verhältnisse in Tierställen« haben die Abgeordneten vergangene Woche über die dokumentierte tierschutzwidrige Haltung von Nutztieren in Ställen von führenden Vertretern der Landwirtschaftsbranche erbitert gestritten. Während sich die Grünen über die Bilder empörten, regte sich die Union über die Art und Weise der Beschaffung des Materials auf.

„Das sind nicht die schlechten Ställe von schwarzen Schafen der Branche“, ärgerte sich Friedrich Ostendorf (Bündnis 90/Die Grünen), als er von den »schrecklichen Bildern aus dem inneren der deutschen Masttierbetriebe« sprach. Es seien Höfe der Spitze der Veredelungswirtschaft betroffen, die in der Öffentlichkeit über Tierwohl philosophieren und zu Hause davon weit entfernt seien. Ostendorf machte die Landwirtschaftspolitik von Bundesminister Christian Schmidt (CSU) dafür verantwortlich, die dazu führe, dass die Bauern zwischen schlechten Handelspreisen für ihre Produkte und den hohen Erwartungen der Verbraucher aufgerieben würden. Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte den Kurs der Union, der nur an einer freiwilligen Selbstverpflichtung wie in der Brancheninitiative »Tierwohl« zur

Verbesserung der Verhältnisse festhalte. In der Initiative Tierwohl arbeitet der Einzelhandel mit den Landwirten und dem verarbeitenden Gewerbe zusammen. Tierhalter sollen besser dafür bezahlt werden, wenn den Tieren mehr Platz, Einstreu oder Beschäftigung während der Aufzucht gewährt wird. Pro verkauftem Kilogramm Fleisch erhält die Initiative vier Cent vom Einzelhandel, die den Tierhaltern zugutekommen. Jedoch gab der Deutsche Tierschutzbund vor kurzem bekannt, die Initiative verlassen zu wollen, weil die Ziele nicht ambitioniert genug gesteckt seien.

Auch deshalb forderten die Grünen in einer weiteren zum Tierschutz angesetzten Debatte am Freitag in einem Antrag (18/9798) die grundsätzliche Novellierung des Tierschutzgesetzes. Die Bundesregierung müsse die »Missstände und den Stillstand beim Tierschutz« beenden, das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen einführen und eine Überprüfung der Haltung von Sauen in Kästen vornehmen. Der Antrag wurde von den Fraktionen in den federführenden Landwirtschaftsausschuss überwiesen.

Kritik am Beitrag Heftig getadelt wurde indes der Panorama-Beitrag von Dieter Stier (CDU). Zwar sei eine kritische Befassung mit den angeprangerten Zuständen geboten, aber die gezeigten Bilder bildeten nicht den Alltag oder einen Dauerzustand in der deutschen Tierhaltung ab. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk solle durch objektive Berichterstattung aufklären, habe sich aber in dem Beitrag parteiisch gezeigt. »Keinem der Bilder konnte entnommen werden, ob eine Behandlung erfolgt ist«, kritisierte Stier. Erkrankungen und Verletzungen könnten in konventionellen wie in biologischen Betrieben vorkommen. Durch die Berichterstattung sei aber die Schlussfolgerung suggeriert worden, dass die gezeigten Zustände die gesamte Tierhaltung widerspiegeln. Hingegen seien die Einbrüche in die Anlagen in der Öffentlichkeit relativiert worden.

»Das sind nicht die schlechten Ställe von schwarzen Schafen.«

Friedrich Ostendorf, Bündnis 90/Die Grünen

Stier erkannte darin eine »Verschiebung des Wertesystems«, die er nicht mittragen wolle. Auch Rita Stockhofe (CDU) kritisierte scharf, dass die Missstände nicht beim Veterinäramt angezeigt worden seien. Es dürfe außerdem nicht sein, dass in Ställe eingebrochen werden darf, ohne dass die Justiz das ahndet. Bauernfamilien könnten sich auf ihren eigenen Höfen nicht mehr sicher fühlen, wenn Einbrecher keine strafrechtlichen Konsequenzen fürchten müssen. Zudem monierte die Unionsabgeordnete, dass Äußerungen von Stallbesitzern zu den Fällen vorgelegen hätten, aber nicht gesendet worden seien. Sie unterstellte eine Absicht seitens des Vereins Animal Rights Watch, der die Bilder lange liegen gelassen und nicht zeitnah veröffentlicht habe.

Kirsten Tackmann (Die Linke) bezeichnete die »Ausflüchte der Verantwortlichen als unerträglich«. Dass die Tierschutzorganisation allerdings das tierschutzwidrige Verhalten nicht zeitnah angezeigt hatte, »riecht nach Kampagne und ist auch nicht in Ordnung«. Teile der Aufnahmen seien bereits vor langer Zeit erstellt worden. Doch Tackmann fasste die Problemanalyse allgemeiner: »Es läuft etwas schief in unserem Land, wenn die, die unsere Ernährungsgrundlage sichern, nicht davon leben können.« Tiere und Menschen würden zur Ware degradiert, die möglichst billig sein soll. Aber dagegen könne etwas gemacht werden, denn das verarbeitende Gewerbe und der Handel würden die Rahmenbedingungen setzen. Auch der Bund und die Bundesländer trügen Verantwortung. »Das Personal bei den Kontrollbehörden ist so gering, dass eine vernünftige Überwachungsdichte gar nicht realisiert werden kann.«

Ökonomische Zwänge Ein Befund, den Christina Jantz-Hermann (SPD) in mancher Hinsicht teilte. Die Sozialdemokratin sah die konventionelle Landwirtschaft als gefährdet an, den Tierschutz hinter ökonomischen Zwängen zurückstellen zu müssen. »Die Kontrollmechanismen vor Ort greifen nicht«, monierte sie. »Die Kontrollbehörden müssen ihre Arbeit kritisch hinterfragen.« Es sei »leider« der Fall, dass sich die illegale Beschaffung von Bildmaterial bisher als effektivstes Kontrollmittel erweise. »Die relativ hohen Tierschutzstandards in Deutschland dürfen nicht nur gepriesen werden«, sondern es müsse auch mehr dafür getan werden. »Minister Schmidt, Sie müssen deutlich aktiver werden in Sachen Tierschutz«, forderte schließlich auch Jantz-Hermann die Novellierung des Tierschutzgesetzes ein.

Jan Eisel

Kampf den Resistenzen

LANDWIRTSCHAFT Antibiotika-Einsatz soll reduziert werden

Antibiotikaresistenzen stellen eine Gefahr für die Menschheit dar. Darüber waren sich Agrar- und Gesundheitspolitiker aller Fraktionen sowie die zuständigen Bundesminister Christian Schmidt (CSU) und Hermann Gröhe (CDU) während der Debatte zu Anträgen der Koalition (18/9789) sowie der Grünen (18/3152) vergangene Woche einig. Sowohl im Bereich der Tier- als auch der Humanmedizin müssten Anstrengungen zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes unternommen werden, forderten sie.

Während Union und SPD auf erreichte Verbesserungen hinwiesen, kritisierte die Opposition das Festhalten an der Intensivtierhaltung und die mangelnde Krankenhaushygiene.

In der Zeit zwischen 2011 und 2016 habe sich der Antibiotikaeinsatz im Tierbereich halbiert, sagte Agrarminister Schmidt. Tiere würden im Krankheitsfall mit Antibiotika behandelt. »Sie werden nicht damit vollgestopft, damit sie schneller wachsen«, betonte der Minister.

Intensivtierhaltung Union und Sozialdemokraten weigerten sich, die wirklichen Ursachen für den massiven Antibiotikaeinsatz zu bekämpfen, kritisierte Karin Binder (Die Linke). »Die krankmachende Intensivtierhaltung ist unser Problem«, sagte sie. Je größer die Ställe und je dichter der Tierbestand ist, desto größer sei die Gefahr, dass die Tiere erkranken und sich anstecken. »Der massive Einsatz von Antibiotika ist damit vorprogrammiert, weil vorsorglich der ganze Bestand medikamentiert wird«, sagte die Linken-Abgeordnete Binder.

Antibiotika würden nicht mehr so sorglos verschrieben, wie noch vor Jahren, entgegnete Wilhelm Priesmeier (SPD). Mit Blick auf die Halbierung des Antibiotikaeinsatzes sagte Priesmeier: »Wir sind auf einem guten Weg.« Beunruhigend sei aber der Anstieg der Reserveantibiotika. Diese seien in der Veterinärpraxis nicht ohne weiteres verzichtbar, müssten aber entsprechenden Regelungen und Beschränkungen unterworfen werden.

»Wir laufen Gefahr, in die Zeit vor Penicillin zurückzufallen«, warnte Kordula Schulz-Asche (Grüne). Die im Koalitionsantrag enthaltenen Forderungen seien nicht ausreichend, um zu einer Reduzierung zu gelangen, befand sie. So fehlten beispielsweise die Reduktionsziele. Benötigt werde auch eine verbesserte Aufklärung, forderte die Grünen-Abgeordnete.

Aufklärung sei wichtig, ebenso »wie die Fülle der Maßnahmen, die wir im Bereich der Krankenhaushygiene ergreifen«, betonte Gesundheitsminister Gröhe. Deutschland, so Gröhe, sei Schrittmacher im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen. Man habe das Thema nicht nur auf die Tagesordnung der G7-Konferenz gesetzt, sondern handle »konsequent im nationalen wie auch internationalen Rahmen«.

Antibiotikaresistenzen seien »tickende Zeitbomben«, sagte Gitta Connemann (CDU). Im Kampf dagegen brauche es mehr Prävention und »Hygiene, Hygiene, Hygiene - im Stall und im Krankenhaus«. Das werde zu Kosten führen. »Das sind aber Investitionen, die Leben retten«, sagte Connemann.

Götz Hausding

»Wir laufen Gefahr, in die Zeit vor Penicillin zurückzufallen.«

Kordula Schulz-Asche, Bündnis 90/Die Grünen

Kein Verdacht

VW-AUSSCHUSS Illegale Software nicht gefunden

Als Martin Schmied am 1. September 2015 seinen Job antrat, ahnte er wohl nicht, dass er bald ein gefragter Interviewpartner und Zeuge im Bundestag sein würde. An jenem Tag startete Schmied im Umweltbundesamt (UBA) als Abteilungsleiter Verkehr, Lärm und Raumentwicklung. Keine drei Wochen später nahm die VW-Diesellaffäre ihren Lauf. Am Donnerstag stand Schmied dem Untersuchungsausschuss des Parlaments Rede und Antwort, ebenso wie der Abteilungsleiter Fahrzeugtechnik der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt), André Seck, und dessen Mitarbeiter Jost Gail.

Obwohl beide Behörden, die eine dem Umwelt-, die andere dem Verkehrsministerium zugeordnet, eigene Abgasmessungen vornahmen, schöpften sie keinen Verdacht auf illegale Software, die bei bestimmten VW-Motoren die Abgasnachbehandlung abschaltete, wenn sich das Auto nicht auf dem Prüfstand befand. Im Schnitt aller eigenen Messungen seien vierfach erhöhte Werte an Stickoxiden festgestellt worden, sagte Schmied. Man könne daraus aber nicht auf Manipulationen schließen, sondern habe dies für technisch erklärbar gehalten.

Für die Zulassung neuer Fahrzeugtypen ist bislang der Neue Europäische Fahrzyklus (NEFZ) maßgebend. Doch der gilt schon lange als realitätsfern. Behörden und Organisationen setzen daher auf weitere Untersuchungen. Der ADAC hat seinen Eco-test, UBA und BASt ermittelten in Feldüberwachungen, ob gebrauchte Autos die Grenzwerte noch einhalten. Das Umweltbundesamt lässt zudem weitere Tests

durchführen, um Realemissionen zu erhalten. »Wir müssen ein realistisches Abbild der Emissionen des Pkw-Verkehrs wiedergeben«, betonte Schmied. Das Amt braucht Umweltdaten für das europaweite »Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs«, ein seit 1995 existierendes Datenwerk, aus dem auch Kommunen Maßnahmen ableiten. Die aktuelle Version ist zwei Jahre alt, Schmied drängt auf eine rasche Aktualisierung, weil im Zuge der VW-Affäre massenhaft Messdaten von Autos der neuen Norm Euro-6 erhoben wurden.

Die BASt hatte ebenfalls Grenzübertretungen bei VW-Fahrzeugen festgestellt und den Hersteller um Stellungnahme gebeten. Die Reaktion von VW beschrieb BASt-Mitarbeiter Gail als zögerlich. Seck zufolge waren die Werte nach Auswertung der Stichproben aber nicht mehr auffällig. Auch habe man als Forschungsanstalt weniger mit der Einhaltung von Vorschriften zu tun, als vielmehr mit der Entwicklung neuer Vorgaben. So war die BASt an der Erarbeitung des realitätsnäheren WELTzyklus WLTP und der Straßentests RDE beteiligt, die 2017 in Kraft treten sollen. Die Entwicklung ist offenbar eine Mammutaufgabe. »Eine Dekade ist hier eine Maßeinheit«, sagte Seck.

Nach drei Anhörungstagen mit 17 Sachverständigen und Zeugen bleibt festzuhalten, dass weder Motorenexperten noch Behörden von der illegalen VW-Software gehat haben wollen. Gleichwohl war einigen Fachleuten bekannt, dass die Hersteller die Regeln für die Abgastests ausreizen und plädieren für strengere Maßnahmen bei der Abgasgesetzgebung. Stefan Uhlmann

»Wir müssen ein realistisches Abbild der Pkw-Emissionen wiedergeben.«

Martin Schmied, Umweltbundesamt

Die Erbschaftsteuerreform könnte wieder beim Verfassungsgericht landen

FINANZEN Oppositionsfraktionen lehnen das Vermittlungsergebnis ab. Koalition rechtfertigt die Bevorzugung von Betriebsvermögen beim Generationenübergang

Die Oppositionsfraktionen im Bundestag haben den im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat gefundenen Kompromiss zur Erbschaftsteuerreform strikt abgelehnt. In einer Aktuellen Stunde am Donnerstag erklärte Dietmar Bartsch (Linksfraktion), die Reform verdiene ihren Namen nicht. »Am Ende wurden die Forderungen der Unternehmenslobby nahezu vollständig bedient«, kritisierte Bartsch das Vermittlungsergebnis (18/5923, 18/6279, 18/8911, 18/8912, 18/9155, 18/9690), das kurz zuvor vom Parlament mit der Mehrheit der Koalition

fraktionen CDU/CSU und SPD angenommen worden war. Linke und Grüne stimmten dagegen.

Keine Pleiten Unternehmensvermögen mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherung zu verschonen, sei falsch, kritisierte Bartsch: »Es gab nicht einen einzigen Fall, wo ein Unternehmen wegen der Erbschaftsteuer pleite gegangen ist.« Das wirkliche Problem sei, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander gehe. Die 500 reichsten Familien würden über ein Vermögen von 732 Milliarden Euro verfügen. »Die Erbschaftsteuer wäre ein probates Mittel, hier endlich einzugreifen«, forderte Bartsch. So bleibe aber die Erbschaftsteuer eine Bagatelsteuer. Statt umzusteuern, »werden Finanzdynastien begünstigt«, klagte der Linken-Politiker.

Anja Hajduk (Grüne) sah erhebliche verfassungsrechtliche Probleme. Die Bewertung von Unternehmen sei pauschal um 23 Prozent abgesenkt worden. Das stehe im Widerspruch zum Verfassungsgerichts-urteil, wonach für eine Absenkung eine Bedürfnisprüfung notwendig sei und eine generelle Regelung nicht in Frage komme. »Es ist davon auszugehen, dass Erben von Geld- oder Immobilienvermögen, die die Steuer voll zahlen werden, klagen werden wegen dieser ungerechten Behandlung verschiedener Vermögensarten«, erwartete Hajduk. Es drohe eine neue Blamage für die Politik. Eine richtige Erbschaftsteuerreform müsse einen niedrigen, moderaten Steuersatz bei einer breiten Bemessungsgrundlage haben.

Dagegen lobte Hans Michelbach (CSU) das Vermittlungsergebnis. Der Kompromiss schaffe »Planungs- und Rechtssicher-



Wenn Erben die Firma nicht weiterführen wollen, langt das Finanzamt zu. Holdings wie »Indus« kaufen dann solche zumeist mittelständischen Betriebe auf.

© picture-alliance/dpa

heit für unsere Unternehmen. Das Betriebsvermögen unterliegt weiterhin der Verschonungsregelung, wenn der Betrieb gemeinwohlpflichtig weitergeführt wird.

Michelbach warf der Linksfraktion vor, eine Neidkampagne zu führen. Die Neidkampagne laufe jedoch ins Leere, weil es bei den großen Familien um Privatver-

mögen gehe, das voll versteuert werden müsse. Bei der Erbschaftsteuerreform geht es jedoch um Betriebsvermögen und die Weiterführung von Arbeitsplätzen.

»Flat-Tax ungerecht« Carsten Schneider (SPD) erinnerte daran, dass das Verfassungsgericht sehr wohl zugelassen habe, Unternehmen zu schützen, wenn es um den Fortbestand von Arbeitsplätzen gehe. Die Verschonungsregelungen hätten nur für höchste Vermögen gestrichen werden müssen. »Genau das haben wir gemacht«, so Schneider. Die von den Grünen ins Gespräch gebrachte Erbschaftsteuer-Flat-Tax würde bei einem Steuersatz von beispielsweise 15 Prozent dazu führen, dass Erben großer Vermögen, die heute mit 30 Prozent belastet würden, deutlich entlastet würden. »Wir wollen das nicht«, betonte Schneider. Hans-Jürgen Leersch

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Die indische Hauptstadt Neu-Delhi gilt als „Smoghauptstadt“ der Welt. Die Lebensbedingungen der Menschen in Großstädten und Megacities zu verbessern, ist Ziel der UN-Weltsiedlungskonferenz in Ecuador.

© picture-alliance/AP Photo

Der große Umzug in die Städte

HABITAT III Die Weltgemeinschaft will sich in Quito den Herausforderungen der Urbanisierung stellen

Quito erwartet 40.000 Teilnehmer. Die Hauptstadt Ecuadors hat etwa 2,2 Millionen Einwohner – da werden die Besuchermassen aus aller Welt schon auffallen. Sie reisen vom 17. bis 20. Oktober zur dritten Welt-Siedlungskonferenz (UN-Habitat III) an. Nur alle 20 Jahre stehen die Städte der Welt im Mittelpunkt der globalen Debatte. 1976 fand die erste UN-Habitat-Konferenz im kanadischen Vancouver statt, 1996 folgte der Gipfel in Istanbul. Bei beiden Gipfeln ging es vor allem darum, die unzumutbaren Lebensbedingungen in den Slums der Welt zu verbessern. Der Erfolg ist überschaubar. Heute leben rund 850 Millionen Menschen in informellen Siedlungen ohne sauberes Wasser, Sanitärversorgung und Strom. Daran hat weder das UN-Habitat-Programm, das seinen Sitz in Nairobi hat, noch die Städte-Initiative „Städte ohne Slums“, die beide auch aus dem deutschen Entwicklungsetat finanziert werden, etwas ändern können. Trotz der miesen Bedingungen in den Slums streben jedes Jahr Millionen Menschen weiterhin in die Städte. Die Lebensbedingungen auf dem Land sind in vielen Ländern noch schlechter als in den überfüllten Städten. Arbeit gibt es, wenn überhaupt, oft nur dort. Bis 2050 rechnet die UN damit, dass mehr als 70 Prozent der Menschen in Städten leben werden. Dieses Verhältnis ist in Europa bereits erreicht. Allerdings drängen sich die Europä-

er überwiegend nicht in den Megastädten, sondern leben oft in mittelgroßen oder Kleinstädten. Von London, Paris, Rom und Berlin abgesehen, sind die meisten europäischen Großstädte relativ überschaubar geblieben. Das ist in den rasant wachsenden Städten in Schwellenländern oder Entwicklungsländern ganz anders. Sao Paulo in Brasilien beispielsweise überschritt die Millionen-Einwohner-Schwelle schon 1934, im Jahr 1960 waren es schon 3,6 Millionen Einwohner, im Jahr 2000 wuchs Sao Paulo über die 10-Millionen-Einwohner-Schwelle hinweg. Aktuell sind es mindestens zwölf Millionen Einwohner, die gesamte Metropolregion ist auf 21 Millionen Einwohner gewachsen. „In den Städten wird die Schlacht um eine nachhaltige Entwicklung gewonnen – oder verloren“, schrieb die Expertenkommission, die UN-Generalsekretär Ban Ki Moon zur Erarbeitung der neuen globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) eingesetzt hatte, in ihrem Abschlussbericht. Diese Einschätzung teilen auch die Regierungsberater vom Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderung (WBGU), die im Vorfeld der UN-Habitat-Konferenz einen umfassenden Bericht (18/9590) zur Urbanisierung vorgelegt haben: „Der Umzug der Menschheit: Die transformative

Kraft der Städte.“ Der Ressourcenverbrauch für den Aufbau dieser Megastädte ist so hoch, dass damit bereits das Emissionsbudget zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels aufgebraucht wäre, sagte Dirk Messner vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) bei der Vorstellung der Studie. Beim Pariser Klimagipfel hat sich die Welt verpflichtet, die globale Erwärmung im Vergleich zum Beginn der Industrialisierung unter zwei Grad, besser noch unter 1,5 Grad zu halten. Messner spricht dabei nur vom Baumaterial, das gebraucht würde, um die Infrastruktur dieser schnell wachsenden Städte aufzubauen. Der Verkehr, der dabei entsteht, ist nicht eingerechnet. Alle sind sich schon vor dem Gipfel einig, dass die „Neue urbane Agenda“, die in Quito verabschiedet werden soll, zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele und des Paris-Abkommens beitragen soll. Das hatten das Entwicklungs- und das Bauministerium in ihrer gemeinsamen Position zum Habitat-III-Gipfel ausgeführt, und auch der Europäische Rat hat diese Verbindung hergestellt. Darüber gibt es global keinen Streit. Das am 10. September vorgelegte 23-seitige vorläufige Abschlussdokument stellt diese Forderung ebenfalls auf. Doch wer die Verbesserung der Lebensbedingun-

gen insbesondere der Armen in den Städten finanzieren soll, bleibt im Unklaren. Niemand will sich auf neue Finanzzusagen einlassen, in einer Zeit, in der Millionen Flüchtlinge umherirren, versorgt werden müssen und niemand weiß, welcher Krieg oder welche Naturkatastrophe die nächste Wanderungsbewegung auslöst. Außerdem geht es einen Monat später beim Weltklimagipfel in Marrakesch schon wieder ums Geld. Im Grundsätzlichen ist das Abschlussdokument aber durchaus klar. Das SDG 11, das verlangt, Städte und menschliche Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten, steht dabei im Mittelpunkt. Kulturelle Vielfalt wird als „Bereicherung der Menschheit“ gesehen. Und das Bekenntnis, dass jeder Mensch „gleiche Rechte“ haben sollte, und auch das Recht auf eine Wohnung umgesetzt werden müsse, hat es ebenfalls in das Dokument geschafft. **Weg zum Ziel** Wie das Ziel, „niemanden zurückzulassen“, erreicht werden soll, ist dem Abschlussdokument jedoch nicht zu entnehmen. Ban Ki Moon übersetzt die globalen Nachhaltigkeitsziele seit dem Beschluss über die 17 SDGs mit dieser Formel, niemand dürfe zurückgelassen wer-

den. Und prinzipiell hat da auch niemand etwas dagegen. Die Realität insbesondere armer Stadtbewohner sieht aber anders aus. Shivani Chaudhry, Geschäftsführerin des Housing and Land Rights Network (HLRN) in Neu-Delhi, kritisierte vor kurzem bei einer Vorbereitungskonferenz der Heinrich-Böll-Stiftung, dass die „Neue urbane Agenda“ die Menschenrechte nicht in den Mittelpunkt stelle. Was damit gemeint ist, könnten beispielsweise die Bewohner einer Armesiedlung in Lagos beantworten. Die nigerianische Megacity am Golf von Guinea ist – wie viele Städte in Afrika und Asien – in kurzer Zeit um ein Mehrfaches gewachsen. Die städtische Infrastruktur ist diesem Wachstum aber nicht gewachsen. Die Straßen sind immer verstopft. Der Stau kann sich über viele Stunden ziehen. Und außer Bussen, immerhin mit einer eigenen Busspur, gibt es bisher noch kein öffentliches Nahverkehrsnetz. In Lagos wird überall gebaut. Oft an Orten, wo kurz vorher noch eine Armesiedlung stand. Dass die Siedlung in der Lagune von Lagos, Makoko, noch nicht komplett verschwunden ist, verdankt sich den Protesten der Bewohner, denen sich aber auch andere Einwohner von Lagos angeschlossen haben. In Nairobi, der Hauptstadt Kenias, sind in

den vergangenen zehn Jahren viele neue Straßen gebaut worden. Die Siedlungen, die diesen Bauprojekten im Weg standen, sind oft ohne Ankündigung mit Bulldozern platt gemacht worden. Von einer Stadt, in der alle Menschen „die gleichen Rechte haben“, wie es die Quito-Erklärung fordert, ist nicht nur Nairobi weit entfernt. Shivani Chaudhry hat aber noch ein anderes Problem mit der „Neuen urbanen Agenda“: Die Landbewohner, aktuell immer noch etwa die Hälfte der Menschheit, kommt in dem Dokument gar nicht mehr vor. In den „Berliner Empfehlungen“, die beim deutschen Habitat-Forum in Berlin Anfang Juni erarbeitet worden sind, ist wenigstens die Verbindung zwischen Stadt und Land thematisiert: „Städte sind mit komplexen Herausforderungen konfrontiert und zunehmend eng mit Stadtrand- und ländlichen Gebieten verbunden.“ Zudem wird betont, dass diese Verbindung zwischen Stadt und Land zur Ernährungssicherheit beitrage. Womöglich wird eine solche Passage am Ende von Habitat III noch ins Abschlussdokument aufgenommen. Doch was die Staaten und Städte mit dem Dokument dann anfangen, bleibt weitgehend ihnen überlassen. Lediglich, dass der UN-Generalsekretär 2026 einen Umsetzungsbericht vorlegen soll, ist in der „Neuen urbanen Agenda“ schon einmal vorgesehen. **Dagmar Dehmer**

Die Autorin ist Redakteurin beim „Tagesspiegel“ in Berlin.

Städte sind zentral, wenn es um die künftige nachhaltige Entwicklung der Welt geht.

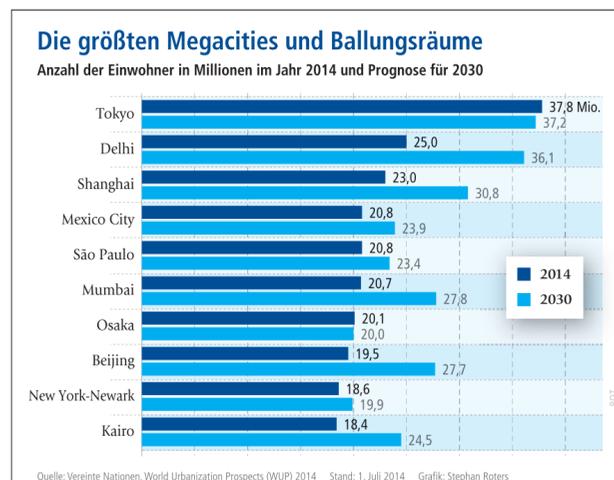
Unklar ist, wie die Ziele der »Neuen urbanen Agenda« erreicht werden sollen.

Täglich sammeln sich 12.000 Tonnen Müll

MEGACITIES Chaotischer Straßenverkehr, knappes Wasser und sich türmender Abfall stellen den Ballungsraum Mexiko-Stadt vor große Probleme. Lösungen fehlen meist

Jeden Abend das gleiche Bild in vielen Vierteln von Mexiko-Stadt: An den Straßenecken türmt sich der Müll meterhoch. Plastiktüten, Tetra-Packs, Flaschen einfach auf einen Haufen geworfen. Zum Beispiel im hippen Stadtteil Roma: „Hier hat sich ein informeller Müllablageplatz gebildet“, sagt ein Anwohner genervt. An den Wochenenden türmt sich der Abfall mitunter so hoch, dass es auf dem Bürgersteig kein Durchkommen mehr gibt. Abgeholt wird der Müll erst am nächsten Morgen. Das Konzept gelber, brauner oder blauer Tonnen ist in Mexiko-Stadt unbekannt. Nur einer von 20 Einwohnern trennt seinen Müll. Aber auch dann stellt sich die Frage: Wohin mit dem recyclebaren Abfall? Entweder übernehmen das wie immer die Altpapier- und Blechsammler, die ankaufen oder alles Verwertbare nachts aus den Abfalltüten auf der Straße fischen, bevor morgens die Müllabfuhr kommt. Oder man übergibt den verwertbaren Müll der Stadt und tauscht ihn gegen Obst und Gemüse ein. Seit vier Jahren bietet die Stadt diesen Tauschmarkt an. Jeden Monat nehmen rund 2.500 Bewohner daran teil. Mexiko-Stadt – das sind 12.000 Tonnen Abfall täglich, etwa ein Fünftel des Mülls des ganzen Landes. Das heißt: Jeder Einwohner der Megacity produziert nach An-

gaben des Staatlichen Statistikamtes Inegi 1,4 Kilo Müll. Davon werden immerhin 86 Prozent auf Müllkippen gebracht. Aber die restlichen 14 Prozent werden einfach auf die Straße geworfen, in Gullis gesteckt, auf leeren Grundstücken verklappt oder in Abhänge hinuntergeschmissen. Müll, Wasser, Luft – das ist der problematische Dreiklang der lateinamerikanischen Megametropole. Und es gibt kaum nachhaltige oder integrale Lösungsansätze. Verbessert wird, wenn die Not groß ist. Aber es fehlt der visionäre Blick. **Schlechte Luft** Am größten sind die Fortschritte noch beim Versuch, die Luftqualität zu verbessern. Laut Weltgesundheitsorganisation WHO sterben in der Hauptstadt des einwohnerstärksten spanischsprachigen Landes jährlich 20.000 Menschen mittelbar an den Folgen der schlechten Luft. Mexiko-Stadt liegt auf gut 2200 Meter Höhe und ist an drei Seiten von Bergen umgeben. Wenn sich dann wie in diesem Frühling und Frühsommer sehr hohe Sonneneinstrahlung, wenig Winde und Trockenheit summieren, explodieren die Feinstaub- und Ozonwerte. In der Folge legte die Umweltkommission mehrfach 40 Prozent der rund fünf Millionen Autos der Stadt für einen Tag still. Man kann dann



für einen Moment wieder freier atmen. Aber der ineffiziente öffentliche und private Nahverkehr kollabiert – und kaum ist die Luft einen Tick besser, geht das Ganze wieder von vorne los.

In Mexico-City fällt den Stadt- und Verkehrsplanern das Umdenken schwer. Drei Viertel des städtischen Verkehrsbudgets fließt noch immer in Ausbau und Erhalt des Straßennetzes. Noch vor wenigen Jah-

ren hielt die Stadtregierung es sogar für fortschrittlich, die Stadtautobahnen teilweise mit zweiten Stockwerken zu versehen. **Neues Schnellbussystem** Dabei hat sich in den vergangenen Jahren schon eine Menge zum Besseren gewandelt: Das U-Bahnnetz wird ausgebaut. Ein Schnellbussystem lässt auf eigenen Spuren den Verkehr links liegen. Und ein Leihfahrradsystem schafft Entlastung auf den kurzen Wegen. Aber die Stadt ist zu groß, die Probleme sind zu komplex und wurden zudem zu lange verdrängt, als dass schnell ein nachhaltiger Wandel möglich wäre. Auch bei der Wasserversorgung sind die Probleme größer als die Lösungen. Experten von der Nationalen Autonomen Universität in Mexiko-Stadt (Unam) gehen davon aus, dass die Hälfte der Haushalte nur sporadisch mit Wasser versorgt wird. Rund 1,3 der knapp 21 Millionen Menschen im Großraum Mexiko-Stadt leben ganz ohne Zugang zu fließendem Wasser. In Mexiko-Stadt fokussieren sich wie unter einem Brennglas die Wasserprobleme einer Megalopolis: Zu viele Menschen, lecke Leitungen, kaputte Pumpen, schlechte Qualität des Wassers und ein Staat, der kaum nachhaltige Lösungen für das Problem hat.

Zudem erschweren in Mexiko-Stadt geografische Nachteile die Wasserversorgung. Die Metropole liegt fernab jeden Wassers und zudem in großer Höhe. Der Durst der Metropole sprengt außerdem schon längst den Rahmen. Knapp 300 Liter Wasser verbraucht jeder der 22 Millionen Bewohner durchschnittlich pro Tag. Das ist gut doppelt so viel wie in Deutschland. Bewusstsein für die knappe Ressource gibt es kaum. Zentrales Problem aber bleibt die Verbesserung der Infrastruktur: Der Austausch der lecken Bleirohre unter dem Asphalt durch solche aus Polyethylen kommt nur schleppend voran. Helfen könnte der Bau von Kläranlagen, nur knapp 15 Prozent der Abwässer werden in Mexiko aufbereitet. Zudem müssten die Wasserpreise steigen, der Pro-Kopf-Konsum reduziert und das Regenwasser besser genutzt werden. **Klaus Ehringfeld**

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus Lateinamerika.



Sie steht für eines von vielen Schicksalen: Die iranische Frauenrechtlerin Bahareh Hedayat, Gründungsmitglied der „Eine-Million-Unterschriften“-Kampagne für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Iran, saß seit 2009 in Haft. Im Mai 2010 wurde sie der „Propaganda gegen das System“, „Störung öffentlicher Ordnung“, „Teilnahme an illegalen Treffen“, „Beleidigung des Präsidenten“, „Beleidigung des Obersten Führers“ und „Kommunikation mit ausländischen Medien“ angeklagt und zu zehn Jahren verurteilt. Hedayat steht aber auch dafür, dass es sich lohnt, wenn Abgeordnete in Deutschland und Europa sich hartnäckig für bedrängte oder inhaftierte Menschenrechtsverteidiger einsetzen. Sie tun das parteiübergreifend und im Rahmen von Patenschaftsprogrammen des Menschenrechtsausschusses des Bundestages („Parlamentarier schützen Parlamentarier“) oder der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte. Bahareh Hedayat wurde nun, Anfang September, vorzeitig aus der Haft entlassen, auch nachdem sich Abgeordnete aus Deutschland und Frankreich für sie verwendet haben.

Einschränkung Die Handlungsspielräume für Menschenrechtsverteidiger wie sie werden im weltweiten Maßstab kleiner. In einer Anhörung des Menschenrechtsausschusses in der vergangenen Woche führten die Sachverständigen für diese Entwicklung vor allem zwei Faktoren an: Zum einen gebe es zunehmend das Bestreben von immer mehr Regierungen, die Arbeit von Menschenrechtsverteidigern einzuschränken, zu verhindern oder gar zu kriminalisieren sowie unter Berufung auf das Prinzip der Nichtmischung Unterstützung für Menschenrechtsaktivisten von außen zu unterbinden. Diese Trends, auch darin herrschte Konsens, betreffen zwar vor allem autoritäre Regime, seien aber auch in einigen demokratischen Staaten, etwa in Indien, zu beobachten. In einer Reihe von Ländern machten die Experten andererseits wiederum schwache Regierungen und ein Mangel an Staatlichkeit als die entscheidenden Faktoren aus, die zivilgesellschaftliche Spielräume und menschenrechtliches Engagement einengen oder unmöglich machen würden.

Jean Pierre Froehly vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (ODIHR) sprach mit Blick auf die 2014 verabschiedeten OSZE-Leitlinien für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern von einer „Implementierungslücke“. Auf dem Papier seien in den OSZE-Staaten Schutzmechanismen zwar vorhanden, diese würden aber auf vielfältige Weise ausgehöhelt: etwa durch restriktives Verwaltungshandeln, eine rigide Registrierungspraxis für Nichtregierungsorganisationen (NRO) und durch die Stigmatisierung als „ausländische Agenten“. Es gelte hier unter anderem, durch Wahlbeobachtungen, durch Beobachtung von Gerichtsprozessen gegenzusteuern, gefragt sei aber auch Rechtsberatung in Verfassungsverfahren, beim Wahlrecht oder in der NRO-Gesetzgebung.

Thomas Gebauer von der Hilfsorganisation „medico international“ sagte, es bedürfe eines gezielten diplomatischen Handelns „aller Akteure bei allen Gelegenheiten und Treffen“. Man müsse entschlossen klarmachen, dass es nicht allein um die Menschenrechte geht, sondern dass eine lebendige Zivilgesell-

Verteidigung der Verteidiger

DIPLOMATIE Menschenrechtsaktivisten geraten weltweit stärker unter Druck – aber es gibt Mittel und Wege, sie zu schützen und zu unterstützen



Svetlana Gannuschkina ist Trägerin des Alternativen Nobelpreises 2016. Ihre Organisation „Zivile Unterstützung“ hilft Migranten und Flüchtlingen in Russland und steht seit vergangenem Jahr als „ausländischer Agent“ unter verschärfter Aufsicht der Behörden. © picture-alliance/dpa

schaft der Garant dafür ist, dass sich die Dinge in einem Land zum Besseren entwickeln. Gebauer ordnete die immer stärkeren Einschränkungen für Menschenrechtsverteidiger in eine größeren politischen Kontext ein: die wachsende Zahl von Ländern mit fragiler Staatlichkeit, die Zunahme von langfristigen Konflikten und eine global weiter aufgehenden sozialen Schere. Als konkrete Handlungsempfehlung nannte Gebauer unter anderem Erleichterungen bei der zwischenzeitlichen Aufnahme von bedrängten Menschenrechtsverteidigern sowie eine bessere Ausstattung der Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung – dies im Sinne einer schnelleren diplomatischen Interventionsfähigkeit. Gebauer regte zudem an, bei Menschenrechtsfragen stärker auf soziale Dimension zu fokussieren und dabei auch die Auswirkungen von deutschen Unternehmen im Ausland auf die Menschenrechtslage dort in den Blick zu nehmen.

Michael Krennerich von Universität Erlangen-Nürnberg betonte, es gebe trotz Gegenwind in den meisten Staaten sehr wohl Spielräume, etwas für Menschenrechtsaktivisten zu tun. „Man muss beharrlich für Menschenrechte und Menschenrechtsverteidiger eintreten, selbst wenn die Wirkung klein bleibt.“ Krennerich nannte Russland und China als Länder, die in ihrer Gesetzgebung für andere autoritäre Regime den Weg vorzeichnen, wie die Zivilgesellschaft kleinzuhalten sei. Demokratische Staaten seien aufgefordert, Gegenbilder zu kreieren – also etwa aufzuzeigen, wie NRO-Gesetze oder Gesetze zur Terrorabwehr so ausgestaltet werden, dass sie Menschenrechtskonform sind.

Am Pranger Martin Lessenthin von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) benannte unter anderem Russland, China, Pakistan, den Iran, die Türkei und Kuba als Beispiele für Länder, in denen

Menschenrechtsverteidiger ebenso wie Blogger, Journalisten, Anwälte, Intellektuelle oder Umweltaktivisten bedrängt würden. Insbesondere China entwickle ein „immer perfekter werdendes Überwachungssystem“. Hier würden etwa Menschenrechtsaktivisten verfolgt, die sich für geflüchtete nordkoreanische Frauen einsetzen. Peking halte sich nicht an internationale Normen und schicke diese Frauen ungeprüft zurück nach Nordkorea – „in den Tod, mit Sicherheit aber ins Lager“. Lessenthin warb dafür, dass die Bundesregierung bei Reisen in kritische Länder gezielt und konsequent das Gespräch mit Vertretern der Zivilgesellschaft und mit Menschenrechtsaktivisten sucht. Bei Gerichtsprozessen gegen Menschenrechtsaktivisten solle Botschaftspersonal zu Beobachtung entsendet werden, auch gehe es in solchen Fällen um den Beistand für die Familien und nahen Mitarbeitern der Angeklagten oder Inhaftierten. Alexander Heinrich

Strafen für den Angreifer

VÖLKERRECHT Experten begrüßen die Aufnahme des Straftatbestandes der Aggression

Die internationale Strafgerichtsbarkeit macht Fortschritte. Langsam zwar, aber das haben die Mühlen der Justiz so an sich. In der vergangenen Woche sprach der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag erstmals ein Urteil wegen der Vernichtung von Kulturgütern. Der islamistische Milizionär Ahmad al-Faqi al-Mahdi aus Mali erhielt neun Jahren Haft, weil er historisch bedeutende Gebäude in der Wüstenstadt Timbuktu zerstört hatte.

Straftat Fortschritte macht auch der Deutsche Bundestag beim Schaffen der Rechtsgrundlagen, um Verfahren wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht nur in Den Haag, sondern im nationalen Rahmen ahnden können. 2010 hat sich die Staatengemeinschaft auf einen neuen Straftatbestand der Aggression vor dem Gericht in Den Haag verhandelt werden. In ihrem jetzt im Parlament zu beratenden Gesetzentwurf verweist die Bundesregierung darauf, dass Deutschland als einer der ersten Vertragsstaaten weltweit die Änderungen von Kampala ratifiziert habe. Mit der angestrebten Gesetzesänderung wolle man nun dem Grundsatz der Komplementarität nach dem Römischen Statut gerecht werden. Dieser besagt, dass die einzelnen Staaten völkerrechtliche Verbrechen zu verfolgen haben. Nur wenn ein Staat diese Aufgabe nicht ernsthaft wahrnimmt, kann der Internationale Strafgerichtshof tätig werden. Deshalb soll nun der neue Straftatbestand in das deutsche Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) eingefügt werden.

Weltrechtsprinzip In der Anhörung wurden neben juristischen Fragen wie der, ob das Gesetz statt von Tätern besser von Tatbeteiligten sprechen sollte, vor allem drei Grundsatzfragen kontrovers diskutiert: Ob das Weltrechtsprinzip gelten sollte, nach dem jede derartige Straftat irgendwo auf der Welt von der deutschen Justiz geahndet werden könnte, ob es bei einem so schwerwiegenden Tatbestand auch minderschwere Fälle geben kann und ob der Tatbestand der Aggression nichtstaatliche Akteure wie Terroristen erfassen soll. Der Völkerrechtler Robert Frau von der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) wandte sich ausdrücklich gegen die Absicht der Bundesregierung, vor deutschen Gerichten nur Taten mit Deutschlandbezug zu ahnden. Ihrem Entwurf zufolge soll die Durchführung, Planung, Vorbereitung und Einleitung eines Angriffskriegs nur dann in Deutschland strafbar sein, wenn die Tat von einem deutschen Staatsbürger oder auf deutschem Territori-

um begangen wurde oder sich gegen Deutschland gerichtet hat. Dies, so Frau, schränke das Weltrechtsprinzip des Völkerstrafrechts ein und widerspreche auch Artikel 26 des Grundgesetzes, wonach ohne Einschränkung Handlungen, welche „die Führung eines Angriffskriegs“ vorbereiten, „unter Strafe zu stellen“ seien. Diese Lesart wies der Augsburger Rechtsprofessor Ferdinand Wollenschläger, auch unter Verweis auf die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes, zurück. Der Hamburger Lehrstuhlinhaber Florian Jeßberger bezweifelte auch, dass die Anwendung des Weltrechtsprinzips in diesem Fall „völkerrechtlich überhaupt zulässig“ ist. Auch Rolf Raum, Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe, und Christoph Barthe, Staatsanwalt beim Bundesgerichtshof, begrüßten ausdrücklich die Haltung der Bundesregierung. Sie warnten vor einer Flut politisch motivierter Strafanträge bei Anwendung des Weltrechtsprinzips. Auch verwiesen sie auf praktische Probleme bei der Durchführung von Verfahren ohne Deutschlandbezug, etwa bei der Beweiserhebung.

Mitläufer Strittig waren auch die Passagen im Gesetzentwurf zu minderschweren Fällen. Der Osnabrücker Professor für Internationales Strafrecht, Arndt Sinn, plädierte ebenso wie sein Kölner Kollege Claus Krefß dafür, diese Bestimmungen in den Strafverordnungen zum Angriffskrieg zu streichen. Bei einer solchen Tat gebe es keinen minderschweren Fall. Dem widersprach Staatsanwalt Barthe. Über Kriegshandlungen würde oft in staatlichen Gremien entschieden, und in diesen gebe es erfahrungsgemäß nicht nur Kriegstreiber, sondern auch Mitläufer. Gerichte müssten der unterschiedlichen Schwere der Schuld gerecht können. Peter Stützel

»Unsere Maßnahmen sind effektiv«

ZENTRALBANK Präsident Draghi verteidigt umstrittene Niedrigzinspolitik im Bundestag

Mario Draghi hat seinen Besuch im Bundestag offenbar als Erfolg verbucht. Nach seinem Gespräch mit Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und kurz darauf mit Abgeordneten aus dem Europa-, Finanz- und Haushaltsausschuss sagte der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) vergangene Woche in den ARD-Tagesthematiken: „Größtenteils gab es Unterstützung.“ Er sei sehr dankbar für die Chance, dass er sich mit den Abgeordneten austauschen können.

Harte Fragen So viel Zufriedenheit wundert, gab es doch reichlich Stoff für Streit zwischen den Parlamentariern und Europas oberstem Währungshüter. Der Italiener ist hierzulande wegen seiner Niedrigzinspolitik und massiver Anleihekäufe alles andere als unumstritten. Erst im März hatte die EZB den Leitzins, zu dem sich Geschäftsbanken bei ihr kurzfristig Geld leihen, auf null Prozent gesenkt. Seit Juni kauft die Bank Unternehmensanleihen in Milliardenhöhe. Vertreter der Unionsfraktionen hatten deswegen angekündigt, Draghi in der nicht-öffentlichen Sitzung mit harten Fragen konfrontieren zu wollen.

Die Zinsentscheidungen der EZB verursachen große Probleme für Sparer, Versicherungen und die Altersvorsorge, betonte die finanzpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Antje Tillmann (CDU), vor dem Treffen. Sie erwarte, dass Draghi den Abgeordneten ein realistisches Szenario präsentieren werde, „wie man wieder zu einer Normalzinsphase kommen kann“. Der Obmann der Union im Finanzausschuss, Hans Michelbach (CSU), warf dem EZB-Chef vor, die Euro-Zone zur Schulden-Haftungsunion und die EZB durch ihre Anleihekäufe zu einer „Bad Bank“ umzubauen. Sein Fazit: „Draghis Geldpolitik ist gescheitert.“

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Kooperation im Weimarer Dreieck

EUROPA Bei einem Treffen im „Weimarer Format“ haben sich vergangene Woche in Berlin Delegationen der Auswärtigen Ausschüsse der französischen Assemblée nationale, des polnischen Sejms und des Bundestages beraten. Sie sprachen unter anderem über die Folgen des Brexit und die Flüchtlingssituation. Um die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen, sahen der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses Norbert Röttgen (CDU) und seine Kollegen Elisabeth Guigou aus Frankreich und Grzegorz Schetyna aus Polen eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik als wichtiges Handlungsfeld. „Auf diesem Gebiet muss Europa jetzt größere Fortschritte machen und mehr Verantwortung übernehmen“, sagte Röttgen. Guigou verwies auf die hohen Lasten, die Frankreich dabei bereits heute übernehme. Die drei Vorsitzenden betonten die Wichtigkeit der seit 25 Jahren andauernden Kooperation der drei Länder.

Bei der Frage nach den Folgen des Brexit traten unterschiedliche Positionen zutage: Laut Schetyna sollten die Briten so schnell wie möglich aus der EU austreten, Röttgen hingegen verwies auf die Notwendigkeit einer engen Kooperation mit der Insel. Dafür nehme er in Kauf, möglichen Forderungen der Briten nachzugeben. Guigou vertrete die Auffassung, dass Großbritannien nicht gleichzeitig den freien Binnenmarkt fordern, die Freizügigkeit von Personen aber verwehren dürfe. „Man kann nicht gleichzeitig drin und draußen sein.“

Beim Thema Flüchtlingskrise bestand Konsens, dass die EU konkrete Erfolge vorweisen müsse. „Dies ist eine Grundbedingung für die Akzeptanz der EU“, sagte Röttgen. Schetyna sagte, es gehe vor allem darum, den Schutz der gemeinsamen Außengrenzen zu verbessern. „Vielleicht werden wir in den kommenden Monaten auch über eine Umverteilung reden.“ Verena Teuber

Impfungen für 300 Millionen Kinder

ENTWICKLUNG Der Geschäftsführer der Impfallianz Gavi, Seth Berkeley, hat im Entwicklungsausschuss für mehrjährige Finanzierungszusagen geworben, um die Arbeit von Gavi in Entwicklungsländern besser planen und Impfprogramme nachhaltiger durchführen zu können. Zugleich dankte er in der vergangenen Woche der Bundesregierung für die „besondere Partnerschaft“. Die Bundesregierung war im Januar 2015 Gastgeber der Wiederauffüllungskonferenz in Berlin. Sie hatte dort bis 2020 600 Millionen Euro zugesagt, um die Entwicklung eines Ebola-Impfstoffes sowie grundlegender Gesundheitsstrukturen in den betroffenen Ländern zu fördern. Insgesamt gaben Regierungsvertreter und Partner der Impfallianz für den Zeitraum von 2016 bis 2020 finanzielle Zusagen in Höhe von 7,5 Milliarden US-Dollar. „Damit sind wir in der Lage, zusätzlich 300 Millionen Kinder zu impfen“, sagte Berkeley

im Ausschuss. Ziel sei es in den kommenden Jahren, mehr Kinder auch in entlegenen Gebieten und städtischen Slums zu erreichen, neue Impfstoffe einzusetzen und die Lieferketten zu verbessern. Bereits im Aufbau sei in Zusammenarbeit mit dem Logistikkonzern UPS ein Schulungszentrum in Ruanda, in dem bis zu 200 Menschen, die Teil der Impfstoff-Lieferketten in Ostafrika seien, ausgebildet werden sollen. Berkeley berichtete, dass die Allianz seit ihrer Gründung im Jahr 2000 580 Millionen Kinder geimpft und damit rund acht Millionen Todesfälle verhindert habe. Allerdings erhielten 19 Prozent der Kinder weltweit immer noch nicht die Impfungen, die sie bräuchten. Positiv sei es, betonte Berkeley, dass Gavi Impfstoffe heute deutlich günstiger kaufen könne als noch vor ein paar Jahren. So seien die Preise allein von 2011 bis 2015 um 43 Prozent gefallen. Joh

Neuer Mittelmeereinsatz beschlossen

BUNDESWEHR Die Bundeswehr wird sich an der Nato-Sicherheitsoperation „Sea Guardian“ als Nachfolgeoperation der Operation „Active Endeavour“ im Mittelmeer beteiligen. In namentlicher Abstimmung votierten vergangene Donnerstag 441 Abgeordnete für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung (18/9632), 117 stimmten mit Nein, es gab eine Enthaltung. Bis zu 650 Soldaten werden laut Antrag von Schiffen und Flugzeugen aus Lagern erstellt und so Terrorismus sowie den illegalen Waffenschmuggel eindämmen. Die Mission hatten die Staats- und Regierungschefs am 8. Juli 2016 beim Nato-Gipfel in Warschau auf den Weg gebracht. Anders als „Active Endeavour“ soll sie nicht mehr auf dem Selbstverteidigungsrecht laut UN-Charta und dem Bündnisfall nach Artikel 5 des Nato-Vertrags fußen, den das Bündnis nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 beschlossen hatte.

Damit werde das Mandat „endlich auf eine ordentliche völkerrechtliche Grundlage gestellt“ und ein „Schritt weg von dem höchst problematischen Ansatz“ vollzogen, sagte Josip Juratovic (SPD) in der Debatte. Alexander S. Neu (Die Linke) kritisierte hingegen, dass die Nato „ganz offensichtlich“ eine „expansive Raumkontrolle“ anstrebe und „das Mittelmeer auf ein Nato-Meer“ reduziere. Jürgen Hardt (CDU) sprach von einem weiteren „verbindenden Element, das für mehr Effizienz, für mehr Übersicht und für ein vollständiges Bild der Lage im Mittelmeer sorgt“ und selbstverständlich auch die Rettung von Schiffbrüchigen vorsehe. Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) sprach von einem „Blankoscheck“: Er kritisierte „eine ungläubliche Entgrenzung“ der Möglichkeiten der Bundeswehr im Mittelmeer, „ohne dass dieses Parlament dafür zuvor noch einmal gefragt werden muss“. Ahe

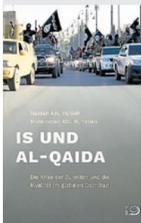
Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Mario Draghi (li.) mit EU-Ausschusschef Gunther Krichbaum (CDU)

Johanna Metz

KURZ REZENSiert



Hassan Abu Hanieh, Mohammad Abu Rumman: IS und al-Qaida

J. H. W. Dietz, Bonn 2016; 239 S., 19,90 €

Es hat lange gedauert, bis die Bücher arabischer Autoren über die Terrorbewegung „Islamischer Staat“ auf Deutsch erschienen. Dies ist umso bemerkenswerter, als sie den Aufstieg des IS von Anfang an miterlebten und die Radikalisierung in den populistisch-religiösen Erklärungen der selbst ernannten „Islamretter“ frühzeitig erkannten. Tatsächlich lüften die Neuerscheinungen aus Arabien den Schleier des Rätselhaften, der sich um den IS rankt. Zu den besten Büchern gehört die ausgezeichnete Rechercharbeit zweier Jordanier, des Journalisten Hassan Abu Hanieh und des Politikwissenschaftlers Mohammad Abu Rumman vom Center for Strategic Studies an der University of Jordan. Das mit Unterstützung des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Amman veröffentlichte Buch widerlegt die Legenden um die Entstehung der Terrororganisation. Klar wird, dass der IS ein islamistisches Scharia-Kalifat gründen wollte. Im Einzelnen kann man in dem quellenreichen Buch nachlesen, wie aus dem irakischen al-Qaida-Ableger zuerst der „Islamische Staat in Irak und Syrien“ entstand. Die Autoren beschreiben detailliert, wie sich die „Brüderlichkeit“ zwischen dem IS und seiner „Mutterorganisation“ al-Qaida dann in Feindschaft wandelte und wie sich daraus ein bewaffneter Konflikt entwickelte. Eine wichtige Rolle bei der Entfremdung dürfte der Führungsanspruch des jüngeren IS-Anführers Abu Bakr al-Baghdadi gespielt haben. Nach den Siegen über die irakische Armee im Juni 2014 hatte er sich in Mossul als Nachfolger der Kalifen präsentiert. Nach dem Tod Osama bin Ladens war der Konkurrenzkampf mit dem „Marktführer“ al-Qaida eskaliert, dem die irakischen und syrischen Dschihadisten noch Treue geschworen hatten. Diese Gefolgschaft verweigerten sie bin Ladens Nachfolger al-Zawahiri. Im Anhang präsentieren die Autoren ausführliche Biographien der Führungspersonen des IS und der Nusra-Front. Daraus lassen sich Querverbindungen und eine wechselseitige Beeinflussung der Terrorzweige nachweisen.

manu |



Abdel Bari Atwan:

Das digitale Kalifat

C. H. Beck, München 2016; 299 S., 16,95 €

Zu den meinstärksten arabischen Journalisten gehört der in London lebende Palästinenser Abdel Bari Atwan. Bekannt wurde er mit einem Interview, das er mit Osama bin Laden in Tora Bora führte. In seinem gut strukturierten, empfehlenswerten Buch über die geheime Macht des „Islamischen Staates“ vermittelt er einen detaillierten Einblick in dessen Institutionen. Atwan spricht eine deutliche Warnung aus: Eine konventionelle, asymmetrische Kriegsführung werde den IS nicht vernichten, selbst wenn der Westen zusammen mit einer „Islamischen Koalition“ unter Führung Saudi-Arabiens Bodentruppen in die Region entsende. Auf diese Weise werde nur der Wunsch des IS nach einem langen Guerillakrieg bedient. Um künftige Terroranschläge zu verhindern, müsse man daher mit dem Islamischen Staat das Gespräch suchen und in Verhandlungen eintreten, rät der erfahrene Beobachter. So bestehe zumindest die Chance, mäßigend auf die „strengen Ideologen“ einzuwirken. Ansonsten „werden wir die jetzige Phase schier endloser Kriege nicht überwinden“. Zu den wichtigsten Kapiteln des Buches gehören die Beschreibungen der digitalen Propaganda und des Cyber-Krieges, den der IS in Europa und in den USA mit einigem Erfolg führt. Dies beweist nicht nur die Zahl der rekrutierten jungen muslimischen Frauen und Männer, die sich immer noch nach Syrien in den Dschihad aufmachen, sondern auch die blutigen Terrorakte, die in Frankreich, Belgien und Deutschland verübt wurden. Zumeist hatten sich die Attentäter zunächst im Internet radikalisiert, bevor sie als IS-Anhänger mordeten. Es sei geradezu paradox, schreibt Atwan, dass sich ausgerechnet der IS, der die Wiederherstellung des mittelalterlichen „wahren Kalifats“ anstrebe, der modernsten Kommunikationsmittel bediene und die sozialen Medien als Kriegsschauplatz instrumentalisiere. Das „Digitale Kalifat“ sei längst eine reale und gefährliche Macht, die Millionen junger Muslime verspreche, ihnen ihre „wahre Identität“ zurückzugeben.

manu |



Gemäß dem Motto „Wandel durch Austausch“ kommen mehrmals im Jahr hunderte Stipendiaten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) aus verschiedenen Ländern in Deutschland zusammen. Sie studieren oder promovieren mindestens ein Jahr lang an einer deutschen Hochschule oder Forschungseinrichtung. © picture-alliance/Universität Jena

In die Köpfe und Herzen

KRISENBEWÄLTIGUNG Fraktionen wollen Kultur- und Bildungsarbeit im Ausland ausbauen

Von „Familie und Gedöns“ sprach Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) einst, als ihm der Name des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nicht einfiel. Gedöns – das ist etwas, das man nicht unbedingt braucht, das eher überflüssig ist. Entsprechend groß war die Empörung über Schröders Worte, und das nicht nur bei Frauen. Unter Gedönsverdacht stehen einige Politikbereiche noch immer, auch wenn das so offen wohl niemand mehr aussprechen würde. Am vergangenen Donnerstag behandelte der Bundestag in der Kernzeit fast anderthalb Stunden lang den 19. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (kurz: AKPB, 18/7888). Und es war den Rednern, fast alle Mitglieder im Unterausschuss für „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“, anzumerken, wie sehr sie darum kämpften, dass diese Säule der deutschen Außenpolitik eben nicht als „Gedöns“ abgetan wird. So betonte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier – wie Schröder in der SPD: „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist keine Schönwetterpolitik, sondern

unverzichtbarer Bestandteil von Außenpolitik, gerade dann, wenn die Zeiten schwierig sind und die Partner noch mehr.“ Wenn Deutschland die Chancen zur Verständigung in den gegenwärtigen Konflikten erhalten wolle, „dann spielt Kultur- und Bildungsarbeit, die Zusammenarbeit mit den Zivilgesellschaften anderer Länder eine entscheidende Rolle“. Auch Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) trat dem Eindruck der Politikbereiche für Kulturromantiker und „vor allem etwas für das gute Gewissen“ entschieden entgegen. „Es geht bei der AKBP um werteregeleitete Außenpolitik auf individueller Ebene, weil sie Köpfe und Herzen erreicht und damit ganze Welten verändern kann“, erklärte sie. So würde oft erst die Voraussetzung für klassische Außenpolitik geschaffen. „Wir brauchen in dieser Welt viel mehr Brückenbauer. Sprengmeister gibt es schon genug.“

»Wir brauchen viel mehr Brückenbauer. Sprengmeister gibt es schon genug.«

Claudia Roth (Grüne)

Laut ihrem Bericht hat die Bundesregierung im Jahr 2015 rund 1,7 Milliarden Euro für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und deren Mittlerorganisationen ausgegeben. Dazu zählt das Goethe-Institut, das an 159 Standorten weltweit Deutschkurse (siehe Kasten) und Kulturveranstaltungen anbietet und damit „Schutzräume sowie Raum für kritische Gedanken schafft“ (Roth). Oder der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), der Akademiker im In- und Ausland unterstützt und Entwicklungsländern beim Aufbau leistungsfähiger Hochschulen hilft. Im September 2015, schreibt die Regierung, hätten zudem 271 Syrer über das DAAD-Programm „Leadership for Syria“ ein Studium in Deutschland aufgenommen. Durch begleitende Seminare in den Bereichen gute Regierungsführung, Zivilgesellschaft und nachhaltiges Projektmanagement sollen sie darauf vorbereitet werden, einmal zum Wiederaufbau Syriens beitragen zu können. Eine ähnliche Stoßrichtung hat das „Syrian Heritage Archive Project“, in dessen Rahmen das Deutsche Archäologische Institut derzeit zusammen mit dem Berliner Museum für Islamische Kunst ein digitales Register archäologischer Stätten in Syrien erstellt. Geflüchtete Syrer würden dabei in der Konservierung und Restaurierung mittelalterlicher Ruinenstädte ausgebildet, erklärte der Vorsitzende des Unterausschusses

für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, Bernd Fabritius (CSU). Er ist überzeugt, dass die „zusätzliche berufliche Qualifizierung sowie die gedankliche Beschäftigung mit einem Wiederaufbau ihrer Heimat“ eine der besten „Grundlagen für Zukunftsperspektiven und Identitätsstärkung“ ist. Das Auswärtige Amt unterstützt darüber hinaus die Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein (DAFI), die es 2.200 anerkannten Flüchtlingen in 40 Ländern ermöglicht, ein Studium aufzu-

nehmen beziehungsweise fortzusetzen. Steinmeier hob in der Debatte aber auch hervor, dass ein größeres Engagement der AKBP nicht nur in Afrika oder dem Nahen Osten notwendig ist. „Genauso unerlässlich ist es, dass wir auf unserem Kontinent Raum für Auseinandersetzung über unsere Herausforderungen in Europa schaffen.“ Die Bürger, betonte der Außenminister, müssten darüber streiten können, „welches Europa wir wollen“. Auch Bernd Fabritius mahnte: „Wir dürfen die europäische Wertefamilie nicht vernachlässigen.“ Mit Blick auf den Ausstieg Großbritanniens aus der Gemeinschaft und die zunehmende EU-Skepsis konstatierte er ein „eklatantes Identifikationsdefizit“ in der Europäischen Union, an dem die AKPB ansetzen könne. Die Fraktionen verabschiedeten am Ende einstimmig einen Entschließungsantrag (18/9796) der Fraktionen CDU/CSU, SPD und Grüne, indem sie die Bundesregierung auffordern, die Rolle der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik bei der Krisenbewältigung zu stärken. Unter anderem wollen sie, dass die Mittlerorganisationen mehr Angebote schaffen, um die Lage von Flüchtlingen vor allem in den Nachbarländern Syriens und einzelnen Regionen Afrikas zu verbessern. An dem Antrag hatte auch die Linksfraktion mitgewirkt. Sie sei aber einmal mehr auf Drängen der Union als Ko-Autor gestrichen worden, kritisierte Dieter Dehm.

Johanna Metz |

STICHWORT

Deutschler im Ausland

> Wachsendes Interesse Die Zahl der Deutschlernenden weltweit ist von 2010 bis 2015 von 14,9 Millionen auf 15,4 Millionen gestiegen. Insbesondere in China, Indien und Brasilien nimmt die Nachfrage zu. Spitzenreiter ist Polen mit 2,28 Millionen Deutschlernenden.

> Angebote Deutsch als Fremdsprache wird von vielen Mittlerorganisationen im In- und Ausland angeboten. Neben den klassischen Sprachkursen stellen das Goethe-Institut und andere Anbieter immer mehr Online-Sprachkurse bereit.

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253

Lobbyisten am Schultor

BILDUNG Linksfraktion moniert Einflussnahme auf Lerninhalte durch Unternehmen

Mehr als 880.000 Unterrichtsmaterialien im Internet von 482 verschiedenen Anbietern außerhalb des geprüften Schulbuchsortiments hat ein Forschungsprojekt der Universität Augsburg 2014 im Internet identifiziert. Angeboten werden diese kostenlosen Materialien nach Auskunft von Eva Matthes, Professorin für Pädagogik und Leiterin des Forschungsprojektes, von Kirchen, Privatpersonen, Lehrplattformen, Vereinen, Stiftungen und Unternehmen: „Von den 20 umsatzstärksten Unternehmen bieten 15 Unternehmen Lehrmittel auf diesem Markt an.“ Die Fraktion Die Linke sieht darin eine unzulässige Einflussnahme auf Lerninhalte an Schulen, der ein Riegel vorgeschoben oder die zumindest reglementiert werden muss. In einem Antrag (18/9997), über den der Bundestag am vergangenen Donnerstag erstmals debattierte, fordert sie die Bundesregierung auf, sich bei der Kultusministerkonferenz für die Formulierung klarer Kriterien für die Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft, Verbänden und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft einzusetzen. Zudem dürften Bundesminister nicht länger von Unternehmen und Lobbygruppen erarbeitete Unterrichtsmaterialien mit einem empfehlenden Stempel oder ihrem Logo versehen.

Die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Rose Hein, warnte eindringlich, dass die Ziele der Unternehmen „in den wenigsten Fällen uneigennützig“ seien. Diese zeige sich, wenn in einer Broschüre eines Energieversorgers die Kritik an Kernkraftwerken mit dem Hinweis auf die besondere Sicherheit deutscher Kraftwerke „vom Tisch geschwicht wird“. Für die Zulassung von Schulbüchern seien die Kultusministerien der Länder zuständig. „Doch viele Hunderttausend Unterrichtsmaterialien kann kein Ministerium sachgerecht prüfen“, sagte Hein. Auch die Lehrer könnten dies schon aus Zeitgründen nicht leisten.

Werben um Konsumenten Unterstützung bekam die Linke aus den Reihen der Grünen: Da das Bildungssystem chronisch unterfinanziert sei, argumentierte deren bildungspolitischer Sprecher Özcan Mutlu, verwundere es nicht, „wenn sich Schulen nach anderen Geldgebern oder Sponsoren umsehen“. Der Lobbyismus mache am Schultor nicht halt, spezialisierte Agenturen versuchten Kinder und Jugendliche im Schulalltag als Konsumenten zu gewinnen oder im Extremfall zu manipulieren. Der CDU-Bildungspolitiker Xaver Jung sprach sich zwar auch deutlich gegen „jeg-

liche subtile und einseitige ideologische Beeinflussung“ an Schulen aus. Allerdings seien Lehrer und Schulleitungen dafür ausgebildet, die Qualität der angebotenen Materialien zu prüfen. Umgekehrt seien Schulbücher oftmals veraltet, aktuelle Themen wie Finanz- oder Flüchtlingskrise würden nicht thematisiert. „Was spricht also dagegen, sich der Kompetenz von außen zu bedienen?“, fragte Jung. Der Antrag der Linken sei „von ihrem gewohnt wirtschaftskritischen Ansatz“ geleitet und einseitig. Er „riecht verdächtig nach staatlicher Zensur“, monierte Jung. Auch die SPD-Bildungspolitikerin Marianne Schieder wies den Antrag der Linken als undifferenziert zurück. Zum einen falle das Thema in den Kompetenzbereich der Länder, die „den erhobenen Zeigefinger“ des Bundes nicht benötigten. Zum anderen sei es nicht angebracht, die Lehrer „pauschal als unkritisch und unsensibel für das Thema Lobbyismus abzustempeln“, sagte Schieder.

Alexander Weinlein |

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



AUFGEKEHRT

Von Menschen und Mäusen

Liebe Leserinnen und Leser, in früheren Zeiten galt die allgemeine Auffassung, dass sich unter „den Bürgern“ dieses Landes selbstredend auch Frauen befinden. Doch das allgegenwärtige Gender-Mainstreaming belehrte uns eines besseren und seitdem bevölkern Bürgerinnen und Politikerinnen, Soldatinnen und Sozialarbeiterinnen, Schülerinnen und Lehrerinnen auch unsere Zeitung. Gleiches gilt für die Flut von Anträgen, Kleinen Anfragen, Gesetzentwürfen und Unterrichtungen, mit denen sich Parlamentarier und Parlamentarierinnen täglich konfrontiert sehen. Es ließe sich eine Menge Papier und Druckschwärze sparen, wenn die deutsche Sprache nicht so sexistisch veranlagt wäre.

Eine der letzten Bastionen des Sprachschauvinismus wollte jetzt die Linksfraktion im Flensburger Stadtrat schleifen. So sollte im städtischen Sprachgebrauch nicht länger nur von Computern, Bleistiftansatzern und Kopierern die Rede sein, sondern auch von deren weiblichen Pendanten. Bleistiftansatzlerin? Es lebe die Gleichstellung! Doch dann zog die Fraktion ihren Antrag wieder zurück. Er sei lediglich die ironische Replik auf einen Antrag der WiF-Fraktion (Wir in Flensburg), die den Begriff „Ratsfrau“ durch „Ratsdame“ ersetzen wollte. Die beiden Anträge der Fraktionen wurden also durch die Reißwölfin gejaagt oder in der Papierkörbin entsorgt.

Am Ende der Geschichte bleibt die Erkenntnis, dass Sprache nicht jeden Sexismus beseitigen kann. Schon deshalb, weil der Linken-Antrag keine männliche Form für Computer-Mäuse vorsah. Mäuse sind anscheinend immer weiblich, mal klein oder groß – und in jedem Fall süß. Aber das ist eine andere Geschichte. *Ihrle Alexander/Alexandra Weinlein*

VOR 45 JAHREN...

Mit Strafrecht gegen Drogen

15.10.1971: Opiumgesetz verschärft
„Gebt das Hanf frei!“ Mit dieser Forderung gelangte Hans-Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen) 2002 zu einiger Berühmtheit. Bis heute debattieren die Mitglieder der Grünen leidenschaftlich über eine Lockerung der Drogenstrafgebung. Vor 45 Jahren war man von solcherlei Gedanken weit entfernt. Um dem „schrecklichen Phänomen des



Die ehemalige Bundesgesundheitsministerin Käte Ströbel (SPD) im Jahr 1972

wachsenden Missbrauchs von Rauschgiften“ – wie Gesundheitsministerin Käte Ströbel (SPD) sich ausdrückte – zu begegnen, verfolgte man eine andere Strategie: Einstimmig verabschiedete der Bundestag am 15. Oktober 1971 eine drastische Verschärfung des sogenannten Opiumgesetzes aus dem Jahr 1929. Die nun Betäubungsmittelgesetz benannte Vorlage sah unter anderem eine Erhöhung der Höchststrafe für schweren Rauschgifthandel von drei auf zehn Jahren vor.

Ströbel warnte in der Debatte vor einer „Verniedlichung“ des Drogenproblems und davor, „den drogenabhängigen Jugendlichen zu kriminalisieren“. Doch genau das warfen Kritiker der Novelle Ströbels vor. So schrieb etwa das Wochenmagazin „Der Spiegel“, Tatbestände, die nun mit Freiheitsstrafen geahndet werden konnten, „stellen typisches Verhalten nichtkrimineller Jung-Hascher dar“. Unstrittig war dagegen die Existenz eines Rauschgiftproblems in der Bundesrepublik. Die Rauschgiftkriminalität war 1969 im Vergleich zum Vorjahr um 152 Prozent gestiegen. Gleichzeitig erhöhte sich auch die Zahl der Einbrüche in Apotheken, um an Rauschgift zu gelangen, von 31 im Jahr 1968 auf 820 im Jahr 1970. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: ABGEORDNETE TREFFEN DAS THW



Zur Veranstaltung „MdB trifft THW“ am vergangenen Dienstag im Bundestag waren neben Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU, Foto oben links) zahlreiche Bundestagsabgeordnete und Vertreter des Technischen Hilfswerks gekommen.

Den Helfern über die Schulter geschaut

„Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern“, schrieb einst der Soziologe Max Weber. Die Metapher soll die Beharrlichkeit zum Ausdruck bringen, die man als Politiker benötigt. Manchmal gehört das Bohren harter Bretter aber auch im wörtlichen Sinn zur Politik. Bei der Veranstaltung „MdB trifft THW“, die vergangene Woche unter Schirmherrschaft von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) stattfand, griffen gleich einige Abgeordnete zum Akkuschauber. Unter Anleitung von Ehrenamtlichen des Technischen Hilfswerks (THW) aus Dippoldiswalde zimmerten sie ein Holzhaus.

Die Abgeordneten konnten sich aber nicht nur im Holzbau üben. An zehn Stationen informierten THW-Mitarbeiter über ihre Aufgaben. Rund 430 teilnehmende Abgeordnete erfuhren etwa, wie ein mobiler Wasserpegel funktioniert und wo der Unterschied zwischen einem Mastwurf-Knoten und einem Ankerstich liegt. Brückenbau, Wasserversorgung, Notunterkünfte – die 1950 gegründete Bundesanstalt springt überall dort ein,

wo technische Hilfeleistungen benötigt werden. „Ich möchte mich stellvertretend für alle Mitglieder des Deutschen Bundestags für die Arbeit bedanken, die Sie leisten“, sagte Lammert zu den THW-Mitarbeitern aus ganz Deutschland. Die rund 80.000 Ehrenamtlichen der Organisation leisteten ein „dauerhaftes und bemerkenswertes Engagement“, führte er bei der gemeinsamen Begrüßung mit Stephan Mayer, CSU-Abgeordneter und Präsident der THW-Bundesvereinigung, aus. Zum Einsatz kam das THW auch bei der Flüchtlingskrise des vergangenen Jahres. „Wir kümmern uns vielfältig um das Thema Flüchtlinge“, sagte THW-Präsident Albrecht Broemme. Dabei gehe es auch um die Integration der Geflüchteten in das THW. Wie das in der Praxis aussieht, macht der Ortsverband Sarstedt aus Niedersachsen vor. 2015 haben dort 15 Flüchtlinge aus Syrien und dem Sudan die Grundausbildung zum THW-Helfer begonnen. „Die Teilnehmer sind sehr engagiert und nehmen das Projekt sehr an“, erzählt Philip Ziemek (40). Joscha Gerbig (28) vom Ortsverband Rüsselsheim präsentierte das

mobile Labor der Fachgruppe Trinkwasserversorgung. „Damit können wir innerhalb von ein bis zwei Stunden ermitteln, welche Rohwasserquelle am geeignetsten für die Trinkwasseraufbereitung ist“, erklärte der Chemielaborant, der sich seit 2010 beim THW engagiert. Auch im Ausland ist das THW aktiv. Für den Geschäftsführer des THW Oldenburg, Rolf Bartsch (62), zählen diese Einsätze zu den schlimmsten und zugleich den beeindruckendsten Momenten. „Gleich nach dem Tsunami war ich bei einem Einsatz in Indonesien. Wenn man mit der Hilfe beginnen kann und die Menschen erreicht, ist das eine der schönsten Erfahrungen“, erzählt er. Vielleicht benötigt der Bundestag die Hilfe des THW im kommenden Jahr selbst, stellte der Bundestagspräsident augenzwinkernd in den Raum. Ohne Wahlrechtsreform, dem harten Brett, an dem Lammert schon einige Zeit bohrt, könnten im Bundestag dann mehr als 700 Abgeordnete sitzen. 300 bis 400 Räume würden in diesem Fall fehlen. „Ich verlasse mich dann auf bewährte Unterstützung“, sagte Lammert in Richtung THW. *Eva Bräth*

LESERPOST

Zum E-Paper von „Das Parlament“:
Ich lese „Das Parlament“ sehr gerne. Ich finde es wichtig und gut, dass es diese Möglichkeit gibt, sich über das Geschehen in der deutschen Politik zu informieren. Vielen Dank dafür!
Zur Zeit halte ich mich nicht in Deutschland auf und habe in diesem Zusammenhang eine Frage. Gibt es vielleicht die Möglichkeit, die Zeitung auch in E-Paper-Formaten zu veröffentlichen? Damit meine ich nicht das Pdf-Format, das auf mobilen Endgeräten leider schlecht lesbar ist. Möglich wäre beispielsweise ein EPUP-basiertes Format. Damit könnte man die Zeit-

tung auch auf dem E-Book-Reader oder anderen mobilen Lesegeräten anzeigen. Das macht die Politik bestimmt ein bisschen moderner und für junge Menschen wie mich auch attraktiver.
Anrim Luckhardt per Mail
Anmerkung der Redaktion:
Auf der Webseite von „Das Parlament“ bieten wir eine Version der aktuellen Ausgabe als E-Paper an (<http://epaper.das-parlament.de>). Darüber hinaus stehen dort alle Artikel kostenfrei zur Verfügung (www.das-parlament.de).

Zur Ausgabe 39 vom 26. September 2016, Schwerpunkt „Reform des Bundesteilhabegesetzes“ auf den Seiten 1 bis 3:
Wie Medien berichteten, demonstrierten vergangene Woche in Berlin, Hannover und bundesweit Betroffene und ihre Verbände gegen das Bundesteilhabegesetz. Ihr Protest stand unter dem Motto „#NichtMeinGesetz“.
Im Parlament waren die Abgeordneten der Fraktionen CDU/CSU und SPD zu Frieden mit dem Bundesteilhabegesetz, das Ministerin Andrea Nahles (SPD) vortrug. Die Opposition habe Menschen

mit Behinderung instrumentalisiert, gegen das Gesetz zu sein, meinte Carola Reimann (SPD). Sie sprach in der Debatte davon, in „unverantwortlicher Art Angst zu schüren“.
Der Vermögensvorbehalt ist ein Relikt aus einer dunklen Zeit, in der Menschen mit Behinderung als belastend eingestuft wurden. Wir sind eine Demokratie der Menschenrechte und brauchen eine Einstufung der Gleichwertigkeit, nicht der Kostenbremse.
Widerspricht die Regierung den gesetzlichen Anforderungen der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, haben behinderte Menschen das Recht, lautstark zu fordern: #NichtMeinGesetz!
Christina Fuchs Remagen

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 24. Oktober.

SEITENBLICKE



BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 17. – 21.10.2016

Kosten der Integration (Do), Kontrolle der Geheimdienste (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Manfred Coppik
Bundestagsabgeordneter 1972-1983, SPD/fraktionslos
Am 21. September starb Manfred Coppik im Alter von 72 Jahren. Der Rechtsanwalt aus Offenbach wurde 1961 SPD-Mitglied und war von 1974 bis 1980 Vorsitzender des dortigen Unterbezirks. 1982 trat er im Zusammenhang mit dem Nato-Doppelbeschluss aus der SPD aus. 1999 schloss sich Coppik der WASG und der späteren Partei Die Linke an und amtierte von 2008 bis 2012 als deren stellvertretender hessischer Landesvorsitzender. Der Direktkandidat des Wahlkreises Offenbach arbeitete im Bundestag im Rechtsausschuss mit.

>Jochim Clemens
Bundestagsabgeordneter 1980-1994, CDU
Jochim Clemens vollendet am 6. Oktober sein 85. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt und Notar aus Braunschweig trat 1967 der CDU bei und amtierte von 1977 bis 1990 als stellvertretender Vorsitzender des Landesverbands Braunschweig. Von 1968 bis 1980 war er dort Ratsherr und seit 1969 auch Fraktionsvorsitzender. Im Bundestag arbeitete Clemens vorwiegend im Innenausschuss mit.

>Edzard Schmidt-Jortzig
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, FDP
Am 8. Oktober wird Edzard Schmidt-Jortzig 75 Jahre alt. Der Kieler Universitätsprofessor für Öffentliches Recht, FDP-Mitglied seit 1982, hat sich vor allem als Verfassungsexperte einen Namen gemacht und nach 1990 osteuropäische Staaten beraten. Von 1996 bis 1998 amtierte er als Bundesjustizminister. Schmidt-Jortzig arbeitete im Bundestag im Innenausschuss mit. Von 1998 bis 2002 war er Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums.

>Martin Mayer
Bundestagsabgeordneter 1990-2005, CSU
Martin Mayer wird am 13. Oktober 75 Jahre alt. Der promovierte Agrarwissenschaftler aus Höhenkirchen-Siegertsbrunn schloss sich 1967 der CSU an und war von 1985 bis 1989 Vorsitzender im Kreis München. Von 1972 bis 1993 gehörte Mayer dem dortigen Kreistag und von 1978 bis 1990 dem Bayerischen Landtag an. Der Direktkandidat des Wahlkreises München-Land saß im Bundestag hauptsächlich im Forschungsausschuss.

>Klaus-Jürgen Hoffe
Bundestagsabgeordneter 1972-1981, 1983-1987, FDP
Am 14. Oktober vollendet Klaus-Jürgen Hoffe sein 80. Lebensjahr. Der Journalist trat 1968 der FDP bei und war von 1972 bis 2005 Mitglied des hessischen Landesvorstands. Mehr als vier Jahrzehnte gehörte Hoffe, der sich seit 1968 kommunalpolitisch engagierte, dem Kreistag Darmstadt-Dieburg an. 1981/82 war er hessischer Wirtschaftsminister. Der Verkehrs- und forschungspolitische Sprecher seiner Fraktion arbeitete vorwiegend im Verkehrsausschuss mit.

>Herbert Meißner
Bundestagsabgeordneter 1990-1998, SPD
Am 15. Oktober wird Herbert Meißner 80 Jahre alt. Der Diplomingenieur aus Königs Wusterhausen trat Ende 1989 der SPD bei. Von 2003 bis 2014 gehörte er dem Kreistag Dahme-Spreewald an. Meißner engagierte sich im Bundestag im Wirtschaftsausschuss.

>Hans Friderichs
Bundestagsabgeordneter 1965-1969, 1976-1977, FDP
Am 16. Oktober vollendet Hans Friderichs sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und ehemalige Vorstandssprecher der „Dresdner Bank“ trat 1956 in die FDP ein, war von 1964 bis 1969 Bundesgeschäftsführer und von 1974 bis 1977 stellvertretender Vorsitzender. Friderichs amtierte von 1969 bis 1972 als Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministerium und von 1972 bis 1977 als Bundeswirtschaftsminister. Im Bundestag war Friderichs Mitglied des Arbeitsausschusses.

>Brigitte Baumeister
Bundestagsabgeordnete 1990-2002, CDU
Brigitte Baumeister wird am 19. Oktober 70 Jahre alt. Die Diplom-Mathematikerin aus Böblingen schloss sich 1980 der CDU an. Von 1992 bis 1998 amtierte sie als Bundesratsministerin ihrer Partei. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Unions-Bundestagsfraktion von 1991 bis 2000 engagierte sich im Forschungsausschuss sowie im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung.

>Dietrich Austermann
Bundestagsabgeordneter 1982-2005, CDU
Am 22. Oktober wird Dietrich Austermann 75 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Itzehoe schloss sich 1971 der CDU an und war von 1987 bis 2000 Vorsitzender des Kreisverbands Steinburg. Der langjährige haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion engagierte sich im Finanz- sowie im Haushaltsausschuss. Von 2005 bis 2008 war Austermann Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein. *bmh*



Prof. Norbert Lammert, CDU, Bundestagspräsident:

Bundestag gedenkt Shimon Peres



Norbert Lammert (*1948)
Bundestagspräsident

Gestern ist Shimon Peres im Alter von 93 Jahren gestorben. Wir trauern mit den Menschen in Israel um einen bedeutenden Staatsmann und Friedensnobelpreisträger, der uns als unermüdlicher Mittler zwischen den Völkern unvergessen bleibt.

Shimon Peres war überzeugt davon, dass sich Konflikte dauerhaft nicht mit Waffen, sondern nur mit Vereinbarungen und Verträgen lösen lassen. Dafür setzte er sich mit ganzer Kraft ein, als Außenminister, als Ministerpräsident und als Staatsoberhaupt. Im Verhältnis zu den Deutschen brauchte es noch mehr – das wusste gerade Shimon Peres, dessen Großvater und andere Familienmitglieder in der Shoah auf brutale Weise ermordet worden waren.

In unserem jungen Staat – hat Shimon Peres nach der Staatsgründung einmal gesagt – überwog die Auffassung, dass der Bruch mit Deutschland endgültig und für ewig sein müsse.

Umso dankbarer sind wir denen, die dazu beitragen, dass trotz der tiefen Gräben zwischen beiden Völkern wieder Vertrauen auf-

gebaut und die Grundlagen dafür gelegt wurden, was man heute die „besonderen Beziehungen“ zwischen Israel und Deutschland nennt. Shimon Peres war einer dieser Brückenbauer über den „Abgrund der Geschichte“, die unser Land mit Israel verbindet.

Die Shoah – sagte Peres, als er im Januar 2010 am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus hier im Deutschen Bundestag sprach – muss dem menschlichen Gewissen stets als ewiges Warnzeichen vor Augen stehen: als Verpflichtung zur Heiligkeit des Lebens, zur Gleichberechtigung aller Menschen, zur Freiheit und zum Frieden.

Diese Worte sind nicht nur der bleibende Appell an alle, die heute und zukünftig Verantwortung dafür tragen, gegen jede Form der Ausgrenzung und Diskriminierung aufzustehen. Seine Worte drückten auch aus, nach welcher Maxime er selbst handelte: sich für die gleichen Rechte aller Menschen einzusetzen – egal welcher Herkunft oder Religion.

Unvergessen ist mir und sicher vielen von Ihnen, die damals dabei gewesen sind, vor allem ein Satz seiner Rede, der mich tief bewegt hat:

Die Shoah darf uns aber auch nicht davon abhalten, an das Gute zu glauben, an die Hoffnung, an das Leben.

Eine Botschaft von ungebrochener Zuversicht und berührender Menschlichkeit – das geistige Erbe einer bemerkenswerten Persönlichkeit.

Wir Deutsche sind Shimon Peres zu großem Dank verpflichtet und werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Dr. Frank-Walter Steinmeier, SPD, Bundesminister des Auswärtigen:

Kulturarbeit ist Hoffnungsarbeit und eröffnet konkrete Chancen



Frank-Walter Steinmeier (*1956)
Bundesminister

Im Deutschen Bundestag und in den Ausschüssen reden wir in diesen Tagen täglich über Syrien, über Bombardements, über das militärische Lagebild, über die humanitäre Not, die humanitäre Katastrophe, die fast unvermeidbar scheint. Gleichzeitig richten wir Expertentreffen zum Schutz syrischen Kulturerbes oder Ausstellungen syrischer Künstler im Berliner Exil aus. Beides hat mehr mit einander zu tun, als es auf den ersten Blick scheint.

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, über die wir heute reden, ist nicht „nice to have“, ist nicht irgendwie eine Schönwetterpolitik, sondern sie ist unverzichtbarer Bestandteil von Außenpolitik, gerade dann, wenn die Zeiten schwierig sind und die Partner noch mehr.

Klar ist auch: Innen und Außen lassen sich im 21. Jahrhundert eben nicht mehr längs der Grenzen von Nationalstaaten trennen wie noch im 19. und in großen Teilen des 20. Jahrhunderts. Wir erleben es täglich: Politische Krisen und wirtschaftliche Interessenskonflikte – das sind die Konflikte des 21. Jahrhunderts – werden zunehmend unterlegt durch religiöse und ethnische Konflikte, ob sie die Ukraine nehmen oder Syrien oder die Situation rund um die großen Seen in Ostafrika – das sind längst nicht mehr die einzigen Beispiele dafür.

Deswegen gilt: Wenn wir Chancen zur Verständigung in all diesen Konflikten überhaupt erhalten wollen, dann spielt Kultur- und Bildungsarbeit, dann spielt die

Zusammenarbeit mit den Zivilgesellschaften anderer Länder, gerade auch in den Krisenregionen, eine entscheidende Rolle.

Deshalb haben wir unsere Bemühungen um Kultur und Bildung im Ausland an zwei entscheidenden Punkten verändert und erweitert. Ich will ganz zu Anfang Ihnen allen ganz herzlich dafür danken, dass Sie das durch Ihre Unterstützung möglich gemacht haben.

Erstens wollen wir den Zugang zu Kultur und Bildung im Ausland erleichtern. Dazu gehört, dass wir helfen, kulturelles Erbe zu schützen. Die Mörder und Räuber vom IS versuchen im Mittleren Osten, kulturelle Identitäten radikal auszulöschen. Um dagegen anzugehen, haben wir international und national die Gesetzgebung, insbesondere die Gesetze gegen die Zerstörung von Kulturgütern und das Handeln mit gestohlenen Kulturgütern, deutlich verschärft. Staatsministerin Böhmer hat sich um dieses Thema als Vorsitzende des Welterbekomitees besonders verdient gemacht. – Herzlichen Dank, Frau Böhmer.

Wir tun noch mehr: Mit dem „Syrian Heritage Archive Project“ des Deutschen Archäologischen Instituts und des Berliner Museums für Islamische Kunst wird erstmalig ein digitales Register archäologischer Stätten in Syrien erstellt, und zwar in Zusammenarbeit mit deutschen, syrischen und internationalen Wissenschaftskollegen. Mehr als 100 000 Datensätze haben sie auf diese Weise zusammengetragen. Das wird die Grundlage für eine spätere Restaurierung, wenn sie denn hoffentlich möglich ist, in Syrien sein.

Mit diesen Initiativen sind wir Vorbild. Aus Frankreich, den USA, Russland und der Türkei hören wir jetzt den Wunsch nach engerer Kooperation. Ich versichere Ihnen: Das Deutsche Archäologische Institut und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz arbeiten daran, wie wir gemeinsam mit den anderen noch besser zum Erhalt des kulturellen Erbes in dieser Krisenregion im Mittleren Osten – nicht nur in Syrien, sondern in der gesamten

Krisenregion – beitragen können.

Unsere Kulturarbeit steht dabei nicht isoliert. Wir brüten nicht jeden Tag in verschlossenen Zimmern über der Frage der Wiederherstellung beschädigter Tempel, während Tag für Tag Menschen sterben. Nein, unsere Kulturarbeit ist, wie ich gesagt habe, unverzichtbarer Bestandteil eines umfassenden politischen Ansatzes. Das Engagement – Sie merken es, spüren es, verfolgen es – reicht vom kräftezehrenden Ringen um eine politische Lösung des Konflikts über akute humanitäre Hilfe bis hin zu einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen, etwa zur Aus- und Fortbildung syrischer Flüchtlinge jenseits der Sprachausbildung. Im vergangenen Jahr haben sich zum Beispiel 20 Organisationen, von der Deutsch-Jordanischen Universität über den UNHCR bis zum Deutschen Archäologischen Institut, zusammengefunden. „Stunde Null“ heißt dieses Projekt. So haben sie dieses Projekt zur Vorbereitung eines Wiederaufbaus in Syrien genannt. Auch wenn diese „Stunde Null“ derzeit noch in weiter Ferne zu sein scheint, ist es wichtig, einen Beitrag zu leisten, zum Beispiel durch die Aufnahme von Wissenschaftlern und Studenten hier in Deutschland, die ihre wissenschaftliche Karriere in Syrien angesichts der Kriegereignisse unterbrechen mussten, oder durch „Goethe-Institut Damaskus | Im Exil“, einer Veranstaltung, die dieser Tage hier in Berlin eröffnet wird. Mit all diesen Maßnahmen zeigen wir: Kulturarbeit ist Hoffnungsarbeit, aber sie ist mit Blick auf die einbezogenen Menschen



Bei der Eröffnung der Plenarsitzung am vergangenen Donnerstag erhoben sich die Bundestagsabgeordneten im Gedenken an Shimon Peres. © dpa

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

eben auch Arbeit an ganz konkreten Chancen. Das steht im Vordergrund der Initiativen unserer Wissenschaftsorganisationen, des DAAD, der Alexander-von-Humboldt-Stiftung, und das gilt weit über Syrien hinaus. So bemühen sich große deutsche Stiftungen, etwa nach dem Vorbild der Deutsch-Jordanischen Universität eine Fachhochschule in Ostafrika aufzubauen, um die Lücke zwischen schulischer und akademischer Ausbildung zu füllen, um stärker anwendungsbezogen auszubilden, weil in diesen Regionen ein entsprechender Bedarf vorhanden ist. Mit Blick auf die Flüchtlingskrise – den wir natürlich von hier aus einnehmen – werden durch Zugang zu Bildung Perspektiven für die Menschen in ihrer Heimat geschaffen. Zugang zu Kultur und Bildung ist in weiten Teilen Afrikas und Asiens häufig der einzige Ausweg aus Armut und Perspektivlosigkeit.

Die zweite wichtige Veränderung in unserer Arbeit setzt da an, wo der Freiraum für Kultur und Wissenschaft bedroht ist, dort, wo Unverständnis zu falschen Vorstel-

lungen führt, wo Ideologien Verständigung untergraben. Gegen Ideologisierung hilft nur Differenzierung, und dafür brauchen wir kulturelle Freiheitsräume; denn nur durch Auseinandersetzung, wo wir sie zulassen und möglich machen, kann am Ende auch Verstehen und Verständigung entstehen.

Diese vorpolitischen Freiheitsräume zu schützen, Zugang zu Denk- und Deutungsmustern einer Gesellschaft zu schaffen, das genau ist unser Ziel, wenn wir zum Beispiel ein deutsch-russisches Jugendjahr veranstalten, wenn wir Kultur- und Spracharbeit in Saudi-Arabien leisten, wenn wir mit Kuba um ein Kulturabkommen ringen und wenn wir gemeinsam mit Frau Grütters und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz helfen, ein Ausstellungsprojekt mit dem Teheraner Museum für zeitgenössische Kunst auf die Beine zu stellen. Bei diesem Austausch geht es nicht darum, die Position des anderen zu akzeptieren oder die eigene Position zu relativieren. Aber es darf auch in der Diplomatie als Erfahrungssatz gelten, dass es unklug ist, das eigene

Handeln zu bestimmen, ohne die Wahrnehmung des Gegenübers zu kennen. Deshalb brauchen wir die kulturelle Intelligenz, deshalb sitzen wir nicht nur in Konferenzräumen, sondern hören, wo immer es geht, auch Künstlern und Kulturschaffenden, Angehörigen der Zivilgesellschaft zu.

Die Räume, die wir öffnen, sind durchaus auch wörtlich zu verstehen. Jedes Goethe-Institut, jede Pasch-Schule ist Teil einer kulturellen Infrastruktur, die uns mit den Partnern in der Welt verbindet. Das kostet Geld, ja, aber viel weniger Geld als Verkehrsinfrastruktur, und Gedankenstau ist nicht weniger risikoreich als Verkehrsstau. Deshalb müssen wir diese kulturelle Infrastruktur, diese Räume erhalten, fördern und ergänzen, so wie wir es demnächst hoffentlich mit dem Thomas-Mann-Haus in Kalifornien tun und gemeinsam mit der Villa Aurora tun werden können. Hier geht mein Dank an Frau Grütters und auch an das Hohe Haus, an alle, die mitgeholfen haben, dass wir hoffentlich die drohende private Veräußerung des Thomas-

Mann-Hauses verhindern konnten.

Ich glaube, jeder, der im Augenblick in die USA schaut, weiß, dass es dringend notwendig ist, dass wir unsere Präsenz, unsere Anwesenheit dort erhöhen. Deshalb arbeiten wir auch daran, dass wir das lange leerstehende sogenannte Goethe-Haus in New York wieder mit Leben und mit kulturellen Angeboten aus Deutschland füllen.

Aber es geht nicht nur um Erweiterung unserer eigenen Selbstdarstellungsmöglichkeiten, sondern es geht auch darum, dass wir Kooperationen mit europäischen Partnern suchen. Deshalb suchen wir gemeinsam mit Frankreich nach Möglichkeiten – insbesondere in Ländern Afrikas, in denen nur der eine oder der andere vertreten ist –, unsere Kulturarbeit miteinander zu verabreden und dafür zu sorgen, dass der eine mit dem anderen und gelegentlich sogar für den anderen in afrikanischen Staaten arbeiten kann. Genauso unerlässlich, um zum Schluss zu kommen, ist es aber, dass wir auch hier bei uns zu Hause, auf unserem Kontinent, Raum

für Auseinandersetzung über unsere Herausforderungen in Europa schaffen; dies halte ich für dringend notwendig. Mit diesen Räumen meine ich eben nicht nur Brüsseler Sitzungssäle und nicht nur den Deutschen Bundestag, sondern Räume, in denen Europas Bürger darüber streiten können, welches Europa wir wollen, Townhall-Gespräche, Bürgerwerkstätten. Gemeinsam mit der Mercator-Stiftung wollen wir solche Räume schaffen, und mit der VW- und Robert-Bosch-Stiftung haben wir gemeinsame Forschungsprojekte, um zu analysieren, wo der Skeptizismus gegen Europa bei den Bürgern genau liegt und wo Politik vielleicht stärker als in der Vergangenheit ansetzen muss. All diese Arbeit ist wichtig, um dieses Europa in schwierigen Zeiten zusammenzuhalten. Ich danke Ihnen. Ich danke dem Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik für diesen wirklich wichtigen und klugen Entschließungsantrag, auf dessen Grundlage wir hier heute beraten können.

(Beifall im ganzen Hause)

Dr. Diether Dehm, DIE LINKE:

Wenn Diplomatie versagt, kann Kultur Brücken bauen



Diether Dehm (*1950)
Landesliste Niedersachsen

Lassen Sie mich zunächst über Kultur in diesem Hause sprechen. Unser Unterausschuss wird vielerorts als Biotop belächelt; denn die allermeisten Anträge werden von uns fraktionsübergreifend eingebracht, egal ob es um die Nöte von Goethe, die Besoldung der Lehrkräfte in Auslandsschulen und die entsprechenden Verdi-Forderungen, das Haus der Kulturen der Welt oder die Gedenkstätte Sobibor geht. Der Ton untereinander ist freundschaftlich. Begründet wurde dieser Umgang in der Zeit, als noch Dr. Peter Gauweiler den Ausschussvorsitz inne hatte und Luc Jochimsen mit dabei war. Dort durfte ich

dann stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses werden. Mit Bernd Fabritius versuchen wir, weiter auf diesem gemeinsamen und einvernehmlichen Weg zu bleiben, und bleiben es auch.

Zugrunde liegt unserer Kulturarbeit ein Verständnis, wonach jeder Euro mehr für Kultur einer weniger im Krieg ist; denn gerade wenn die Diplomatie versagt, kann die Kultur Brücken bauen. Die letzte Reise mit Peter Gauweiler als Ausschussvorsitzendem führte uns gemeinsam nach Kiew und Moskau. Dort versuchten der Rechte Gauweiler und der Linke Dehm Russen und Ukrainern ein wenig am persönlichen Beispiel zu zeigen, dass man über Gräben auch reden kann. Dazu gehört, dass keiner dem anderen seine Leitkultur von oben überzustülpen sucht, dass keiner dem anderen seinen Lebensstil oder seinen Bildungskanon mit Gewalt überhelfen will.

Aber es gibt gemeinsame Werte für Demokraten, die ein offensives Eintreten verlohnen: gegen Faschisten, gegen islamistische Terroristen, gegen Säbelrasseln und menschenfeindliche Marktfanatiker, also für unser gutes Grundgesetz. Es enthält zum Beispiel ein Angriffskriegsverbot, welches Krieg

vom deutschen Boden als Ultima Irratio verbietet, den Sozialstaatsgedanken, die Bindung des Eigentums an das Gemeinwohl und die Prinzipien der Gewaltenteilung und der Unschuldsvermutung, die wir Aufklärung und Code Napoléon verdanken. Denn Rechtsstaatlichkeit steht diametral gegen Scharia und gegen Lynchjustiz, die auch im Namen anderer Religionen gepriesen wird, Stichwort „Ku-Klux-Klan“. Dieser demokratische Konsens wird auszubauen sein, sollte tatsächlich, was mein atheistischer Gott verhindern möge, die AfD demnächst im Bundestag sitzen.

Lassen Sie mich Ihnen verraten, dass das Kopfschütteln in unserem Unterausschuss auch fraktionsübergreifend ist, wenn namentlich von Herrn Kauder durchgeprügelt wird, dass es keine gemeinsamen Anträge mit den Linken geben darf. Dies führt zu Skurrilitäten, wenn wir dann zehn Änderungsanträge zum Haushalt zweimal verabschieden müssen, einmal mit Linken, einmal ohne Linke, aber ansonsten wortgetreu, damit der CDU-Führung nicht zugemutet wird, einen von den Linken mit unterschriebenen Antrag einbringen zu müssen. Mein Appell

an Herrn Kauder und andere lautet: Ersparen Sie uns bitte in Zukunft solche Kindereien!

Verschärft hat sich das, nachdem wieder über Rot-Rot-Grün diskutiert wird. Dabei geht es in unserem Unterausschuss kein bisschen um künftige Koalitionen, sondern um die Gesprächs- und Handlungsbereitschaft von Demokraten, schwarzen, grünen und roten. Denn ob wir es wollen oder nicht: Wir alle sind Nachgeborene der großen bürgerlichen Französischen Revolution und der proletarischen Oktoberrevolution – ob wir wollen oder nicht.

Der vorliegende Entschließungsantrag wurde so auch von uns gemeinsam erarbeitet; aber die Linke als Koautor wurde wieder gestrichen. Natürlich haben wir Linke auch unterschiedliche Akzentsetzungen, zum Beispiel in der Bewertung der Europäischen Nachbarschaftspolitik im vorliegenden Antrag. Meine Fraktion hat lange kritisiert, dass die ENP als Instrument zur Durchsetzung politischer, imperialer und wirtschaftlicher Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten fungiert und darum auch spaltet. Nicht nur an den Rändern der EU brennt es.

In allen sechs Ländern der Östlichen Partnerschaft haben die Konflikte zugenommen. Wir sagen 70 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion: Macht uns die Russen nicht wieder zum Feind!

Zu ähnlicher Einschätzung sind auch die EU-Kommission und die Hohe Vertreterin Mogherini gekommen. Die Überarbeitung der

ENP begann selbstkritisch. Es hieß, die EU betreibe keine wirklich konsequente Partnerschaft und dergleichen und – Zitat –: Die Nachbarschaft ist heute weniger stabil als noch vor zehn Jahren.

Wir finden es übereilt, die Auswärtige Bildungspolitik mit ihrem Sechs-Augen-Prinzip bruchlos in den Dienst der ENP als Kernstück europäischer Diplomatie zu stellen, zumal der anfänglichen Selbstkritik keine Konsequenz folgte. Noch immer haben Assoziierungs- und Freihandelsabkommen Priorität.

Desintegrative Tendenzen sind in der sozialen Frage begründet. Die EU dagegen hält an der dominierenden Monopolkonkurrenz fest, die sie dann als Wettbewerb verklärt, die aber weitestgehend gar kein Wettbewerb mehr ist. Dem steht keine adäquate europäische Sozialstaatlichkeit in der EU gegenüber. Desintegrierend werden auch die Auswirkungen von CETA und später TTIP auf die Auswärtige Kulturpolitik sein. Die Kulturschaffenden haben dagegen schon Position bezogen. Der Deutsche Kulturrat hatte am 18. September dieses Jahres einen offenen Brief an die Delegierten des SPD-Konvents zu CETA geschrieben – ich zitiere –: Der europäische Kulturbereich wird schlechter gestellt als der kanadische. Die Europäische Union unterwirft die gesamte Kulturwirtschaft ... dem CETA-Abkommen. ... Bei den sogenannten Liberalisierungsverpflichtungen geht Kanada noch weiter

und stellt seine gesamte nationale Kulturpolitik – und jetzt steht dort – vernünftigerweise unter Schutz.

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Kulturrates, befindet, dass die EU-Kommission die europäische Kulturwirtschaft im Stich gelassen hat.

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas Gemeinsames aus unserem Unterausschuss erwähnen: Unlängst wurde bekannt, dass die Exilvilla von Thomas Mann in Pacific Palisades zum Verkauf steht. Zu verhindern, dass dieser Ort, von dem aus Thomas

Mann über zehn Jahre im intellektuellen Austausch mit anderen Antifaschisten künstlerisch wirkte, an unbedarfte Hände überschrieben werden könnte, dafür setzt sich dieser Unterausschuss vehement ein.

Ich danke dem Auswärtigen Amt ausdrücklich für seine Bemühungen. Fraktionsübergreifend bestand Einigkeit, dass das Haus eines der großen deutschen Dichter, der mit 25 Jahren bereits die Buddenbrooks geschrieben und damit eine präzise Innenarchitektur der deutschen kleinbürger-

lichen Seelenlandschaft gespiegelt hat, unbedingt erworben und erhalten gehört. Die Umstände und Umständlichkeiten in dieser Villa hört man gleichsam heute noch knistern, wenn man sie betritt – als Erika Mann damals ihr 20-Minuten-Grundig-Tonbandgerät aufstellte, damit ihr Vater dort aus Joseph und seine Brüder las, als dann im Land Jakobs und Abrahams ein Bootsmann plötzlich hanseatisches Platt spricht. Ja, dieser Thomas Mann trug am Sehnen nach Deutschland, auch als er unter

brennenden Tränen deutsche Städte zu bombardieren empfahl als kollektive Bestrafung für Adolf Hitler, wofür er von Bertolt Brecht als antideutsches Reptil geziehen wurde. Dieses Haus der deutschen Tragik im Exil wollen wir behalten. Denn ist es nicht die verbittert gebrochene Heimatliebe dieser Flüchtlinge, die uns die Wirkmacht der deutschen Worte und den Humanismus des anderen Deutschland neu lernen lässt? Im guten Sinne des Emigranten Bert Brecht: Und weil wir dies Land ver-

bessern

Lieben und beschirmen wir's

Und das liebste mag's uns scheinen

– scheinen! –

So wie andern Völkern ihrs.

... daß ein gutes Deutschland blühe,

wie ein andres gutes Land.

Dies gemeinsam mit dem Verfassungspatriotismus Gustav Heinemanns sollte uns einen – in in- und auswärtiger Kultur.

Dr. Bernd Fabritius, CDU/CSU:

Europäische Nachbarschaft stärker in den Fokus rücken



Bernd Fabritius (*1965)
Landesliste Bayern

Was wir tun, so ist der klare und gleichzeitig selbstbewusste und entschlossene Titel des 19. Berichts der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, die selbst, wie der Titel des Berichts, klar, selbstbewusst und entschlossen sein muss. Deswegen entscheiden wir, lieber Kollege Dehm, stets anhand von Sachargumenten.

Unsere Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik befindet sich in einem Wandel. Sie muss sich verändern, weil neue außenpolitische Herausforderungen aufgetreten sind, aufgetreten in Ländern und Regionen, die zuletzt weniger im Fokus der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik standen. Diese Feststellung mag banal klingen. Die deutsche Außenpolitik und insbesondere die deutsche AKBP sind ständig im Wandel. Der Bundesaußenminister hat es im Zuge des Review-Prozesses formuliert:

Die Welt hat sich verändert, und auch das Auswärtige Amt muss sich verändern. Sie, Herr Außenminister, haben heute sehr zutreffend die Vielfalt aktueller Konflikte aufgezeigt. Europa spielte und spielt in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik dieser Legislaturperiode eine wichtige Rolle. Der Bundestag hat als Reaktion auf die Krise in der Ukraine zum

Beispiel mit der deutlichen Erhöhung der Mittel für die Östliche Partnerschaft einen Schwerpunkt gesetzt. Gerade in der Ukraine-Krise und den diplomatischen Bemühungen zu ihrer Lösung drückte sich eine neue Erwartung an Deutschland aus, mehr Verantwortung zu übernehmen. Lassen Sie uns erneut gemeinsam die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik weiterdenken, indem wir diese Verantwortung für das Weltgeschehen anerkennen, diese aber zugleich wieder stärker auch in Europa wahrnehmen.

Wir können und müssen heute Kultur- und Bildungsprojekte weltweit verwirklichen, ohne unsere eigene europäische Wertefamilie zu vernachlässigen. So sehe ich es als eine nationale Aufgabe an, die Thomas-Mann-Villa in Los Angeles als nicht denkmalgeschütztes Gebäude davor zu bewahren, an einen anderen Käufer als die Bundesrepublik veräußert zu werden, damit sie dann eventuell abgerissen wird. So weit wird es nicht kommen. Der Bundestag und die Bundesregierung wissen um die Gefahr dieses unwiederbringlichen Verlustes.

Zugleich muss die AKBP Antworten auf die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in der direkten Nachbarschaft innerhalb und außerhalb der EU geben. Es ist erschreckend, mit welchen Mitteln und wie effektiv Zivilgesellschaften in unserer östlichen Nachbarschaft einerseits beeinflusst, andererseits in ihrer Freiheit beschnitten werden.

Auch auf diese Herausforderungen müssen Antworten gefunden werden, ohne dass wir uns auf einen konfrontativen Weg, den Weg einer AKBP gegen Staaten, begeben; denn das ist es, was uns offenkundig aufgezwungen werden soll: ein erneutes Denken von „Wir gegen sie“. – Da machen wir nicht mit. Wie dies gelingen kann,

zeigt zum Beispiel die Deutsche Welle. Sie hat neue Nachrichtensendungen in russischer und ukrainischer Sprache gestartet und hilft beratend bei einer Reform des ukrainischen Fernsehens, um den Pluralismus im Land zu stärken. Sie sorgt zudem im Bereich der Auslandskommunikation für die Vermittlung eines realistischen und aktuellen Deutschland-Bildes und trägt so zur Berichtigung von Desinformationskampagnen bei. Dazu gehören neben einer Darstellung der Willkommenskultur insbesondere die Aufklärung über die Rechts- und Faktenlage von Einwanderung und Asyl in Deutschland sowie die Gefahren illegaler Migration und auch die Korrektur der von Schleppern und anderen Kriminellen gezeichneten Scheinwirklichkeit.

Es ist ein sensibler Raum, ein vorpoltischer, am Menschen und der Gesellschaft ansetzender Bereich, in dem sich die AKBP bewegt. Die Arbeit unserer Mittlerorganisationen, des Goethe-Instituts, des DAAD, des ifa, der Alexander-von-Humboldt-Stiftung – um nur einige zu nennen –, ist deshalb hoch verantwortungsvoll. Für diese Arbeit sei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an dieser Stelle ausdrücklich gedankt. Dank gilt auch den deutschen Auslandslehrkräften. Ich bin sehr froh, dass die Neuregelung der Besoldung der Auslandslehrkräfte, die wir 2015 beschlossen haben, seit diesem Monat nun endlich umgesetzt wird und die Erhöhung rückwirkend zum 1. Januar 2016 ausgezahlt wird.

Die AKBP kann und muss heute Hilfe in den Fluchtregionen dieser Welt leisten, um Bleibeperspektiven aufzuzeigen. Was derzeit in Syrien, in Aleppo geschieht, sind barbarische Verbrechen. Luftangriffe, denen in hoher Zahl Kinder zum Opfer fallen und die die letzten Krankenhäuser zum Einstellen

ihrer Arbeit zwingen, sind durch nichts zu rechtfertigen.

Die AKBP kann in der Hölle von Aleppo leider nichts tun. Sie kann aber den Menschen, die aus ihr geflohen sind, Hilfe leisten. Die mit kriegerischen und religiösen Konflikten verbundene Zerstörung von Kulturgütern stellt ebenfalls eine besondere Herausforderung dar. Das Deutsche Archäologische Institut hat mit dem „Stunde Null“-Projekt, das Sie, Herr Außenminister, bereits angesprochen haben, für den Wiederaufbau Syriens beide Aufgabenbereiche verbunden, indem es zum Beispiel geflüchtete Syrer in der Konservierung und Restaurierung mittelalterlicher Ruinenstädte ausbildet. Die zusätzliche berufliche Qualifizierung sowie die gedankliche Beschäftigung mit einem Wiederaufbau ihrer Heimat sind beste Grundlagen für Zukunftsperspektiven und Identitätsstärkung.

Dass das Auswärtige Amt seit 2016 in Person von Staatsministerin Professor Dr. Maria Böhmer nun eine Sonderbeauftragte für UNESCO-Welterbe, UNESCO-Kulturkonventionen und UNESCO-Bildungs- und Wissenschaftsprogramme hat, unterstreicht die Verantwortung Deutschlands im Bereich des Kulturerbeschutzes.

Die von Staatsministerin Professorin Monika Grütters eingebrachte und durch den Deutschen Bundestag verabschiedete Novelle des Kulturgutschutzgesetzes formuliert neue Sorgfaltspflichten beim Erwerb und beim Verkauf von Kulturgut. Dieses erschwert unter anderem den illegalen Handel mit aus Raubgrabungen stammenden Kulturgütern. Zugleich – ich komme zurück auf unsere Verantwortung für die direkte Nachbarschaft – tragen wir nicht nur Verantwortung für das weltweite, sondern insbesondere auch für das europäische Kulturerbe als gemeinsame, identitätsstiftende Basis. Dieses gilt es wieder verstärkt in unseren Fokus zu rücken.

Die AKBP kann sich auch deshalb wieder stärker auf unsere europäische Nachbarschaft konzentrieren, weil auf EU-Ebene derzeit etwas entsteht, das als „gemeinsame europäische Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“ bezeich-

net werden kann. Mit einer starken Stellung in den entstehenden Strukturen, zum Beispiel der „Cultural Diplomacy Platform“ und EUNIC, ist Deutschland federführend an der Ausgestaltung der von der Hohen Vertreterin Mogherini eingebrachten EU-Strategie für die internationalen Kulturbeziehungen beteiligt.

Mit der Union für den Mittelmeerraum, mit dem Westbalkan und insbesondere auch mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft identifizieren wir im vorliegenden Antrag jene Regionen in der EU-Nachbarschaft, in welchen verstärktes Engagement der AKBP notwendig ist. Das Auswärtige Amt steht dabei nicht allein. In dem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung jüngst veröffentlichten Positionspapier „Fokus Europa“ werden mit den Schwerpunktregionen Südosteuropa und den Ländern der Östlichen Partnerschaft sehr ähnliche Handlungsfelder identifiziert.

Doch auch innerhalb der EU muss die AKBP wieder mehr Wirkung entfalten. Wir sprechen in unserem Antrag von der Notwendigkeit einer Stärkung des Zusammenhalts und des gemeinsamen Wertebezugs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Das Infragestellen der europäischen Idee erreichte einen vorläufigen Höhepunkt im Austrittsvotum Großbritanniens. Eine Ursache dieser Entscheidung und ebenso eine Ursache für EU-Skepsis in weiteren Mitgliedstaaten ist mit Sicherheit ein eklatantes Identifikationsdefizit mit der EU. Unser gemeinsames europäisches kulturelles Erbe sowie eine AKBP, die die einende Wirkung dieses Erbes betont und gleichzeitig neue gemeinsame Projekte im Kultur- und Bildungsbereich fördert, sind wie kaum etwas anderes dazu geeignet, dieses Identifikationsdefizit zu beheben. Die AKBP ist in den vergangenen Jahren weit in die Welt hinausgetragen worden; das ist gut so. Holen wir sie ergänzend auch ein Stück weit zurück nach Europa, in unser Zuhause

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Claudia Roth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir brauchen in dieser Welt viel mehr Brückenbauer



Claudia Roth (*1955)
Landesliste Bayern

Wir leben in einer Welt, die in Unordnung geraten ist, in der wir die Auflösung der postkolonialen Staatenordnung beobachten, ohne dass wir schon klar erkennen könnten, welche neue Ordnung entsteht. Diese Umordnung der Welt hat ganz konkrete Auswirkungen. 65 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Fürchterliche Kriege und Konflikte sorgen für Leid und Elend, weil der internationalen Gemeinschaft die Mittel und Instrumente fehlen, aber oftmals auch der Wille, konkrete Lösungen zu erreichen. Das erleben wir gerade in Syrien, wo ein unfassbar brutaler Stellvertreterkrieg Zivilisten zu Tausenden hungert und tötet, während sich die Weltgemeinschaft gegenseitig blockiert. Oder wir erleben es im Jemen, dessen Horror fast überhaupt nicht wahrgenommen wird. Staaten zerfallen. Terror gefährdet Frieden, und in vielen Ländern wendet man sich einem autoritären und nationalistischen Albtraum zu, als wäre das die richtige

Antwort in einer globalisierten Welt.

Einige mögen sich jetzt fragen: Was kann in einer solchen Welt die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ausrichten? Ist das nicht Nischenpolitik für Kulturromantiker, für Träumer, ein dekoratives Sahnehäubchen, vor allem etwas für das gute Gewissen? Nein!

Ich sage Ihnen: Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist Realpolitik. Wenn Kanäle der klassischen Diplomatie verschlossen und Kontakte eingefroren sind, wenn Hoffnungslosigkeit um sich greift, wenn am Verhandlungstisch nur Blockade und in der Heimat nur Verderben herrschen, dann braucht es neue Wege, andere Zugänge. Dann braucht es genau diese „soft power for hard politics“.

Die „soft power“, von der wir hier sprechen, nutzt Kunst und Kultur. Sie nutzt Bildung und Sport und zielt damit genau auf die Menschen. Damit vermitteln wir die Werte, die uns wichtig sind und von denen wir überzeugt sind, dass sie die Welt zu einem besseren Ort machen. Es sind die Werte einer toleranten, einer vielfältigen, einer offenen Gesellschaft, die Demokratie und Menschenrechte, die Frieden und Entwicklung, die internationale Kooperation und Solidarität in den Mittelpunkt stellt. Damit richtet sich die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nicht so sehr an ganze Gesellschaften oder an Regime oder an bestimmte Machtkonstellationen, sondern sie stellt den Menschen, seine Werte und

seine Entwicklung in den Mittelpunkt.

Getreu dem Motto der UNESCO entstehen Kriege im Geist der Menschen. Deswegen muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.

Es geht bei der AKBP sozusagen um wertegeleitete Außenpolitik auf individueller Ebene, weil sie Köpfe und Herzen erreicht und damit ganze Welten verändern kann. Durch die Brückenbauer der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wird oftmals Vertrauen wiederhergestellt und damit erst die Voraussetzung für die klassische Außenpolitik geschaffen. Ich sage Ihnen: Wir brauchen in dieser Welt viel mehr Brückenbauer. Sprengmeister gibt es nämlich schon genug.

Diese Art der zivilen Krisenprävention und der Deeskalation, diese Friedens- und Demokratiepoltik hat viele Akteure: die Mittlerorganisationen, die vor Ort Menschen erreichen und damit Türen öffnen, die politischen Stiftungen, die die Zivilgesellschaft stärken, Initiativen, NGOs, Künstlerinnen und Künstler, Kreative, Pädagogen, Wissenschaftler, die alle mit viel Engagement und mit wenig Geld Menschen zusammenbringen und immer wieder dorthin gehen, wo es wirklich wehtut, das Auswärtige Amt, das diese dritte Säule der Außenpolitik kontinuierlich fördert und unterstützt, und nicht zuletzt auch unser sehr engagierter Unterausschuss hier im Bundestag.

Ich möchte an dieser Stelle die Mittlerorganisationen einmal nennen, weil man sie für ihre Arbeit

gar nicht genug ehren kann: das Goethe-Institut, das mit 159 Instituten weltweit Schutzräume sowie Raum für kritische Gedanken schafft und sich seit 2013 in den neu entstandenen großen Städten des Nahen Ostens, in den großen Flüchtlingslagern mit konkreten Kultur- und Bildungsprojekten dafür engagiert, dass keine weiteren verlorenen Generationen entstehen; die Auslandsschulen, die Menschen und Gesellschaften verbinden und Leuchttürme für Demokratie sein können; das Institut für Auslandsbeziehungen; die Deutsche Welle mitsamt ihrer Akademie, die – etwa mit der Sendung Shababtalk oder dem Onlineportal Qantara, das sind wichtige Plattformen für den Austausch mit der arabischen bzw. islamischen Welt – ein Wegbereiter für Toleranz und Meinungsfreiheit ist; das Deutsche Archäologische Institut, das mit dem Projekt „Stunde Null“ eine, wie Frank-Walter Steinmeier ja gesagt hat, wichtige Voraussetzung für den hoffentlich möglichen Wiederaufbau Syriens leistet; der DAAD mit seinen Stipendienprogrammen, die gerade für Schwellen- und Krisenländer ausgebaut werden; die Deutsche Akademische Flüchtlingsinitiative Albert Einstein, die Geflüchteten ein Studium ermöglicht sowie die Alexander-von-Humboldt-Stiftung mit ihrer Initiative zur Unterstützung gefährdeter Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen.

Ihnen gebühren Anerkennung und Dank.

Der zu Beginn beschriebene Zustand der Welt erschwert aber leider erheblich die Arbeit der AKBP. So schränken immer mehr Staaten die Meinungs-, die Presse-, die Versammlungs-, die Kunst- und die Lehrfreiheit dramatisch ein. Akteure der Zivilgesellschaft, Künstler, Wissenschaftler, Journalisten und Blogger werden mit NGO-Gesetzen in über 60 Staaten kriminalisiert und ihrer Handlungsräume beraubt.

All das passiert jedoch längst nicht mehr nur in Diktaturen oder autoritären Regimen wie etwa in Ägypten oder in Russland, sondern es geschieht zunehmend auch in Demokratien, zum Beispiel in Lateinamerika oder auch in Israel. Man könnte nun ein wenig zynisch sagen, dass die Angst der Staatschefs vor der Zivilgesellschaft ja erst zeigt, welche Kraft, welchen Einfluss und welche Macht zivilgesellschaftliches Handeln entfalten kann. Aber diese Entwicklung muss uns aufschrecken, und wir müssen wirklich alle Anstrengungen verstärken, um Zivilgesellschaft auch und gerade über die Mittel der AKBP zu stärken.

Gleichfalls besorgniserregend sind Berichte, wonach das kultu-

relle Erbe der Menschheit weltweit immer stärker in Gefahr ist. Gerade in Syrien, im Irak, im Jemen und in Afghanistan drohen der kulturelle Ausverkauf, der Verlust des kulturellen Gedächtnisses sowie der Verlust und die Zerstörung der kulturellen Wurzeln. Deswegen war es so wichtig, dass der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag vor zwei Tagen ein historisches Urteil sprach und zum ersten Mal in seiner Geschichte einen Angeklagten wegen der Zerstörung von Weltkulturerbestätten der Kriegsverbrechen für schuldig befunden hat. Die Chefanklägerin Fatou Bensouda nannte die Vernichtung von neun mittelalterlichen Heiliggräbern und einer Moschee im malischen Timbuktu einen feigen Angriff auf die Würde und die Identität ganzer Völker.

Damit machte sie klar, was auf dem Spiel steht, wenn Kulturgüter zerstört, geraubt und geplündert oder als bloße Geldanlage missbraucht werden. Auch dieses Urteil, liebe Kolleginnen und Kollegen, zeigt: Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist „high politics“.

Lassen Sie mich bitte zum Schluss noch eine weitere Aufgabe nennen, die mir, die uns besonders am Herzen liegen muss und auch liegt. Das ist die lebendige Erinnerungskultur. Wir können mit unserer Expertise, durch unsere Erfahrung mit der Aufarbeitung der Shoah und der Verbrechen der Nationalsozialisten vielen Gesellschaften nach der Überwindung von Diktaturen beim Aufbau einer eigenen Erinnerungskultur zur Seite stehen. Genauso müssen aber auch wir selbst weiter an unserer deutschen Geschichte arbeiten, die ja gerade schlimmste Verbrechen in anderen Ländern beinhaltet. Ich nenne als Stichworte den Genozid an den Herero und Nama in Namibia.

Ich nenne die Mitschuld am Völkermord an den Armeniern. Ich nenne die Verbrechen der Nationalsozialisten und der Wehrmacht in Griechenland, in Italien

oder dieses schreckliche Massaker heute vor 75 Jahren in Babi Jar in der Ukraine.

Auch hier kann die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik Wege aufzeigen, wie wir mit diesem schrecklichen Erbe umgehen können und umgehen müssen, wie wir Verantwortung übernehmen und so ein Erinnern in die Zukunft erst ermöglichen.

Wir sollten die Kraft der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gerade in diesen schwierigen, harten Zeiten nicht unterschätzen. Deshalb muss sie uns im wahrsten Sinne des Wortes sehr viel wert sein.

Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)



Eine junge Frau vor dem Eingang des Goethe-Instituts in Berlin. Weltweit ist die Mittlerorganisation der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik an 159 Standorten vertreten.

© picture-alliance/dpa

Elisabeth Motschmann, CDU/CSU:

Kulturpolitik ist ein harter Standortfaktor



Elisabeth Motschmann (*1952)
Landesliste Bremen

Es ist vielfach angeklungen: Kulturpolitik wird unterschätzt. Auswärtige Kulturpolitik wird ebenfalls unterschätzt. Sie gilt als freiwillige Aufgabe des Staates, als weicher Standortfaktor, als nicht hoheitliche Aufgabe, als – Claudia Roth hat es gesagt – „Sahnehäubchen“ oder, wie der Außenminister gesagt hat, „nice to have“.

Nein, Kulturpolitik, wo immer sie stattfindet, ist ein harter Standortfaktor. Das muss in die Köpfe auch vieler politischer Entscheider getragen werden. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist eine wichtige Säule unserer Außenpolitik. Gerade wenn die Welt so durcheinandergeraten ist wie im Augenblick, ist sie von großer Bedeutung. Vielen Dank für den Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik. Es ist gut, dass wir über einen solchen Antrag hier diskutieren.

Herr Dehm, solange Sie so rückwärtsgewandt das ganze Vokabular des Marxismus auspacken, so lange geht es nicht mit Ihnen. Ich glaube, sie müssen da noch ein bisschen lernen und von mancher ideologischen Verklemmung aus der Vergangenheit Abschied nehmen.

Jeden Tag hören und lesen wir von den Konflikten in der Welt, von Verfolgung, Unterdrückung, Unfreiheit, kurz gesagt: von den fehlenden freiheitlichen Werten. Gerade dahinein tragen wir Kultur. Das ist eine durch und durch schöne Aufgabe und ebenso eine wichtige Aufgabe. Diese Werte, unsere Vorstellung von Presse- und Religionsfreiheit, von Rechtsstaatlichkeit, von gesellschaftlicher und kultureller Vielfalt, sind Zeichen von Völkerverständigung, von Austausch, von Ideen und von Brückenbauen in einer teilweise heillosen Welt.

Mit der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik tragen wir eben

nicht nur die deutsche Sprache in die Welt. Wir vermitteln auch kulturelle, gesellschaftliche Werte, fördern den Austausch von Kunst und Kultur. Claudia Roth hat aufgezählt, was alles in diesem Bereich getan wird, und das ist unglaublich viel. Wir zeigen damit natürlich auch der Welt ein gutes, positives, authentisches, lebendiges Bild von Deutschland und Europa.

Eine grundsätzliche Bemerkung vorweg: Auswärtige Kulturpolitik ist nicht statisch und muss sich angesichts einer sich schnell wandelnden Welt verändern. Deshalb müssen neue Schwerpunkte gesetzt werden. Das heißt, dass wir stärker auf die Krisen Osteuropas blicken müssen. Wir müssen überlegen, was wir zu deren Überwindung beitragen können. Die arabische Welt gibt uns neue Aufgaben auf. Das gilt natürlich auch für Afrika. Daher begrüße ich sehr, dass das Goethe-Institut auf die Arbeit dort einen – gar nicht so neuen – Schwerpunkt setzt. Mit Sprache, Musik und Film macht es Angebote auf diesem großen Kontinent. Man könnte jetzt einen Vortrag darüber halten, wie Musik Brücken baut und wie Musik verbindet. Leider kann ich das jetzt nicht tun. Zumindest aber ein herzliches Dankeschön geht von dieser Stelle an das Goethe-Institut.

Ich greife drei Bereiche aus unserem Entschließungsantrag heraus; schließlich kann man nicht über alles reden: erstens die Förderung von Presse- und Meinungsfreiheit, zweitens die Förderung von internationalem Jugendaustausch und drittens die Einigungs- und Nachbarschaftspolitik.

Zum ersten Punkt: die Förderung von Presse- und Meinungsfreiheit. Wir sehen in diesen Tagen, wie gestört Presse- und Meinungsfreiheit in vielen Ländern unserer Welt sind. Ich brauche mir nur zu überlegen, wie über die Ukraine, über Aleppo oder über den Absturz der MH17 berichtet wird, um zu wissen, wie wichtig es ist, dass wir unsere Maßstäbe von Presse- und Meinungsfreiheit mithilfe der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in andere Länder tragen. Die Propaganda aus dem Osten macht uns das Leben schwer; aber sie macht in noch höherem Maße das Leben anderer Völker schwer, die direkt am Rande des großen russischen Reiches liegen. Ich weiß, wie sehr sich die baltischen Länder vor dem fürch-

ten, was über die russische Propaganda in ihr Land getragen wird und dafür sorgt, dass die Menschen in unterschiedlichen Medienwelten leben.

Die Deutsche Welle ist deshalb ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Sie bringt viele wichtige Berichte in die Welt. Aber was ich fast noch wichtiger finde, ist: Sie führt Schulungen und Beratungen von Journalisten und von angehenden Vermittlern von Meinungen durch. Insofern nimmt sie eine wichtige Aufgabe wahr, um Journalisten in aller Welt auf den Weg in eine freie Medienlandschaft zu bringen. Schwer genug, aber sie tut es, und deshalb ist die Deutsche Welle ein wichtiger Träger der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

Damit bin ich beim zweiten Punkt, nämlich bei der Förderung des internationalen Jugendaustauschs. Ich finde, auch dies ist ein ganz wichtiger Baustein für Frieden in Europa, in der Welt. Wir erinnern uns, dass zum Beispiel der

deutsch-französische Jugendaustausch ein wichtiger Bestandteil der Aussöhnung mit Frankreich war und ist und dass Frankreich heute zu unseren besten Freunden zählt.

Ähnlich müssen wir natürlich auch gegenüber dem Osten vorgehen; deshalb arbeite ich mit Freude an einer deutsch-baltischen Jugendstiftung. Wir müssen in dieser Region nämlich aktiv werden, um sie zu stärken, auch in der Auseinandersetzung und in ihrem Freiheitswillen. Das halte ich für enorm wichtig. Angesichts der Tatsache, dass die betroffenen Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft von Russland große Probleme haben, ist das, finde ich, gut angelegtes Geld. Das Gleiche gilt für das Deutsch-Polnische Jugendwerk. Mit dieser Art von Austauschprogrammen, die ja integraler Bestandteil unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik sind, können wir viel erreichen. Die nächsten Generationen haben es dadurch leichter.

Drittens: Einigungs- und Nachbarschaftspolitik. Wir haben uns vielleicht ein wenig zu wenig um unsere eigene Identität, um unser eigenes Land und um Europa gekümmert. Wir meinten, dass wir Europa nur über den Euro definieren können. Aber es geht eben nicht nur um Geldwerte, sondern es geht um ganz andere Werte.

Hätten wir uns intensiver um unser eigenes Land und um Europa gekümmert, dann hätten wir vielleicht manches Problem der Desintegration oder auch des EU-Austritts Großbritanniens nicht gehabt.

Auch die Tatsache, dass Solidarität hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen leider nicht überall oder zu wenig geübt wird und einige Länder dabei alleingelassen werden, zeigt ja, dass hier ein Defizit von Werten entstanden ist. Wir müssen uns darum kümmern, dass wir sie wieder implementieren. Deshalb ist es gut, dass übrigens auch das Goethe-Institut sagt: Wir müssen auch im Inland, in Europa etwas tun.

Letzter Punkt. Die Berufung von Staatsministerin Maria Böhmer zur Sonderbeauftragten für das UNESCO-Welterbe halte ich für einen enorm guten Schritt, zum einen für uns hier, zum anderen aber auch für den Erhalt bzw. für den Wiederaufbau des Kulturguts in Syrien, im Irak und in anderen Ländern. Ich hoffe, dass jeder weiß, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik kein weicher Standortfaktor ist, sondern dass wir sie brauchen zum Brückenbau und zum Frieden in dieser Welt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Peer Steinbrück, SPD:

Mit Kulturpolitik die Kraft der Zivilgesellschaften stärken



Peer Steinbrück (*1947)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es ist sehr begrüßenswert, dass die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik heute so prominent auf der Tagesordnung steht und dabei hoffentlich auch die ihr gebührende öffentliche Aufmerksamkeit erfährt. Ich will versuchen, sie aus meinem Blickwinkel etwas einzuordnen.

Es gibt nicht wenige, die wegen der Gleichzeitigkeit einer Reihe von Entwicklungen seit 2014/2015 von einer Zeitenwende oder einer

Zäsur sprechen. Sie beziehen sich dabei auf die Auflösung, mindestens auf die tiefe Erschütterung der postsowjetischen Friedensordnung mit der erstmaligen und nach wie vor andauernden territorialen Infragestellung eines Landes im Nachkriegseuropa. Sie beziehen sich auf den Zusammenbruch staatlicher Strukturen – das geht weit über den Nahen Osten hinaus – mit der Folge einer Flüchtlingsbewegung, die in unserem Land korrespondierend zweierlei ausgelöst hat: eine bewundernswürdige Willkommenskultur und auch Überfremdungsängste. Sie beziehen sich auf die Renationalisierungstendenzen auch in Europa, die im Rückzug in die eigene Wagenburg – Schotten runter! alles dichtmachen! – die Antwort für die Bewahrung von Status und auch Identität sehen. Und sie beziehen sich auf den Aufstieg von autoritären Regimen und die offenbar verbreitete Sehnsucht nach autokratischen Führungsfiguren.

Ja, wenn man so will, hat sich das normative Projekt des Westens, von dem der Historiker Heinrich August Winkler redet und schreibt und dem wir übrigens selber keineswegs immer entsprochen haben und entsprechen, nach der letzten Zeitenwende 1990/91 nicht so durchgesetzt, wie das viele von uns damals euphorisch nach der Auflösung einer ideologischen Systemkonkurrenz angenommen haben. Im Gegenteil: Es steht unter Druck – von innen und von außen. Es ist umgeben von einer Reihe von gesellschaftlichen und politischen Modellen, die sich unseren Werten – den unveräußerlichen Freiheitsrechten, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, den Menschenrechten, auch der Trennung von Staat und Kirche – entziehen. Und wir sind umgeben von militärisch und hybrid geführten Konflikten, von Menschenrechtsverlet-

Fortsetzung auf nächster Seite

zungen, von humanitären Notlagen, ja vielleicht sogar von humanitären Katastrophen.

In diesen Zeiten über die klassische Außen- und Sicherheitspolitik, über die Kunst, aber auch den Frust der Diplomatie und über die Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe hinaus den Stellenwert der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik herauszustreichen, ist in der Tat des Schweißes der Edlen wert – wenn dem Schweiß dann auch die entsprechenden Mittel folgen.

Worum handelt es sich, wenn wir über die Bedeutung und die Ausstattung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik reden und auch entscheiden? Es geht darum, mithilfe von Sprache, von kulturellem und wissenschaftlichem Austausch die Verständigung und Zusammenarbeit zu ermöglichen und darüber hinaus auch die Kraft von Zivilgesellschaften gegenüber dem Zynismus autoritärer Herrscher und Regime zu stärken, indem wir Jugendliche, indem wir beruflich und akademisch Auszubildende, indem wir Wissenschaftler, Künstler, Intellektuelle zu erreichen und zu fördern suchen. Was wir mit unserer Sprache, unserer Kultur, unserer Wissenschaft und auch unseren zivilen Konfliktlösungsmöglichkeiten anbieten können – nicht in deutscher Besserwisserie aufdrängen, sondern anbieten können –, kann man im Gegensatz

Es geht darum, mithilfe von Sprache und Austausch die Verständigung zu ermöglichen.

zu militärischen Mitteln als – das ist inzwischen ein gängiger Begriff – unsere Soft Power bezeichnen.

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik kann auch der zivilen Krisenprävention dienen. Dabei spielt das Netzwerk der Mittlerorganisationen eine unverzichtbare Rolle. Ich bin Frau Roth dankbar, dass sie in ihrer breiten Aufzählung viele davon genannt hat. Denn ihrer hervorragenden Arbeit – nicht nur Ihrer, sondern auch der der Mittlerorganisationen –, gehört unab-

weisbar unser Dank. Aber dieser Dank ist umso aufrichtiger, je stärker wir sie in dieser Arbeit unterstützen.

Auf die Vielzahl gelungener Projekte der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und auch auf die Erwartungen an weitere Projekte, siehe die Thomas-Mann-Villa oder auch das Stadthaus an der Fifth Avenue in New York, will ich nun aus Zeitgründen nicht eingehen. Das steht alles und lesenswert in dem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Vielmehr sei mir erlaubt, die restliche Zeit zu nutzen, um mich von Ihnen als ein aktiver Politiker und Parlamentarier zu verabschieden. Das lädt nun zu einem längeren, hoffentlich nicht langatmigen Resümee ein, das der Präsident aber in genau 4 Minuten und 57 Sekunden unterbrechen würde.

Deshalb nur so viel:

Ich deutete mit der Wahrneh-

mung einer Zeitenwende oder einer Zäsur an, dass wir in fragilen Zeiten leben – auch in Europa. Gemessen allerdings am Zustand Europas vor nur zwei Generationen relativiert sich das; man möge zurückdenken. Ich gehöre nach der Generation meines Urgroßvaters und meines Großvaters und meines Vaters als jemand, der 1947 geboren ist, zu der ersten Generation, die nicht auf den Schlachtfeldern Europas geopfert worden ist. Dieses europäische Einigungswerk, das mir und meiner Generation das ermöglicht hat, ist ein Glücksfall, der jeden Einsatz dafür rechtfertigt, dass es so bleibt.

Das bedeutet aber, dass wir dafür sorgen müssen, dass dieser wunderbare Kontinent nicht auf den Euro, nicht auf die EZB-Zinspolitik, nicht auf nächtliche Sitzungen des Europäischen Rates, nicht einmal auf den Brexit und schon gar nicht auf den Krümmungsgrad der Salatgurke reduziert wird.

Nun ist dieses Europa nicht nur die Antwort auf die Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, sondern auch auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – vor dem Hintergrund einer ungeheuren Dynamik im Muster globaler, ökonomischer, politischer und militärischer Kräfte, von denen ich manchmal den Eindruck habe, dass sie sich unserer Wahrnehmung und Aufmerksamkeit entziehen in ihren Rückwirkungen auf unsere Gesellschaft und auf unsere Lage in Europa.

Deutschland – übrigens das Land mit den meisten direkten europäischen Nachbarn; nach

meiner Zählung neun – hat in dieser zentraleuropäischen Geografie für den europäischen Zusammenhalt – ja, ich versteige mich zu der Bemerkung: für die Selbstbehauptung Europas – einen besonderen Beitrag zu leisten und auch einen Preis dafür zu bezahlen, im ureigenen Interesse.

Dies muss den Bürgern mit Verstand, aber offenbar mit noch sehr viel mehr Herz erklärt werden – gegen alle Angebote des Rückzuges in die eigene Wagnisburg aus populistischen oder sogar chauvinistischen Lagern.

Angesichts der spürbaren Desorientierung und Verunsicherung in nicht zu vernachlässigenden Teilen unserer Gesellschaft müssen wir in unseren Parteien und in diesem Parlament, nicht nur bezogen auf Europa, der Ort sein, die Bühne liefern, auf der die zentralen Zukunftsfragen debattiert werden, und zwar kontrovers, spannend, laut, leidenschaftlich, repolitisiert, nicht alternativlos.

Die Debatten müssen so geführt werden, weil damit die Neugier an Politik wieder wächst, weil es darüber Kommunikation gibt, weil es Engagement provoziert – auch über ganz gegensätzliche Positionen, die ausgetragen werden. Tun wir das nicht, übernehmen diese Debatte sehr dumpfbackige Kräfte in unserer Gesellschaft.

An diesen Zukunftsthemen besteht in meinen Augen kein Mangel, über eine notwendige, gelegentlich auch tagespolitisch orientierte Tagesordnung hinaus. Einige dieser Zukunftsthemen in meinen Augen sind:

Was ist mit Freiheit und individueller Selbstbestimmung in Zeiten der Globalisierung und Digitalisierung?

Wie steht es um die Rückgewinnung des Primats demokratisch legitimer Institutionen gegenüber einem entgrenzten digitalen Finanzkapitalismus?

Was ist mit der Zukunft Europas – ich deutete es an – oder des Generationsvertrags vor dem Hintergrund der Demografie? Es sagt sich leicht: „Das Rentenniveau muss gesteigert werden“, aber ich müsste der Generation meiner Kinder und jetzt auch meiner vier Enkelkinder erzählen, wer das denn eines Tages wie mit Steuern und Rentenversicherungsbeiträgen bezahlen soll.

Ein anderes Thema ist der Zusammenhalt unserer Gesellschaft vor dem Hintergrund unabwiesbarer interner Spaltungstendenzen, aber auch der Jahrzehntauf-

gabe, Zuwanderer und Flüchtlinge zu integrieren, wofür wahrscheinlich Bildung, Jobs und vor allen Dingen auch Wohnungen der Schlüssel sind.

Ein weiteres Thema – vielleicht etwas unterbeleuchtet – ist in meinen Augen zunehmend die Frage nach dem Zusammenleben der großen Weltreligionen.

Ich wünsche Ihnen und mir, dass die politischen Parteien diesseits der Ausfransungen an den politischen Rändern in ihrer Unterschiedlichkeit und ihrer Unterscheidbarkeit und dieses Haus der Ort sind, wo diese Auseinandersetzungen in Zukunft stärker stattfinden. Wir dürfen von den Bürgern nicht als ein Politikkartell verstanden werden, das ihre Befindlichkeiten wegfiltert. Und dieses Risiko besteht.

Ich möchte gerne abschließen mit zwei eher banalen Erkenntnissen.

Als ich vor 47 Jahren in die SPD eintrat, dachte ich, dass die Verteilung, sagen wir einmal, von Sumpfhühnern und Schlauberger ziemlich einseitig auf die Parteien verteilt ist. Ich gehörte natürlich zur Partei der Schlauberger. Inzwischen weiß ich nach einer, wie ich zugebe, längeren Lernkurve, Herr Kauder, dass die Verteilung solcher Sumpfhühner und Schlauberger in und zwischen den Parteien der Normalverteilung der Bevölkerung folgt. Diese Erkenntnis hat mir die fraktions- und parteiübergreifende Zusammenarbeit erleichtert, wofür ich mich sehr herzlich bedanken möchte.

Die zweite Erkenntnis ist vielleicht gar nicht so banal. Ich lernte sehr spät, dass es in der Politik nicht nur darauf ankommt, was man sagt und was man macht, sondern auch darauf, wie man dabei guckt. Dies habe ich in einer Laudation vor wenigen Wochen auch dem Kollegen Schäuble noch einmal gesagt.

Dies, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, war der letzte Ton aus meinem Jagdhorn. Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause – Die Fraktionen der CDU/CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Abgeordnete der LINKEN erheben sich)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem die Abgeordneten Thomas Feist (CDU/CSU) sowie Christoph Bergner (CDU/CSU).

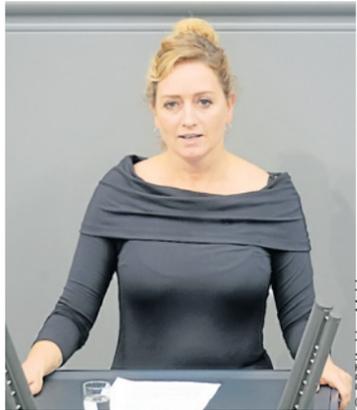


Blick auf die Zentrale des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI) in Berlin-Dahlem. Das DAI ist eine der Mittlerorganisation der Auswärtigen Bildungs- und Kulturpolitik.

Debatte zur Ausgestaltung der Mietpreisbremse / 193. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 29. September 2016

Caren Lay, DIE LINKE:

Mietanstieg muss endlich gedeckelt werden



Caren Lay (*1972)
Landesliste Sachsen

Die Mieten in den Großstädten explodieren. Sie stiegen in den letzten Jahren in manchen Städten um 30, 40, in Berlin mancherorts sogar um 50 Prozent. Da dürfen wir als Politik nicht länger zusehen. Diesen Mietenanstieg müssen wir bremsen. Dieser Mietenanstieg muss endlich gedeckelt werden.

Die Mietpreisbremse, die genau das eigentlich tun sollte, entpuppt sich leider immer mehr als ein Flop. Hier in Berlin zum Beispiel sind trotz Einführung der Mietpreisbremse im selben Jahr die Mieten um bis zu 17 Prozent gestiegen. Drei Studien infolge, zuletzt die des Deutschen Mieterbundes, kommen zu dem Ergebnis: Die Mietpreisbremse ist größtenteils wirkungslos. – Ich freue mich natürlich, dass es jetzt aus der SPD heißt, die Mietpreisbremse müsse nachgebessert werden. Auch von der CDU, von Herrn Luczak, hieß es, er würde sich dem nicht verweigern. Da bin ich tatsächlich gespannt.

Ich hoffe, dass diese späte Einsicht ernst gemeint ist und nicht zufällig der Tatsache geschuldet war, dass in Berlin zwei Wochen später gewählt wurde. Wir müssen einfach feststellen: An diesem Gesetz stimmt nur die Überschrift. Das muss sich endlich ändern.

Dem Vorschlag, der im Raum steht, nämlich mehr Transparenz über die Höhe der Vormiete zu schaffen, würden wir uns als Linke nicht verweigern. Ich muss aber auch ganz klar sagen: Das würde die Verantwortung natürlich immer noch beim Mieter belassen. Deswegen wäre es aus unserer Sicht viel zielführender, wenn wir endlich die ganzen Ausnahmen streichen. Egal ob bei Neubau, ob bei Modernisierung oder bei möb-

lierten Wohnungen, streichen Sie diese Ausnahmen. Das wäre der richtige Weg.

Es kann natürlich auch nicht sein, dass ein Vermieter, der die Mietpreisbremse ganz bewusst unterläuft, nicht mit Strafen rechnen muss. Deswegen sagen wir als Linke: Wir brauchen hier empfindliche Sanktionen. Das sind wir den Mieterinnen und Mietern schuldig.

Wir dürfen sehr gespannt sein, ob in dieser Legislaturperiode von der Koalition noch etwas zu diesem Thema kommt. Unser Antrag liegt auf dem Tisch. Ich bin gespannt, wie Sie sich dazu verhalten.

Ein nächster Punkt. Seit November letzten Jahres verspricht uns Heiko Maas einen besseren Schutz von Mieterinnen und Mietern, zum Beispiel vor zu hohen Modernisierungskosten. Dieser Vorschlag – er nennt sich im Fachjargon zweite Mietrechtsnovelle – dümpelt seit einem Dreivierteljahr in den Ministerien vor sich hin. Die CDU/CSU läuft dagegen Sturm und blockt diesen Gesetzentwurf ab. Das kann einfach nicht sein.

Es gibt einen wirklich sehr guten Film. Diesen möchte ich Ihnen, der CDU/CSU-Fraktion, und auch Ihnen, Herr Luczak, ganz persönlich als eine Art kollektive Weiterbildungsmaßnahme empfehlen.

Denn ich habe nicht das Gefühl, dass Sie wirklich wissen, was in unseren Städten eigentlich los ist.

Schauen Sie sich diesen Dokumentarfilm bitte an. Er heißt Die Stadt als Beute. Er ist vom Filmemacher Andreas Wilcke und läuft im Moment in den Kinos. Der Film dokumentiert die Gier der Spekulanten und das Versagen der Politik. Er zeigt auch auf, wo das Problem bei der Modernisierungsumlage liegt. Ein Makler sagt völlig unverblümt zu Investoren: Nehmen Sie ein bisschen Geld in die Hand, machen Sie die Wohnung schön. Modernisierung ist die beste Kapitalanlage. – Leider hat er da völlig recht. 11 Prozent der Modernisierungskosten kann der Vermieter Jahr für Jahr auf die Miete umlegen. Wo sonst gibt es solch eine hohe Rendite und dann auch noch staatlich garantiert? Das muss sich endlich ändern.

Im Ergebnis heißt das doch – das wissen auch Sie –, dass der Mieter für einen neuen Balkon, den er gar nicht haben will und gegen den er sich aber nicht wehren kann, im Laufe der Zeit einmal, zweimal, dreimal und viermal an den Vermieter zahlen muss. Das hat doch mit sozialer Gerechtigkeit nichts zu tun. Das ist einfach nur Ausbeutung.

Wissen Sie, ich bin der festen Überzeugung, dass wir diese Modernisierungsumlage abschaffen müssen. Wir haben das hier schon beantragt. Das haben Sie leider abgelehnt. Wir haben heute einen neuen Antrag vorgelegt, in dem wir versuchen, das festzuhalten, was eigentlich Konsens sein müsste, nämlich zum Beispiel dass man diese Modernisierungsumlage zumindest absenkt und dass man den Mietspiegel neu berechnet; denn so, wie er bis jetzt berechnet wird, macht er Mieterhöhungen zum Gesetz. Das darf doch nicht wahr sein.

Wenn man die Mieten der letz-

ten vier Jahre in die Berechnung hineinnimmt und die Mieten in diesen vier Jahren um 30 oder 40 Prozent steigen, dann macht man Mieterhöhungen zum Gesetz. Das können Sie nicht abstreiten. So ist es einfach. Das muss sich ändern.

Das ist genau der Grund, warum wir hier eine Formulierung gewählt haben, wie sie auch die SPD wählen würde, wie sie auch im Gesetzentwurf von Herrn Maas steht. Wissen Sie, diesen Widerspruch wie gerade aus der SPD-Fraktion brauche ich jetzt wirklich nicht. Wir sagen ganz klar: Warten Sie nicht auf Ihren Koalitionspartner. Wenn Sie warten, bis die Union irgendeine Verbesserung für die Mieterinnen und Mieter vorgelegt, dann wird es in dieser Legislatur nichts mehr. Ich glaube, wir können feststellen: Wenn dieses Gesetz zum besseren Schutz der Mieterinnen und Mieter nicht bald eingebracht wird, dann wird es in dieser Legislatur nichts mehr. Dann müssen die Mieterinnen und Mieter bis 2018 warten, bis sich irgendetwas verbessert. Das kann einfach nicht sein.

Wir geben Ihnen die Chance, unserem Antrag – der so formuliert ist, dass er nicht nur für uns, sondern auch für SPD und Grünen zustimmungsfähig ist – zuzustimmen, sodass er hier eine Mehrheit findet.

Da muss sich natürlich auch die Union Gedanken machen. Auch Sie müssen sich langsam einmal die Frage stellen: Machen Sie hier weiter Politik für die Kapitalanleger oder endlich einmal für die Mieterinnen und Mieter?

Das tun Sie aber nicht; das ist das zentrale Problem.

Aber auch die SPD möchte ich daran erinnern, dass für die Vorschläge, die wir gemeinsam teilen, in diesem Hohen Hause eine Mehrheit da wäre. Wir hätten ja zusammen eine Mehrheit für diesen Antrag.

Ich weiß, dass es ungewöhnlich ist, Anträgen der Opposition zuzustimmen. Sie könnten hier und heute für einen besseren Schutz der Mieterinnen und Mieter stimmen, aber aus Gründen der Koalitionsdisziplin tun sie es nicht. Erklären Sie das bitte einmal den Leuten. Das versteht, ehrlich gesagt, wirklich kein Mensch. Deswegen muss ich an die Adresse der SPD sagen: Haben Sie ein bisschen Mut, und stimmen Sie unseren Anträgen zu!

Die Mieterinnen und Mieter würden es Ihnen danken, die Wählerinnen und Wähler übrigens auch.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Jan-Marco Luczak, CDU/CSU:

Es gibt keine einfachen Lösungen



Jan-Marco Luczak (*1975)
Wahlkreis Berlin-Tempelhof – Schöneberg

Wir haben in Deutschland etwa 42 Millionen Wohnungen. Etwa die Hälfte davon sind Mietwohnungen. Klar ist: Eine Wohnung ist weit mehr als nur ein Dach über dem Kopf; sie ist auch Rückzugsort und Stätte persönlicher Entfaltung. Deswegen ist für uns als Union völlig klar: Wir wollen

nicht, dass Menschen aus ihren angestammten Wohnvierteln verdrängt werden, weil sie sich – gerade in großen Städten und Ballungszentren – ihre Miete nicht mehr leisten können. Wir wollen auch nicht, dass junge Familien aus ihren Wohnungen „herausmodernisiert“ werden. Was wir wollen, ist, dass wir in den angestammten Wohnvierteln sozial ausgewogene Mischungen haben. Das ist für uns als Union eine Selbstverständlichkeit.

Dazu brauchen wir die Anträge der Opposition an dieser Stelle nicht.

Was das Ziel betrifft, besteht zwischen allen Fraktionen im Hohen Haus Einigkeit, dass wir in Deutschland mehr bezahlbaren Wohnraum brauchen. Nur, die Frage ist: Wie erreichen wir denn dieses Ziel? Klar ist: Hier gibt es keine einfachen Lösungen. Es gäbe auch keine Lösungen, wenn

wir den populistischen Forderungen, die uns die Linke hier präsentiert, folgen würden.

Es gibt deswegen keine einfachen Lösungen, weil wir unterschiedliche Zielsetzungen haben, die allesamt wichtig sind und die wir zusammenführen müssen. Natürlich geht es um bezahlbaren Wohnraum. Aber es geht in gleicher Weise auch um die energetische Sanierung unseres Wohnungsbestandes; denn wir haben wichtige Klimaziele, die wir alle miteinander erreichen wollen. Es geht auch um den altersgerechten Umbau. Unsere Gesellschaft wird älter. Wir müssen auf diesen demografischen Wandel reagieren. Deswegen müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass altersgerechter Umbau möglich ist. Welche Maßnahmen zielführend

Fortsetzung auf nächster Seite

und richtig sind und welche nicht, darüber diskutieren wir gerade innerhalb der Koalition.

Ich fange beim bezahlbaren Wohnraum an. Da haben wir als Koalition bereits reagiert. Wir haben im letzten Jahr die Mietpreisbremse eingeführt, um die Mieter kurzfristig vor steigenden Mieten zu schützen. Linke und auch Grüne fordern jetzt, die Mietpreisbremse zu verschärfen und die Ausnahmen zu streichen.

Richtig ist: Die Wirkung der Mietpreisbremse – das sagen uns verschiedene Studien – ist umstritten.

Aber ich will mich jetzt gar nicht so sehr bei den einzelnen Studien aufhalten. Man könnte nämlich bei jeder Studie sehr viel zur Methodik sagen, die in Teilbereichen sehr angreifbar ist. Deswegen finde ich es richtig, dass das Justizministerium eine unabhängige Studie in Auftrag gegeben hat, um die Wirksamkeit der Mietpreisbremse zu hinterfragen. Klar ist jedenfalls für uns als Union: Die Mietpreisbremse muss in der Praxis funktionieren; deswegen schauen wir da auch sehr genau hin.

Wir als Gesetzgeber haben an Vermieter die klare Erwartung, dass sie sich an die Mietpreisbremse halten. Deswegen haben wir den Mietern auch Rechte an die Hand gegeben. Sie können gegen überhöhte Miete vorgehen und dann die zu viel gezahlte Miete zurückverlangen. Das ist auch gut und richtig. Ich kann nur alle Mieter auffordern: Nehmt die Rechte, die wir euch gegeben haben, wahr!

Klar ist auch – das wird hier immer falsch dargestellt –: Wenn ein Vermieter falsche Angaben zur Vormiete macht, dann ist das strafbar. Das ist glasklar als Betrug strafbar. Deswegen stimmt es einfach nicht, wenn hier immer behauptet wird, es gebe keine Sanktionen bei der Mietpreisbremse. Wir haben hier das Strafrecht als Instrument. Das ist sogar die schärfste Sanktionsmöglichkeit, die wir als Gesetzgeber vorsehen können.

Die Linke fordert hier trotzdem eine Verschärfung der Mietpreisbremse, nämlich die Abschaffung aller Ausnahmen.

Richtig ist: Natürlich gibt es bei der Mietpreisbremse Ausnahmen. Jede dieser Ausnahmen ist aber berechtigt und hat auch gute Gründe.

Ich komme zum Neubau. Ein Neubau ist heutzutage teuer. Sie können einfach nicht neue Wohnungen bauen, die zu einer Miete in Höhe von 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete angeboten werden. Das schaffen Sie einfach nicht. Wenn wir keine Ausnahme für den Neubau hätten, dann hätte das zur Folge, dass

niemand mehr neue Wohnungen bauen würde. Wir hätten weniger Angebot auf dem Markt, und deswegen würden die Mieten weiter steigen. Deshalb ist die Ausnahme für den Neubau, die wir hineinverhandelt haben, genau richtig.

Genauso richtig ist es im Übrigen, dass es eine Ausnahme bei bestehender Vormiete gibt. Wir müssen den Bestandsschutz gewährleisten, weil das eine Frage der Rechts- und Finanzierungssicherheit ist. Wir können hier nicht auf laufende Vertragsverhältnisse einwirken. Das ist auch mit Blick auf Artikel 14 unseres Grundgesetzes eine zwingende verfassungsrechtliche Voraussetzung.

Ebenso richtig ist schließlich auch die Ausnahme bei umfassenden Modernisierungen. Ich habe es gerade gesagt: Wir wollen doch alle miteinander, dass die Wohnungen modernisiert werden. Wir wollen den altersgerechten Umbau und die energetische Sanierung. Das ist aber teuer. Wenn wir den Vermietern sagen: „Ja, du sollst modernisieren“, während er die Modernisierung in keiner Weise finanzieren und wirtschaftlich tragfähig darstellen kann, dann wird doch hinterher die Folge sein, dass niemand mehr modernisiert, und das kann doch nicht das Ziel sein.

Frau Lay, an dieser Stelle sage ich Ihnen: Sie streuen hier den Leuten Sand in die Augen, indem Sie sagen, man könne jetzt 11 Prozent auf die Miete umlegen, was gleichzusetzen sei mit der Rendite. Ich glaube, Sie wissen es besser, dass das natürlich überhaupt nichts miteinander zu tun hat.

Es geht darum, die Kosten umzulegen. Hier müssen wir natürlich ran. Es gibt ein niedriges Zinsniveau, und wir sind auch ge-

sprächsbereit, wenn es darum geht, diese Modernisierungsumlage zu senken.

Streuen Sie den Menschen hier aber nicht Sand in die Augen, indem Sie sagen, dass eine Modernisierungsumlage von 11 Prozent gleichzeitig die Rendite ist, die die Vermieter erzielen. Das, was Sie hier machen, ist einfach nicht redlich, und das könnten Sie einmal korrigieren und zurücknehmen.

Noch einmal: Jede dieser Ausnahmen – es geht um den Neubau, die Vormiete und die umfassende Modernisierung – hat ihre Berechtigung. Deswegen sagen wir als Union an dieser Stelle auch ganz klar: Mit uns wird es keine Streichung dieser Ausnahmen und auch keine andere Verschärfung der Mietpreisbremse geben, weil wir nicht wollen, dass die Mietpreisbremse zu einer Investitionsbremse wird.

Ich will trotzdem sagen: Wir geben unser Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, hier nicht auf. Klar muss aber auch sein: Die Mietpreisbremse ist kein Allheilmittel gegen steigende Mieten. Das war uns doch allen miteinander klar. Wir müssen nicht nur an den Symptomen ansetzen, sondern auch die Ursachen von steigenden Mieten bekämpfen. Das Mietrecht im Allgemeinen und die Mietpreisbremse im Speziellen können dazu aber nur einen ganz kleinen Beitrag leisten. Sie sind zwei Bausteine in einem ganzen Bündel von Maßnahmen, die wir durchführen müssen.

Im Kern geht es doch darum: Wir haben in unserem Land zu wenig Wohnungsbau. Deswegen hilft nur eines, wenn wir steigende Mieten nachhaltig bekämpfen wollen: Wir müssen bauen, bauen, bauen, und zwar mehr und

schneller.

Hier sind vor allen Dingen auch die Länder und Kommunen in der Pflicht. Wir haben bei der Einführung der Mietpreisbremse gesagt: Die Länder, die das einführen, müssen ein Maßnahmenpaket beschließen und sagen, wie sie mehr Wohnungsneubau schaffen wollen. Wenn ich mir die einzelnen Länder einmal anschau, muss ich sagen: Da ist relativ wenig passiert. – Ich gucke hier auch einmal auf meine eigene Stadt, Berlin: Berlin baut im Verhältnis zu Hamburg nur halb so viele Wohnungen. Dann muss man sich auch nicht wundern, dass die Mieten hier ansteigen.

Wir müssen mehr für den Wohnungsbau tun. Wir als Bund nehmen hier auch unsere Verantwortung wahr. Wir haben die Mittel für die soziale Wohnraumförderung in den letzten Jahren massiv erhöht. Ab 2017 werden jedes Jahr 1,5 Milliarden Euro dafür zur Verfügung stehen.

Wir geben den Ländern diese Mittel, damit sie dafür sozialen Wohnungsbau betreiben. Und was tun die Länder? Sie machen damit alles Mögliche, aber sie bauen keine neuen Wohnungen. Deswegen sage ich: Das geht so nicht. Wir brauchen eine klare Zweckbindung für diese Mittel, damit sie auch da ankommen, wo sie ankommen sollen. Das müssen wir als Bund auch kontrollieren.

Es gibt noch ganz viele Punkte, bei denen die Länder in der Verantwortung sind. Es geht darum, mehr Bauland auszuweisen und die bauordnungsrechtlichen Vorschriften zu entschlacken, sodass man im urbanen Raum nachverdichten und auf den Dächern die Potenziale für Wohnungen heben kann. Es muss einfacher werden, und wir müssen schneller werden. Wir müssen an den Standards ansetzen. Wir können es daran sehen: Nur die EnEV 2016 verteuert das Bauen um bis zu 8 Prozent.

Meine Damen und Herren, natürlich ist es so, dass diese Verteuerung hinterher bei den Mietern ankommt. Wenn ich das Bauen teurer mache, dann werden hinterher auch die Mieten höher sein. So einfach ist die Rechnung.

Deswegen müssen wir alles tun, damit sich das Investitionsklima für Wohnungsneubau nicht verschlechtert, sondern es muss sich verbessern.

Da müssen wir dann auch über steuerliche Förderung nachdenken.

Es gab ein Projekt, das wir in der Koalition fast schon bis zum Abschluss gebracht haben. Das ist leider auf den letzten Metern, auf

der Zielgeraden, an der SPD gescheitert. Ich bedaure es sehr, dass wir keine Einigung mit dem Koalitionspartner hinbekommen haben.

Da kann ich nur hoffen, dass die SPD zur Einsicht kommt. Wir brauchen mehr steuerliche Förderung, damit wir mehr Wohnungen neu bauen können. Das ist zum Wohle der Mieterinnen und Mieter in unserem Land, meine Damen und Herren.

Natürlich müssen sich auch die Länder an die eigene Nase fassen und sehen, was sie sonst alles machen. Ich denke zum Beispiel an die Grunderwerbsteuer. Das Aufkommen aus dieser Steuer ist in den letzten Jahren massiv angestiegen, weil fast alle Länder, bis

auf Sachsen und Bayern – da liegt die Grunderwerbsteuer immer noch bei 3 Prozent –, die Grunderwerbsteuer massiv erhöht haben. Die Linke in Thüringen plant gerade, die Grunderwerbsteuer zum Anfang nächsten Jahres zu erhöhen. Das rot-rot-grüne Bündnis, das sich hier in Berlin anschickt, die Macht zu ergreifen – das war eine schlechte Formulierung, das gebe ich gerne zu –, plant ebenfalls, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen.

Da muss man schon einmal, liebe Kollegen von den Linken, Ihrem thüringischen Ministerpräsidenten sagen: Wenn Sie das Bauen so teuer machen, dann werden auch die Mieten steigen.

Das ist das Gegenteil dessen, was wir brauchen. Wir brauchen stattdessen ein ausgewogenes Paket, von dem wir sagen können: Natürlich nehmen wir den Anspruch auf bezahlbaren Wohnraum ernst. Wir wollen den Mieterinnen und Mietern helfen, damit sie nicht verdrängt werden. Aber wir brauchen Investitionsbedingungen, mit denen Neubau ermöglicht wird. Dafür brauchen wir ein ausgewogenes Paket.

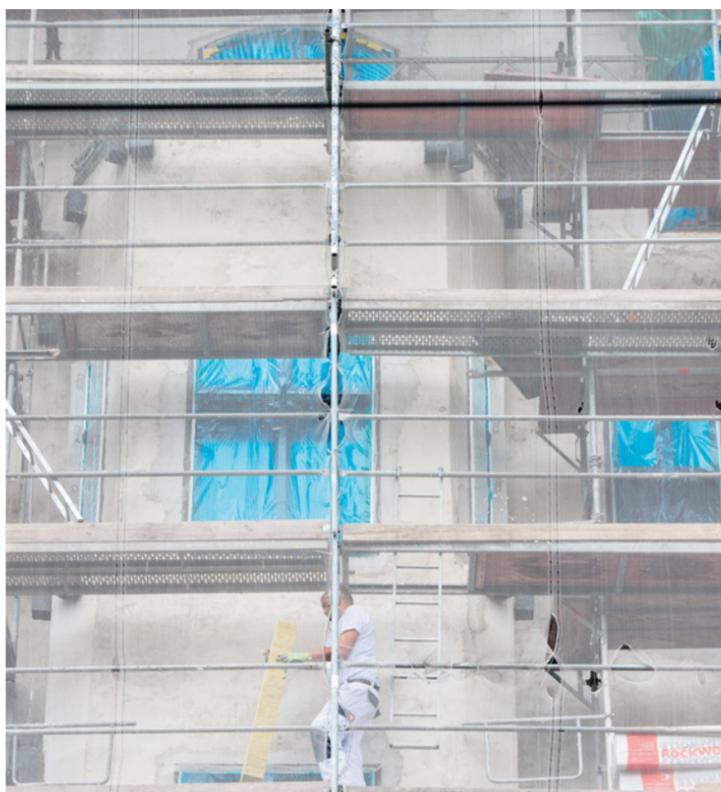
In dem Paket, das uns als Mietrechtspaket II vorliegt, ist nicht alles falsch.

Aber in der Summe führt es dazu, dass sich die Investitionsbedingungen massiv verschlechtern werden. Deswegen rufe ich die SPD auf: Setzen wir uns zusammen, um ein vernünftiges Paket zu schnüren, mit dem wir die unterschiedlichen Interessen – bezahlbarer Wohnraum, altersgerechter Umbau und energetische Sanierung – zusammenbringen können.

Dann können wir auch wirklich etwas für die Menschen in unserem Land tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn Sie das Bauen so teuer machen, dann werden auch die Mieten steigen.



Sanierung eines Berliner Wohnhauses. Bei der ersten Vermietung nach umfassender Modernisierung greift die Mietpreisbremse nicht. © dpa

Christian Kühn, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wohnungsmärkte müssen sich am Gemeinwohl orientieren



Christian Kühn (*1979)
Landesliste Baden-Württemberg

Herr Luczak, ich lade Sie ein, im Internet die Seite von Immobilienscout aufzurufen.

Schauen wir uns einfach einmal an, was in Berlin, Ihrer Stadt, beispielsweise in Kreuzberg, angeboten wird: 10 Quadratmeter kosten 590 Euro, 59 Euro der Quadratmeter. Skandalös, oder?

Ich sage Ihnen eins: Dieser Preis gilt für eine Wohnung in einem Gebiet mit Mietpreisbremse. Wie ist das möglich? Weil diese Wohnung möbliert ist. Das ist nur ein Beispiel für die vielen Schlupflöcher und Ausnahmen, die Sie in dieses Gesetz hineingeschrieben haben.

Deswegen funktioniert die Mietpreisbremse nicht.

Die Schlupflöcher sind: umfassende Modernisierung, Neubau, Rügepflicht, fehlende Transparenz; das haben Sie alles beschrieben. Diese Schlupflöcher müssen Sie stopfen, sonst wird diese Bremse nicht bremsen.

Die Menschen auf den 300 angespannten Wohnungsmärkten, auf denen die Mietpreisbremse gilt, warten darauf, dass Sie von der Union Ihr Versprechen aus dem letzten Bundestagswahlkampf, die Mieten in Deutschland zu begrenzen, endlich wahr machen. Ansonsten produzieren Sie Politikverdrossenheit und schützen eben nicht Mieterinnen und Mieter, sondern stellen sich vor diejenigen, die in Deutschland die asoziale Praxis des Heraussanierens betreiben und die Menschen übervorteilen.

Herr Luczak, nach Ihrer Rede ist mir eins klar geworden: Sie wollen einfach nicht, dass die Mietpreisbremse funktioniert. Das ist die Position der Union. Ich finde, das ist heute sehr deutlich geworden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle, die Mietpolitik machen – ich meine die vielen Kolleginnen und Kollegen aus der

Linkspartei und der SPD und andere –, bekommen Briefe von verzweifelten Mieterinnen und Mietern in Deutschland, weil sie Ankündigungen für eine Modernisierung, verbunden mit einer Mietpreissteigerung von bis zu 200 Prozent, erhalten haben. Sie wissen nicht, ob sie in den nächsten Monaten noch in ihrer Wohnung, in der sie 10 oder 15 Jahre gewohnt haben, bleiben können. Diese Mieterinnen und Mieter wissen, dass sie aus ihrem Quartier, ihrem Stadtteil oder manchmal sogar aus ihrer Stadt wegziehen müssen und dass sie dann ihre Kinder in eine andere Schule oder in eine andere Kita schicken müssen. Diese Menschen müssen ihr vertrautes Umfeld verlassen. Das liegt an der im Mietrecht verankerten Modernisierungumlage. Dieser Paragraph führt dazu, dass Mieterinnen und Mieter herausaniert werden. Diese asoziale Geschäftspraxis muss beendet werden.

Herr Luczak, Sie haben nicht mehr viel Zeit, in der Großen Koalition zu verhandeln. Sie haben gesagt: Wir reden darüber. – Wie lange wollen Sie denn noch darüber reden? Die Legislaturperiode ist bald zu Ende. Wenn Sie sich nicht beeilen, dann wird in diesem Punkt gar nichts mehr passieren. Dann schauen die Mieterinnen und Mieter auf den 300 angespannten Wohnungsmärkten am Ende in die Röhre.

Das Mietrecht ist in eine Schiefelage geraten, weil das Mietrecht kein Schutzrecht ist, wie die Mieterinnen und Mieter glauben, sondern ein Ausgleichsrecht. Aber auf angespannten Wohnungsmärkten funktioniert dieses Recht nicht mehr. Deswegen müssen wir es grundsätzlich ändern. Wir müssen die Ursachen bekämpfen, die zu steigenden Mieten in unseren Metropolen führen.

Eine der Ursachen ist Spekulation. Dazu haben Sie gar kein Wort verloren; das ist peinlich.

Gegen diese Spekulation müssen wir vorgehen. Deswegen ist es umso peinlicher, dass einer der größten Spekulanten in dieser Republik hier auf der Regierungsbank sitzt. Das ist Herr Schäuble, der mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben nichts anderes macht, als Grundstücke spekulativ zu verwerten.

Das ist offenkundig geworden, weil wir seit drei Jahren eine Debatte darüber führen. Es gibt zwar eine Verbilligungsrichtlinie betref-

end die verbilligte Abgabe von Liegenschaften an Kommunen. Aber leider profitieren bislang nur sechs Kommunen davon, weil die Umsetzung durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben skandalös ist. Sie umgeht eigentlich den entsprechenden Haushaltsbeschluss und setzt ihn nicht um. Damit muss endlich Schluss ein.

Wir brauchen dringend eine Gesetzesreform bei der BImA. Wir brauchen ein neues BImA-Gesetz. Wir brauchen eine andere Liegenschaftspolitik des Bundes.

In Zeiten, in denen wir hohe Steuereinnahmen haben, müssen wir Geld für den sozialen Zusammenhalt ausgeben. Das heißt, wir geben den Kommunen verbilligt unsere Liegenschaften für sozialen Wohnungsbau, Flüchtlingsunterbringung und bezahlbares Woh-

nen, damit sie auf diesen Grundstücken günstig bauen können, Herr Luczak.

Herr Schäuble tut nichts gegen die Spekulation auf unseren Wohnungsmärkten. Er schließt nicht die Schlupflöcher beispielsweise bei den Share Deals, bei denen die Grunderwerbsteuer umgangen wird. Damit heizt er weiterhin die Spekulation in Deutschland an und schadet den Mieterinnen und Mietern in Deutschland.

Wenn wir Familien mit kleinen Einkommen schützen und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft nicht gefährden wollen, dann müssen wir jetzt in den sozialen Zusammenhalt investieren. Dann müssen wir Wohnen als Daseinsvorsorge begreifen und nicht als einen Markt, auf dem Wohnungen wie Waren gehandelt und Menschen hin und her geschoben werden. Wenn wir darauf keine Antwort finden, Herr Luczak – ich meine die Union generell –, dann schüren wir damit Ängste. Die Menschen, die mir Briefe schreiben, haben konkrete Ängste, insbesondere die Menschen, die in den abgehängten Stadtteilen am Stadtrand leben. Wir sollten ihre

Ängste nicht schüren, indem wir uns im politischen Hickhack verlieren und am Ende keine Lösungen präsentieren. Wir müssen Antworten auf die Ängste geben, die diese Menschen haben, und damit den Rechtspopulisten in Deutschland den Nährboden entziehen.

Wohnen ist ein soziales Grundrecht. Wir in der Politik, insbesondere im Deutschen Bundestag, tragen Verantwortung dafür, dass die Wohnungsmärkte nicht weiter aus dem Ruder geraten. Deswegen brauchen wir eine Mietpreisbremse, die tatsächlich bremsen. Wir brauchen ein Mietrechtspaket II, das die asoziale Praxis des Heraussanierens beendet. Wir brauchen eine Wohnungswirtschaft, die sich am Gemeinwohl orientiert. Deswegen haben wir Grüne gemeinsam mit der Linken die Debatte über Wohnungsgemeinnützigkeit angestoßen. Da werden wir Sie weiterhin vor uns her treiben; denn wir brauchen Wohnungsmärkte, die nicht mehr Spekulanten dienen, sondern sich am Gemeinwohl orientieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ulrich Kelber, SPD, Parl. Staatssekretär beim Bundesministerium der Justiz:

Steigende Mieten und Kaufpreise sind sozialer Sprengstoff



Ulrich Kelber (*1968)
Parl. Staatssekretär

In den Regionen Deutschlands mit Bevölkerungswachstum erleben wir jetzt seit einigen Jahren stark steigende Mieten und stark steigende Kaufpreise für die, die sich Wohneigentum schaffen wollen. Das hat sich längst zu sozialem Sprengstoff entwickelt – zuallererst für die Menschen mit niedrigem Einkommen. Es hat aber auch längst die Mittelschicht erfasst. Nachhaltig werden wir das nur ändern können, wenn wir sehr viel mehr bezahlbare Wohnungen bauen.

Aus diesem Grund hat die Koalition seit 2013, also seit dem Regierungswechsel, die Mittel für den Wohnungsbau verdreifacht.

Wir sehen natürlich erste Wirkungen. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen hat sich seitdem schon fast verdoppelt. Der Trend geht übrigens weiter. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2016, also von Januar bis Juli, ist die Zahl der genehmigten Wohnungen gegenüber dem Vorjahr noch einmal um 26 Prozent auf 215.000 Wohnungen gestiegen.

Den Auswirkungen dieser Wohnungsnot wollen wir aber auch mit sozialem Mietrecht begegnen.

Der Entwurf des Justiz- und Verbraucherschutzministeriums wurde ja von dritter Seite veröffentlicht. Von daher kann jeder sehen, wofür wir uns einsetzen. Dafür brauchen wir dann auch keinen zusätzlichen Bundestagsbeschluss, sondern jeder kann sehen, mit welchen Vorschlägen wir innerhalb der Regierung bzw. innerhalb der Koalition werben.

Ich will das an Beispielen aus meiner Heimatstadt Bonn deutlich machen. Es kommen Menschen zu mir in die Bürgersprech-

stunde, die mit ihrer Mietzahlung in Verzug geraten sind, zum Beispiel, weil sie arbeitslos geworden sind und es gedauert hat, bis das Jobcenter die Zahlung in die Wege geleitet hat. Wenn das Geld dann wieder verlässlich fließt, wird die fristlose Kündigung zurückgenommen. Die hilfsweise ausgesprochene

ordentliche Kündigung läuft aber weiter. Das heißt, die Menschen haben nicht nur ihren Job verloren, sondern auch die Wohnung, obwohl sie sie bezahlen könnten. Deswegen wollen wir das Kündigungsrecht angleichen und auch hier helfen, dass in solchen Fällen nicht gekündigt werden kann.

Wenn ich in den Außenbezirken meiner Stadt – wo es die Hochhäuser gibt – unterwegs bin, treffe ich immer häufiger auf Rentnerinnen und Rentner, die mir erzählen, dass sie früher innenstadtnäher gewohnt haben, sich aber den Umzug in eine kleinere Wohnung

Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen hat sich seitdem fast schon verdoppelt.

Fortsetzung auf nächster Seite

dort nicht leisten konnten, weil eben beim Mieterwechsel Aufschläge von 20, 30 oder 40 Prozent genommen werden. Deswegen brauchen wir eine Mietpreisbremse, die so etwas verhindert. Wir wollen nicht, dass die Menschen aus ihren Vierteln wegziehen müssen, sondern wir wollen, dass es dort gute Nachbarschaft gibt.

Gerade habe ich gesagt, dass das Problem längst auch die Mittelschicht erfasst hat. Ich unterstütze Anwohnerinitiativen, die erleben,

dass modernisiert werden soll, aufgrund dessen ihre Kaltmiete von 8 Euro auf 15 Euro pro Quadratmeter erhöht werden soll. Jedem ist klar: Da soll nicht modernisiert werden, sondern die Leute sollen kündigen, damit dieses Haus danach von dem Eigentümer – in diesem Fall eine Kapitalgesellschaft – verkauft werden kann. Damit wollen die ihren Gewinn machen. Deswegen brauchen wir eine Kappungsgrenze für solche Verdrängungsmodernisierungen. Das ist unser Vorschlag,

den wir gemacht haben.

In der gemeinsamen Heimatzeitung meiner CDU-Kollegin Frau Winkelmeier-Becker und mir stand vor zwei Tagen ein interessanter Bericht über eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern. Es handelt sich bei den Erwachsenen um durchaus schon gut verdienende Akademiker. Die haben berichtet, warum sie jetzt finanziell überfordert sind. Sie müssen einen Studienkredit für ihre Studiengebühren – die wir als SPD jetzt in Nordrhein-Westfalen

Gott sei Dank abgeschafft haben – in Höhe von 15 000 Euro zurückzahlen. Weil sie in unserer Heimatstadt Bonn – übrigens schwarz-grün regiert – keinen Platz in einem öffentlichen Kindergarten gefunden haben, zahlen sie jetzt 460 Euro allein für die Betreuung eines Kindes. Und weil es eine leichte Lohnerhöhung gegeben hat, werden sie jetzt noch einmal nachzahlen müssen, weil sie in die nächsthöhere Beitragsklasse gekommen sind. Obwohl sie sich bescheiden und zu viert auf 73

Quadratmeter wohnen, haben sie eine Warmmiete von 1 033 Euro zu bezahlen. Deswegen sind längst auch solche Mittelschichtfamilien überfordert.

Das sind die Menschen, denen wir mit den Vorschlägen, die wir vorgelegt haben, helfen wollen. Dafür werben wir in der Regierung bzw. in der Koalition. Bitte unterstützen Sie uns.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Hans Michelbach, CDU/CSU:

Privatwirtschaft geht vor Staatswirtschaft



Hans Michelbach (*1949)
Wahlkreis Coburg

Linken.

Das ist eine Politik zulasten der Mieter. Warum wird denn in Bayern mehr in Wohnungen investiert? Weil wir die Bauherren nur mit einer Grunderwerbsteuer von 3,5 Prozent besteuern, in anderen Ländern beträgt diese 6 Prozent und mehr.

Sie wollen weitere Steuererhöhungen. Das trifft die Mieter. Weil Sie das Steuerkarussell immer weiter antreiben, haben die Mieter die Zeche zu zahlen. Das ist die Wahrheit in unserem Land.

Berlin hat genug eigene Flächen und erhält eine ausreichende Bundesförderung für den Wohnungsbau, um den dringend notwendigen Bau bezahlbarer Wohnungen voranzubringen.

Nun – das möchte ich besonders in meiner Rede ansprechen – zur Veräußerungspraxis der BImA. Das Gesetz ist hier eindeutig. Die

BImA ist dazu verpflichtet, die benötigte Bundesliegenschaft zum vollen Wert zu veräußern.

Dies gilt für alle Bundesliegenschaften, auch für das sogenannte Dragoner-Areal in Berlin, für das es einen gültigen Kaufvertrag gibt.

Es geht hier für den Bundeshaushalt um 36 Millionen Euro, also um bedeutende Haushaltsmittel. Das Geld können Sie doch dem Bund nicht einfach abnehmen. Die BImA ist dazu verpflichtet, diese Mittel und diese Liegenschaften treuhänderisch zu verwalten, darf aber keine Untreue begehen. Ihre Vorschläge sind doch nichts anderes als eine Aufforderung zur Untreue gegenüber dem deutschen Steuerzahler. Das ist doch die Wahrheit.

Eine Rückabwicklung und ein Verkaufsmoratorium, was Sie for-

dem, sind für mich ausgeschlossen, weil dies eine nicht hinnehmbare Bevorteilung der öffentlichen Hand zulasten der Privatwirtschaft wäre.

Bundesminister Schäuble ist allein den gültigen Gesetzen verpflichtet. Wir können doch nicht Verträge revidieren, nur weil ein Land damit nicht einverstanden ist. Warum der Bund sein Eigentum dem Land Berlin unter Wert geben soll, obwohl in unmittelbarer Nähe landeseigene Grundstücke vorhanden sind, erschließt sich mir nicht. Wer es nicht fertigbringt, das Tempelhofer Feld für die notwendige Stadtentwicklung zu generieren, sollte zunächst vor der eigenen Tür kehren. Das ist doch die Wahrheit. Sie können doch nicht stattdessen dem Bund in die Tasche greifen.

Eindeutig ist natürlich, dass wir in Deutschland einen Mangel an Mietwohnraum haben. Doch sollten wir uns einmal genau anschauen, wer dafür verantwortlich ist.

In erster Linie haben die Länder und Kommunen dafür zu sorgen, dass es ausreichend bezahlbaren Wohnraum gibt, natürlich auch die richtige Bebauungsplanung und letzten Endes auch die nötige Anzahl an Grundstücken.

Sie erhalten dafür vom Bund erhebliche Mittel. Leider nutzen einige Länder den Geldsegen des Bundes für andere Belange. Das heißt, sie machen eine Art Verschiebehahn: Sie machen Schulden auf anderen Feldern und wollen zum Tilgen dieser Schulden Bundesgelder benutzen.

Meine Damen und Herren, die Verschärfung der Mietpreisbremse bedeutet nach meiner Ansicht eher eine Strangulierung des Mietwohnungsbaus durch Überregulierungen. Sie kriminalisieren mit Ihren Vorschlägen zur Einführung von Sanktionen und zur Strei-

chung der Ausnahmen im Wirtschaftsstrafgesetz die Vermieter. Die Mietpreisbremse ist gerade für Investitionen in Neubauprodukten absolut kontraproduktiv.

Ich bin der Auffassung, dass es für mehr Mietwohnungsbau Anreize in Form steuerlicher Abschreibungen geben muss. Hier muss geliefert werden. Wir haben dies im Finanzausschuss intensiv beraten. Wir waren der Auffassung, dass das Ganze dringlich ist und dass dies auch Wirkungen zeigen wird.

Deswegen bitte ich noch einmal, in sich zu gehen und dem steuerlichen Anreiz für mehr Mietwohnungsbau zuzustimmen, weil so die absolut notwendigen Ergebnisse erzielt werden.

Hingegen sollten wir dagegen eintreten, dass die Länder die Grunderwerbsteuer weiter erhöhen.

In Berlin hat man angekündigt, dass die Grunderwerbsteuer auf 6,5 Prozent steigen soll. Ich kann nur sagen: Das ist der falsche Weg. Es ist ein Bärendienst für die Mieter, wenn eine solche Steuererhöhung in Kraft tritt.

Wir müssen alles dafür tun, dass es in der Zukunft auch bei der Wohnimmobilienkreditrichtlinie Veränderungen gibt. Wir haben es hier mit der Umsetzung einer EU-Richtlinie zu tun, wodurch die Eigentumsschaffung, wodurch Mietwohnungen frei werden, letzten

Endes erschwert wird. Das Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie muss noch einmal verändert werden. Andere Länder haben dies besser gelöst.

Es kann nicht sein, dass junge Familien und ältere Menschen von ihrer Sparkasse oder von ihrer VR-Bank keine Kredite bekommen, nur weil die Begründung zu diesem Gesetz unbestimmte Rechtsbegriffe enthält, weil wir hier die Dinge nicht so umgesetzt haben, wie andere Länder in Europa das getan haben.

Unsere Bürger haben nichts mit der Immobilienblase in Spanien zu tun. Bei uns war die Unterlegung des Immobilienwerts bei den Krediten immer wichtig und richtig. Das ist das Prinzip. Warum sollte der Wert einer Immobilie bei der Kreditierung keine Rolle mehr spielen? Das muss in das Gesetz hinein, und das muss letzten Endes revidiert werden. Das ist ein wichtiger Punkt, damit wir bei der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie die Schaffung von Wohneigentum begünstigen und damit auch Freiräume für den Mietwohnungsbau schaffen.

Ich glaube, es gibt eine ganze Menge zu tun – aber dies nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen, weil das den Menschen, den Mietern mehr dienlich ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es gibt eine ganze Menge zu tun – aber dies nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen.



Forderung nach bezahlbaren Mieten auf einem Wandbild in der Nähe des Kottbusser Tors in Berlin-Kreuzberg.

Dr. Gesine Löttsch, DIE LINKE:

Wohnungsmangel für Menschen mit wenig Geld ist real



Gesine Löttsch (*1961)
Wahlkreis Berlin-Lichtenberg

Herr Kollege Kelber und alle anderen Kollegen von der SPD, Sie haben es eben von Ihrem Koalitionspartner sehr deutlich gesagt bekommen. Er teilt Ihre Position überhaupt nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Ziehen Sie daraus endlich die richtigen Schlussfolgerungen!

Lange ist dafür gekämpft worden, auch in der Öffentlichkeit ist es unterstützt worden, und es ist ein kleiner Erfolg erzielt worden: Der Haushaltsausschuss – Kollege Kühn von den Grünen ist schon

darauf eingegangen – hat eine sogenannte Verbilligungsrichtlinie beschlossen. Das bedeutet, dass Grundstücke des Bundes verbilligt an Städte und Gemeinden abgegeben werden können, um den sozialen Wohnungsbau dort zu ermöglichen.

Der Finanzminister hat sich lange dagegen gesperrt. Er sah die Grundstücke nur als reine Geldquelle. Wer den höchsten Preis bot, bekam den Zuschlag. Das ist das Denken von Spekulanten und nicht von verantwortungsvollen Politikern. Ein Finanzminister muss ein verantwortungsvoller Politiker sein, meine Damen und Herren.

Wir brauchen vor allen Dingen in den Großstädten preiswerte Wohnungen; da fehlen sie nämlich. Im Bundestag, mehr oder weniger deutlich auch in dieser Debatte, aber auch in den Medien ist viel über eine rechtsextreme Partei gesprochen worden, die in vielen Ländern, leider auch in Berlin, Zulauf hat. Wir sollten vor allen Dingen über die Ursachen der Wahlerfolge dieser Partei nachdenken.

Dabei ist auch der Wohnungsmangel ein großes Thema. Viele

Menschen finden keine preiswerte Wohnung, und manche fürchten, dass geflüchtete Menschen bevorzugt Wohnungen erhalten. Wir alle wissen, dass das nicht der Fall ist. Aber der Wohnungsmangel ist real, und zwar für alle Menschen in Deutschland, die wenig Geld haben – für die, die schon lange hier wohnen, und für die Geflüchteten. Wir wollen, dass alle in vernünftigen Wohnungen wohnen, meine Damen und Herren.

Grundlage für preiswerte Wohnungen sind preiswerte Grundstücke. Der Verkauf von Grundstücken zu Marktpreisen führt automatisch zu Eigentumswohnungen und zu teuren Wohnungen. Auch wenn die mögliche verbilligte Abgabe – es ist schon geschildert worden, dass es in den vergangenen Monaten zu ganz wenigen Übertragungen kam – ein richtiger Schritt ist: Dieser Schritt ist in Betracht des existierenden Wohnungsmangels viel zu klein.

Wir brauchen grundlegende Veränderungen, und darum wollen wir auch das BImA-Gesetz ändern. Wer wenn nicht die Abgeordneten des Deutschen Bundestages können es ändern? Manche Abgeord-

nete tun immer so, als hätten sie mit Gesetzen nichts zu tun. Ich kann dem Publikum sagen: Gesetze werden hier im Bundestag beschlossen.

Da kann sich kein Abgeordneter rausreden.

In wenigen Tagen, am 3. Oktober, werden wir wieder den Tag der Deutschen Einheit begehen. Ich will einmal in die Geschichte zurückgehen und daran erinnern, dass der Bund Liegenschaften, die der damaligen DDR gehörten, zu 1 Euro an Betriebe abgegeben konnte, wenn dadurch Arbeitsplätze gesichert werden konnten. Das war zwar nicht immer der Fall, aber an dieser Position kann man sich ja einmal orientieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von vielen hier wurde gesagt, auch von Herrn Michelbach wieder: Berlin macht es auch nicht richtig. Der Berliner Senat aus CDU und SPD – die CSU ist am Berliner Senat natürlich nicht beteiligt gewesen; das wissen wir – verkauft zum Höchstpreis. Das ist natürlich kritikwürdig. Dieser Senat, der jetzt abgewählt wurde, hat die Interessen der Mieterinnen und Mieter nicht adäquat vertreten. Aber das wird sich in Berlin jetzt ändern, meine Damen und Herren.

Ich kann Ihnen nur sagen: Unabhängig von falschen politischen Entscheidungen in den Ländern sollte der Bund die richtigen Entscheidungen treffen. Damit komme ich zu unserem Antrag zum Dragoner-Areal in Berlin-Kreuzberg.

Der Bund hat das Grundstück an einen Finanzinvestor verkauft. Der Bundesrat hat die Zustimmung verweigert. Eine sehr gute Entscheidung!

Aber seit einem Jahr ist das Verfahren in der Schwebe. Das grenzt an Arbeitsverweigerung. Das können wir nicht länger hinnehmen, meine Damen und Herren.

Wir müssen erreichen, dass der Kaufvertrag rückabgewickelt wird. Berlin braucht das Grundstück, um preiswerten Wohnraum vorzuhalten. Der Kollege und Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Oppermann, war ja im Wahlkampf vor Ort. Darum ist nichts logischer und sinnvoller, meine lieben Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite des Hauses, endlich unseren Anträgen zuzustimmen. Denn Sie haben ja gehört: Der Koalitionspartner trägt Ihre Position, wie Herr Kelber vorgetragen hat, nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen vor allen Dingen in den Großstädten preiswerte Wohnungen.

Ulli Nissen, SPD:

Mietpreisbremse muss weiterentwickelt werden



Ulli Nissen (*1959)
Landesliste Hessen

Sehr geehrte Gäste! Grüße an meine Frankfurter Besuchergruppe. Ich freue mich sehr, dass diesmal auch Flüchtlinge dabei sind, und ich freue mich, euch bzw. Sie später zu treffen.

Die Entwicklung der Mietpreise ist ein Thema, das uns zu Recht durchgängig beschäftigt. Wer wie ich aus einem Ballungsraum

kommt, weiß, welche Priorität bezahlbares Wohnen vor Ort hat. In Frankfurt fehlen schon jetzt mehr als 30 000 Wohnungen. Hochrechnungen gehen davon aus, dass bis 2030 die Bevölkerung noch einmal um 100 000 Personen steigt. Dann würden bei uns 90 000 Wohnungen fehlen. In diesen Berechnungen sind noch nicht einmal die Folgen des Zuzugs aufgrund des Brexits enthalten.

Der Druck auf den sowieso schon engen und teuren Wohnungsmarkt steigt weiter. Das sieht in vielen anderen Ballungsgebieten nicht anders aus. Zum Glück hat die Bundesregierung reagiert. Wir reden nicht nur, wir handeln auch. Wir haben in dieser Legislaturperiode schon einiges auf den

Weg gebracht. Wohnungsbau ist leider gemäß Föderalismus Aufgabe der Länder. Deshalb ist der Bund in seinem Handeln eingeschränkt. Dennoch unterstützen wir den sozialen Wohnungsbau mit 1,5 Milliarden Euro und hoffen, dass die Länder das Geld zweckgebunden dafür nutzen.

Es wäre gut, wenn der Bund wieder die Zuständigkeit für den Wohnungsbau bekäme.

Neben direktem Ankurbeln haben wir auch einiges im Mietrecht geändert. Zum 1. Juni 2015 haben wir die Mietpreisbremse auf den Weg gebracht. Dass diese nicht richtig greift, liegt auch daran, dass es an der Umsetzung mangelt. Zum Beispiel wurde in Frankfurt die Mietpreisbremse durch die

schwarz-grüne Landesregierung erst Ende 2015 eingeführt. Sie gilt aber nicht in ganz Frankfurt. Wichtige Stadtteile sind von der Mietpreisbremse ausgenommen. Warum darf im Stadtteil Eckenheim die Miete um mehr als 10 Prozent über die Vergleichsmiete steigen? Das hat mir noch niemand erklären können. Außerdem sind viele Menschen nicht über die Regelungen der Mietpreisbremse informiert. Dies merke ich, wenn ich mit den Bürgerinnen und Bürgern rede. Viele wissen nicht, dass sie auch nach Vertragsabschluss gegen den erhöhten Mietpreis vorgehen können. Mein Vorschlag: Zu jedem neuen Mietvertrag im Geltungsbereich der Mietpreisbremse muss ein Informationsblatt darüber ausgehändigt werden. Das fände ich eine tolle Idee.

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Mietpreisbremse weiterentwickeln. Wir wollen Vermieter dazu verpflichten, die Vormiete offenzulegen. Das ist schon angesprochen worden. Außerdem wollen wir, dass der Rückzahlungsanspruch, Herr Luczak, ab Vertragsabschluss gilt und nicht erst, wie derzeit, ab dem Zeitpunkt des Widerspruchs. Ganz klar. Dann

müsste der Vermieter eigentlich ab erster überhöhter Mietzahlung Rücklagen bilden, damit er die Rückzahlung leisten kann.

Wir wollen die bestehende Härtefallklausel konkretisieren. Diese Maßnahmen werden eine deutliche Verbesserung für die Mieterschaft bringen.

Wir müssen die Sorgen der Menschen in angespannten Wohnungsmärkten ernst nehmen, Herr Luczak. Anfang des Jahres ergab eine Umfrage in Frankfurt, dass dies die größte Sorge von 40 Prozent der Bevölkerung ist. Das hat die schwarz-grüne Stadtregierung nicht ernstgenommen.

Schon 2012 hatte der SPD-Oberbürgermeister Peter Feldmann mit dem Ernstnehmen dieses Themas die Wahl gegen den hoch favorisierten CDU-Kandidaten gewonnen. Bei der Kommunalwahl 2016 wurde die schwarz-grüne Stadtregierung abgewählt. Dies sollte eine Warnung an die sein, die die Sorgen und Ängste der Mieter nicht ernstnehmen. Herr Luczak, das gilt ganz besonders für Sie.

Jetzt stellt die SPD unter ande-

Fortsetzung auf nächster Seite

Wir wollen Vermieter dazu verpflichten, die Vormiete offenzulegen.

rem mit Mike Josef den Planungsdezernenten. Wir haben bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG Frankfurt Holding eine eigene Mietpreisbremse eingeführt. Das bedeutet, dass für etwa 25 Prozent der Frankfurter Mietwohnungen die Miete in den nächsten fünf Jahren um maximal 1 Prozent jährlich angehoben

wird. Das wirkt sich auch auf den Mietspiegel aus. Außerdem wird die ABG bis 2020 1,2 Milliarden Euro in die Hand nehmen und gut 6 600 Wohnungen bauen, davon 40 Prozent im öffentlich geförderten Wohnungsbau. Das ist sozialdemokratische Wohnungspolitik, vielleicht ein Vorbild für andere Städte.

Wir brauchen nicht nur mehr bezahlbare Wohnungen, wir wollen auch, dass Menschen keine Sorgen haben, dass sie aus ihren Wohnungen verdrängt werden. Das versucht beispielsweise ein Miethai in der Wingerstraße 21. Die Mietergemeinschaft wehrt sich weiter. Sie hat meine große Hochachtung. Ich bin nach wie vor auf

ihrer Seite.

Unsere wachsenden Städte stehen, unter anderem durch die Integrationsaufgabe, vor großen Herausforderungen. Für alle gilt die Aufforderung, Wohnen bezahlbar zu machen, aber auch altersgerechten und energetischen Umbau zu unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kolle-

gen, auch aus den Ländern: Lassen Sie uns diese gewaltige Aufgabe im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam anpacken.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Renate Künast, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Situation für Mieter ist schwieriger geworden



Renate Künast (*1955)
Landesliste Berlin

Ich finde, Sie haben hier ein sehr doppelbödiges Stück abgeliefert. Ich habe ein bisschen das Gefühl, Sie haben versucht, die Mieterinnen und Mieter in diesem Land hinter die Fichte zu führen. Sie erzählen mit Verve: Wir wollen etwas für die Mieterinnen und Mieter tun, und wir müssen bauen, bauen, bauen, neu bauen, dann wird alles wunderbar. Gleichzeitig nehmen Sie aber den Neubau aus einer – wenn auch unzureichenden – Mietpreisbremse komplett heraus, und zwar nicht nur bei der Neuvermietung, sondern immer. Das organisiert auch eine Schieflage in den Städten, die Druck bei den Mieten haben.

Sie machen doch hier eine totale Double-Bind-Nummer. Und Herr Michelbach bringt dann noch das Beispiel Tempelhofer Feld. Tja, Herr Michelbach: Dumm gelaufen! Auch die CDU war in Berlin in der Regierung.

Ich kann Ihnen sagen: Ich habe nachher dafür gekämpft, dass gar nicht gebaut wird. Und ich will Ihnen auch sagen, warum: Weil ich die Nase voll hatte, und viele Mieterinnen und Mieter hatten das auch. Vor dem Hintergrund dieser verlogenen Angebote ist der Volksentscheid ja durchgegangen. Auch Sie haben von 5 000 Wohnungen am Rande des Tempelhofer Feldes gesprochen. Das wäre eine total dichte Bebauung.

Sie haben behauptet, da würde bezahlbarer Wohnraum entste-

hen. Aber Sie haben in diesen Gesetzentwurf nicht reingeschrieben – keinen Prozentsatz! –, dass ein Minimum an bezahlbarem Wohnraum gebaut werden muss. Warum sollte Ihnen das dann irgendein Bürger in der Stadt Berlin glauben?

Das haben sie auch zu Recht nicht geglaubt.

Sie tun immer erst so, als wollten Sie das, und danach wollen Sie ohne eine Bindung an den Bau von bezahlbarem Wohnraum bauen lassen, oder Sie machen Ausnahmen ohne Ende – beim Neubau, bei umfassender Modernisierung usw.

Und die Sozialdemokraten – sorry, aber ich kann Sie da nicht auslassen – weisen dann immer großartig darauf hin, dass es Eckpunkte hier und Referententwürfe da gibt. Liebe Sozialdemokraten, ich sehe, Sie mühen sich. Ich sehe auch, dass Herr Maas sich müht. Ich würde aber auch einmal gerne sehen, dass diese Dinge in der Originalfassung das Bun-

desgesetzblatt erblicken. Ich weiß, wie schwierig es ist. Aber man muss in Koalitionen am Ende auch einmal Druck ausüben. Ich glaube, das ist bei der CDU/CSU an dieser Stelle nötig. Denn man darf es nicht nur gut meinen, sondern am Ende muss auch etwas Gutes dabei herauskommen.

Ich sage Ihnen – und das ist doch nicht nur beim Bauen, sondern grundsätzlich so –: Wir loben uns für unser Mietrecht und die Situation der Mieter in Deutschland, aber Tatsache ist, dass über Jahre und Jahrzehnte durch Gesetze und Rechtsprechung die Situation für die Mieterinnen und Mieter systematisch immer schwieriger geworden ist.

– Nein, nicht das Gegenteil ist der Fall. Das behaupten Sie immer, aber denken Sie doch an die Ausnahmen und Schlupflöcher, zum Beispiel bei der Wohnflächenberechnung. Und unter dem Deckmantel des Themas Mietnomaden wurde gleich die Zwangsvollstreckung gegenüber allen

Mieterinnen und Mietern erleichtert.

Eine Vielzahl von kleinen Nadelstichen und Ausnahmen hier und da führt dazu, dass es den Mieterinnen und Mietern heute nicht besser geht. Man kann auch bei Zahlungsverzug, wenn zum Beispiel das Jobcenter einmal einen Fehler macht und zu spät zahlt, eine Kündigung nicht durch Nachzahlung einfach wieder rückgängig machen, wie es früher möglich war. Man hat die Mieter, auch wenn sie in Notsituationen sind, schon richtig eingezingt, meine Damen und Herren. Das ist nicht sozial.

Ich sage Ihnen an der Stelle auch: Gucken Sie mal ins Grundgesetz! Da gibt es außer Artikel 14 noch andere Artikel, in denen davon die Rede ist, dass wir ein Sozialstaat sind und deshalb soziale Grundstrukturen schaffen müssen, zum Beispiel beim Wohnen. Man darf das Dach über dem Kopf nicht sofort verlieren.

Wir brauchen an dieser Stelle massive Gesetzesänderungen. Bei dem sogenannten ersten Mietrechtspaket muss es bei der soge-

nannten Mietpreisbremse Korrekturen geben. Die Ausnahme bei der umfassenden Modernisierung muss abgeschafft werden. Es muss eine Auskunftspflicht des Vermieters geben; denn Ihre Rügepflicht funktioniert doch gar nicht, wenn der Vermieter keine Auskunft darüber gibt, wie hoch die Vormiete war.

Deshalb sage ich ja: Sie versuchen, uns hinter die Fichte zu führen. Was bringt eine Rügepflicht, wenn man keine materiellen Informationen hat, um die Möglichkeit der Rüge überhaupt nutzen zu können?

Wir brauchen eine niedrigere Kapazitätsgrenze von 15 Prozent; wir brauchen Änderungen bei der Duldung von Modernisierungsmaßnahmen, meine Damen und Herren.

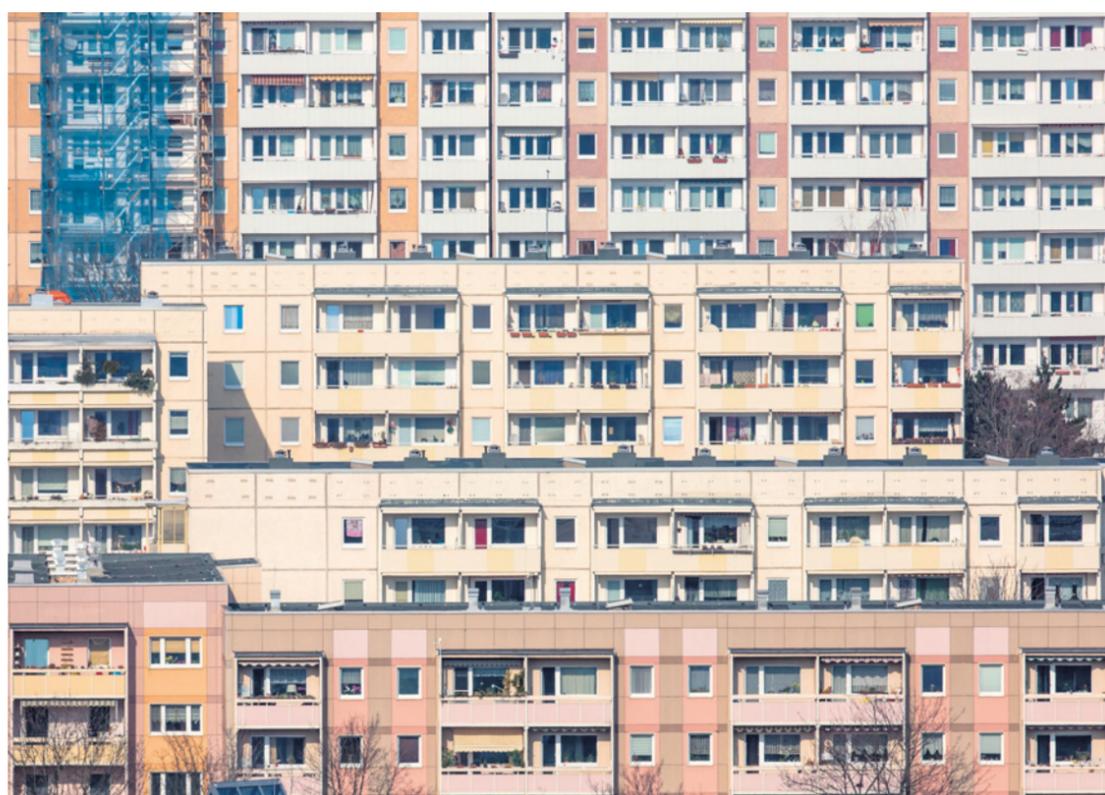
Dann bleibt immer noch genug Gewinn für die Investoren.

Wir wollen vor allem auch sehen, dass das zweite Mietrechtspaket jetzt endlich kommt. Ich fordere an der Stelle auch die CDU/CSU und das Kanzleramt sowie Frau Merkel auf, nicht weiter zu blockieren. Meine Damen und Herren, bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen Fragen des Sozialen. Und gerade in diesen Zeiten, in denen der Verdross in dieser Gesellschaft so anwächst, müssen wir zeigen, dass wir die sozialen und Alltagsfragen der Menschen wahrnehmen, endlich darauf reagieren und nicht nur an die reichen Investoren denken, meine Damen und Herren.

Ich bin überzeugt: Wer bei den Reden hier nur Artikel 14 des Grundgesetzes zitiert, der ist nicht wirklich mieterfreundlich und hat das Problem nicht verstanden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen Fragen des Sozialen.



Die Mieten sind in den letzten Jahren in vielen Städten Deutschlands deutlich gestiegen. Hier sieht man Plattenbauten in Erfurt.

© dpa

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch die Abgeordneten Volker Ullrich (CDU/CSU), Cansel Kiziltepe (SPD), Christian Haase (CDU/CSU), Dennis Rohde (SPD) und Michael Groß (SPD).

leicht
erklärt!

Die neuen Bundes-Länder

Verbesserung von Lebens-Verhältnissen



Einleitung

In Deutschland
gibt es zwei große Gebiete.

Das eine Gebiet nennt man:
Die alten Bundes-Länder.

Das andere nennt man:
Die neuen Bundes-Länder.

Die Politiker von Deutschland
haben ein Ziel:
In beiden Gebieten
soll man gleich gut leben können.

Das ist aber gar nicht so einfach.
Im folgenden Text steht mehr dazu.



Die deutsche Einheit

Deutschland war nicht immer
ein einziges Land.

Viele Jahre lang war es
in 2 ganz unterschiedliche Länder
aufgeteilt.

Das eine Land hieß:
Bundes-Republik Deutschland.

Und das andere hieß:
Deutsche Demokratische Republik.
Oder auch: DDR.



Das hat sich vor 26 Jahren geändert.

Damals gab es:
Die deutsche Einheit.

Das bedeutet:
Die DDR ist damals
der Bundes-Republik beigetreten.

Es gab dann also nur noch 1 Land.
Die Bundes-Republik Deutschland.
So wie wir sie heute kennen.

Die Bundes-Länder,
die es schon
vor der deutschen Einheit gab,
nennt man:
Die alten Bundes-Länder.

Die Bundes-Länder,
die neu zur Bundes-Republik
dazugekommen sind, nennt man:
Die neuen Bundes-Länder.



Probleme in der DDR

Die DDR war kein so reiches Land
wie die Bundes-Republik.

Darum gab es dort
verschiedene Probleme:



Zum Beispiel:

- Maschinen in Firmen waren veraltet. Und die Firmen konnten ihre Arbeit nicht so gut machen.
- Die Menschen haben viel weniger Geld verdient.
- Die Straßen waren nicht so gut.
- In den Geschäften waren manche Produkte häufig knapp.
- Die Natur war in einem schlechten Zustand.

Die Folge davon war:

In den neuen Bundes-Ländern konnte man nicht genauso gut leben wie in den alten.

Man sagt auch:

Die Lebens-Verhältnisse dort waren nicht so gut.

„Lebens-Verhältnisse“ sind alle Dinge, die das Leben in einer bestimmte Region gut oder schlecht machen.

Darum setzten sich die Politiker

damals ein Ziel:

In den neuen Bundes-Ländern soll man genauso gut leben können wie in den alten Bundes-Ländern.



Wie macht man das?

Darum haben die Politiker viele verschiedene Maßnahmen beschlossen.

Die wichtigste davon war:

In den neuen Bundes-Ländern sollte man besonders viel Geld für wichtige Dinge ausgeben.

Zum Beispiel für:

- Schulen und Unis
- Firmen
- Straßen und Schienen

So sollten die Lebens-Verhältnisse in den neuen Bundes-Ländern so gut werden wie in den alten.



Bericht

Es gibt eine Person mit einer besonderen Aufgabe.

Sie heißt:

Die Beauftragte der Bundes-Regierung für die neuen Bundes-Länder.



Ihre Aufgabe ist:

Sie soll dafür sorgen, dass man die neuen Bundes-Länder besonders unterstützt.

Dafür macht sie verschiedene Sachen.

Zum Beispiel: Jedes Jahr schaut sie zusammen mit ihren Mit-Arbeitern genau hin:

- Wo die neuen Bundes-Länder sich an die alten angeglichen haben.
- Wo sie das nicht getan haben.
- Wo man noch Dinge verbessern muss.

Dann schreibt sie einen Bericht.

Den Bericht veröffentlicht sie dann.

Das bedeutet:

Er steht zum Beispiel im Internet.

So kann ihn jeder lesen.

Den Bericht für das Jahr 2015 hat sie vor 2 Wochen veröffentlicht.

Im Folgenden ein paar Dinge, die in dem Bericht stehen.



Firmen unterstützen

Besonders wichtig für die Lebens-Verhältnisse in einem Land ist: die Wirtschaft.

Mit dem Wort „Wirtschaft“ meint man zum Beispiel alles, was mit Produkten zu tun hat.

Zum Beispiel:

- Produkte herstellen
- Produkte verkaufen
- Produkte kaufen
- Produkte benutzen

Produkte werden meistens von Firmen hergestellt. Und auch verkauft.

Wenn Firmen viel verkaufen, dann verdienen sie viel Geld.

Dann können sie viele Leute einstellen.

Und sie können ihnen gute Löhne bezahlen.

Also geht es auch den Menschen besser.

Darum ist eine gute Wirtschaft so wichtig.



In dem Bericht steht:

Der Wirtschaft
in den neuen Bundes-Ländern
geht es schon viel besser
als vor einigen Jahren.

Aber: Noch lange nicht so gut
wie in den alten Bundes-Ländern.

Dafür gibt es einen Grund:

In den neuen Bundes-Ländern
gibt es besonders viele kleine Firmen.
Also Firmen,
die nicht so viel Geld verdienen.
Und nicht so viele Mit-Arbeiter haben.

Und es gibt nur wenige große Firmen.

Das ist nicht so gut.



Große Firmen
erfinden oft neue Produkte.
Denn sie haben das Geld
und die Mit-Arbeiter dafür.

Und damit
bringen sie die Wirtschaft voran.

Wenn es nur kleine Firmen gibt,
dann macht die Wirtschaft
nicht so große Fortschritte.



Die Beauftragte ist der Meinung:
Man muss Firmen mehr unterstützen.

Denn: Dann können sie ihre Arbeit
besser machen.

Und das ist dann gut
für die Wirtschaft.

Arbeitslosigkeit

Im Bericht steht außerdem:

Die Arbeitslosigkeit
in den neuen Bundes-Ländern
ist in den letzten Jahren
viel kleiner geworden.

Das bedeutet:
Mehr Menschen haben jetzt
eine Arbeits-Stelle.

Das ist also eine gute Sache.

Die schlechte Sache ist:
Die Arbeitslosigkeit ist immer noch
viel höher als in
den alten Bundes-Ländern.



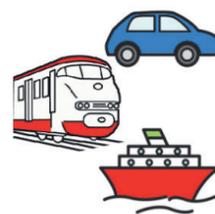
Löhne

Die Leute in den
neuen Bundes-Ländern
bekommen auch immer mehr Geld
für ihre Arbeit.

Das ist auch gut.

Aber: Sie verdienen immer noch
weniger Geld als die Menschen
in den alten Bundes-Ländern.

Das Ziel ist aber:
Überall in Deutschland sollen
die Menschen gleich gut verdienen.



Verkehrs-Wege

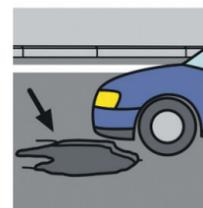
Ein wichtiges Thema im Bericht
sind auch: Straßen, Schienen
und Flüsse, auf denen Schiffe
fahren können.

Man sagt dazu auch: Verkehrs-Wege.

Verkehrs-Wege sind
für viele Dinge wichtig.

Zum Beispiel für die Wirtschaft.
Denn auf ihnen
fahren die Menschen zur Arbeit.
Und Firmen
transportieren ihre Produkte.

Verkehrs-Wege sind aber auch
für die Freizeit wichtig.



Die Verkehrs-Wege
in den neuen Bundes-Ländern
waren nach der deutschen Einheit
in einem schlechten Zustand.

Und: Es gab auch nicht
so viele Verkehrs-Wege zwischen
den neuen Bundes-Ländern
und den alten.

Darum hat man in den letzten Jahren
viele Verkehrs-Wege repariert.

Oder man hat sie neu gebaut.

In dem Bericht steht:
Die Verkehrs-Wege
in den neuen Bundes-Ländern
sind inzwischen sehr gut.

Rente



Rente ist besonderes Geld.

Man bekommt es im Ruhestand. Also nachdem man mit der Arbeit endgültig aufgehört hat.

Die Höhe von der Rente hängt von verschiedenen Dingen ab.

Vor allem davon:

Wie viel man im Beruf verdient hat. Und wie lange man gearbeitet hat.

Wie viel Rente man dann bekommt, wird ausgerechnet.

Dafür gibt es bestimmte Regeln.

Die sind im Moment in den neuen Bundes-Ländern anders als in den alten.

Dadurch sind auch die Renten unterschiedlich.

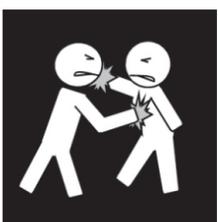
Die Beauftragte schlägt darum vor: In ein paar Jahren sollen die gleichen Regeln für die Rente in ganz Deutschland gelten.

Das soll dann für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Ausländer-Hass

Im Bericht steht auch:

In den neuen Bundes-Ländern gibt es besonders viel Hass gegen Ausländer.



Die meisten Menschen dort sind zwar nicht gegen Ausländer. Es gibt aber immer wieder Leute, die Gewalt benutzen.

Zum Beispiel:

- Im Internet wird über Ausländer geschimpft.
- Es gibt Angriffe auf Häuser, in denen Flüchtlinge wohnen.

Flüchtlinge sind Menschen, die ihr Heimat-Land verlassen mussten.

Zum Beispiel:

- Weil es dort Krieg gibt.
- Oder weil sie dort in Gefahr sind.

Sie kommen nach Deutschland, weil sie hier sicher leben wollen.

In dem Bericht steht:

Man muss etwas gegen den Ausländer-Hass tun.

Denn: Wenn es in einer Gegend viel Hass gegen Ausländer gibt, dann kann dort niemand friedlich leben.

In einer friedlichen Gegend zu leben ist aber sehr wichtig für gute Lebens-Verhältnisse.



Viel geschafft, viel zu tun

Vor 26 Jahren ist Deutschland zu 1 Land geworden.

Seitdem gibt es Maßnahmen, die die Lebens-Verhältnisse in den neuen Bundes-Ländern immer besser machen.

Die Beauftragte für die neuen Bundes-Länder sagt dazu in ihrem Bericht:

In den neuen Bundes-Ländern hat man schon viel erreicht.

Das ist eine gute Sache.

Aber: Dort geht es vielen Menschen noch nicht so gut wie in den alten Bundes-Ländern.

Sie findet darum: Man muss mit den Maßnahmen weiter-machen.



Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von © dpa/picture-alliance und von Picto-Selector. Genauer: © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org) oder © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 40-42/2016
Die nächste Ausgabe erscheint am 24. Oktober 2016.